

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis pränumerando:
Stettin: 3.00 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Betragt für die sechsstelligen Nummern
alle über deren Namen 10 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Verord-

Erscheint täglich.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 30. Januar 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1981.

Rehbraus!

„Rheinisch-Westfälische Zeitung“, jubel! Man macht ganze
Arbeit in Elsas-Lothringen! Man stolpert nicht über
Sentimentalitäten! Man bleibt nicht bei Halbheiten stehen!

Der Statthalter in Elsas-Lothringen, Graf Wedel, hat sein
schon im Dezember angekündigtes Abschiedsgesuch erneuert. Wie wir
weiter erfahren, haben auch der Staatssekretär Freiherr Jörn

Rehbraus! Der Oberst v. Reuter freigesprochen, von
den roten Reaktionsären als Nationalheld gefeiert, von Wil-
helm II. mit einem Orden behängt, die Leutnants v. Forstner

Eine in den Dingen stehende Fronte ist es, daß die
Elsas-Lothringer durch die Logik der Ereignisse gezwungen
werden, just dieser Regierung die Stange zu halten. Jetzt,

Denn sie war Ramms genug, was der Reichskanzler nicht
war, bei ihren Meinungen über Zabern zu beharren und die
Konsequenzen daraus zu ziehen, als der Gebieter in Berlin

Die Junter und Scharfmacher aller Orten, die Sippe
Didenburg, jubiliert! Jetzt kommt ein Regime über die
Reichslande, das die „Unbotmäßigen“ mit Sporen und

werden wir in Elsas-Lothringen die Militärdiktatur haben,
„gemildert“ durch ein Zentrumsregime, denn für das Amt
des Herrn Oberstleutnants Albrecht soll Herr Martin

So ist denn keiner Fisch gemacht. Die zivilistische Kassel-
bande hat auf der ganzen Linie eins auf den Kopf be-
kommen und die Soldateska ist oben auf. Es gibt Scherben

Ein Berliner Telegramm der „Sächsischen Zeitung“
fügt der Demissionsmeldung hinzu, daß die Entscheidung des
Kaisers noch nicht bekannt sei. Es sei kaum anzunehmen, daß die

Um das Koalitionsrecht.

Eine Reihe von Versammlungen in Nordbayern,
die dieser Tage stattfanden, legten durch den starken Besuch
und den Verlauf der Versammlungen Zeugnis von der tiefen
Erregung ab, die sich der Arbeiterklasse infolge der Scharf-

Im Großherzogtum Oldenburg fand eine
Reihe Protestversammlungen gegen die von den Scharfmachern
beliebte Hege statt. Die Versammlungen, besonders die in

Arbeiter Sorgen — bürgerliche
Sorgen.

Im Reichstage gab es am Donnerstag ein arges Durcheinander
von sozialpolitischen und volkswirtschaftlichen
Erörterungen.

Genosse Dr. Erdmann ging auf die Angriffe der bürgerlichen
Medner gegen die Arbeiter ein. Er gab den Verteidigern der Weissen
die gebührende Antwort, zeigte den Widerspruch zwischen den

Diese Ausführungen zwangen den Abg. Giesberts zu einer
Erwidernng. Er suchte die Aufmerksamkeit des Hauses von dem
Vorstoß des Kardinals Kopp — den Genosse Dr. Erdmann nebenbei
erwähnt hatte — abzulenken durch eine Entrüstungsrede darüber,

Der Nationalliberale Schwabach legte sich für die Arbeiter in
den Staatsbetrieben ins Zeug. Er hofft, daß seine Partei
eine treue Gefolgschaft in diesen Arbeitern haben werde, die sich in-

Die anderen bürgerlichen Medner beschäftigten sich nur mit den
volkswirtschaftlichen Fragen. Der Konservative Hoesch sang mit
voller Waden das Lob der jetzigen Zollwucherpolitik. Ihm schloß

Besonders bemerkbar machte sich Herr H e s t e r m a n n, Hospitant
der Nationalliberalen. Er war früher stellvertretender Wahlkreis-
vorsitzender im Bunde der Landwirte. Dann wurde er Mit-
begründer des Bauernbundes und bekämpfte eifrigst seine

Am Schlusse der Sitzung schüttelte Abg. P a s s e r m a n n zier-
licht diesen Herrn von seiner Partei ab. Weßhalb das eigentlich?
Herr Hestermann paßt doch sehr gut zu den Nationalliberalen!

Der Streikbrecherschutz
im sächsischen Landtage.

In der Zweiten Kammer des sächsischen Landtages wurde heute
über eine nationalliberale Interpellation und einen konservativen
Antrag beraten, die beide größeren Schutz für Streikbrecher fordern.

Die nationalliberale Interpellation begründete der Abgeordnete
Dr. Kaiser, der zwar einseitig vom Unternehmerstandpunkt aus
die Frage behandelte, aber doch ein Verbot des Streikpostensiehens

Der konservative Abgeordnete Dr. Böhme erzählte darauf
allerlei unfotografierbare Schauermärchen über angebliche Terror-
ismussünder gegen die Streiks. Die meisten seiner Reden waren

Die Begründung der sozialdemokratischen Interpellation durch
den Genossen Held war eine wichtige Aufgabe gegen das
herrschende System, den Terrorismus des Unternehmertums und
die gerichtlichen Urteile gegen streikende Arbeiter. Er wies nach,

Der Minister des Innern, Graf Bismarck,
führte auf die Interpellationen folgendes aus:
Bei wirtschaftlichen Kämpfen neige jede Partei dazu, Rechte
für sich in Anspruch zu nehmen und diese Rechte dem Gegner ab-

des Strafgesetzbuches, und die Regierung werde diese Änderung bei der Revision des Strafgesetzbuches auch betonen und eine dementsprechende Haltung im Bundesrat einnehmen. Doch solle das Koalitionsrecht als solches nicht angetastet werden. Eine besondere Ausbildung der Gendarmen zur Ueberwachung bei Streiks halte die Regierung nicht für erforderlich, doch werde bei Streiks für ein ausreichendes Aufgebot Polizeitruppen gesorgt werden müssen.

Der Justizminister Dr. Nagel verteidigte schließlich seine Verfügung zur Bekämpfung des Strafverfahrens bei Massendelikten und Streikvergehen. Er meinte, ein schnelleres Verfahren sei vorteilhafter, weil die Strafen dann abschreckender wirkten und das Erinnerungsvermögen bei den Freunden noch frisch sei.

Politische Uebersicht.

Abgeordnetenhaus.

Die Beratung des Etats der Geschäftsverwaltung, bei der sonst nur Monologe gehalten zu werden pflegen, führte am Donnerstag zu einer belebten, teilweise sogar heftigen Debatte im Abgeordnetenhaus. Als Zeichen der Bauernfreundlichkeit der Großgrundbesitzer schilderte Genosse Hoyer die Art, wie in Ostpreußen durch allenthalben Maßnahmen die großen Besitztümer beim Abfall ihrer Pferde für die Truppen vor den kleinen Pächtern bevorzugt werden. Scheut sich die Militärverwaltung doch nicht einmal, wie unser Redner auf Grund eigener Erfahrungen mitzuteilen in der Lage war, beim Kauf von Pferden politische Gesichtspunkte walten zu lassen! Diese zwar schweren, aber durch Beweise erhärteten Beschuldigungen der Remontekommission erregten die Wut des Ministers und der Junker, in deren Namen der satyam bekannte Herr v. Pappenheim nicht etwa sachlich erwiderte, sondern sich in bodenlosen Ausfällen und Beschimpfungen erging. Da er so unvorsichtig war, nicht nur die Sozialdemokraten, sondern auch den Nationalliberalen Wachhorst de Wente anzugreifen, zog er sich von diesem, der im übrigen für den Westen die Erfahrungen Hoyer's aus dem Osten bestätigte, eine Abfuhr zu, die er so leicht nicht vergessen wird. Böllig die Sprache aber verlor er, nachdem Adolf Hoffmann in einer mit witzigem Humor gewürzten Rede die Art der Pappenheim'schen Polemik unter Beifall der bürgerlichen Linken und der Sozialdemokraten gekennzeichnet hatte. Der sonst so beschlagene Junker und Stammherbe fand kein Wort der Erwiderung, sondern verließ wie ein begoffener Rodel den Sitzungssaal. Auch die von Diederich Haub verurteilte Ehrenrettung seines Freundes vermochte den Eindruck der Hoffmann'schen Ausführungen nicht abzumildern.

Die Beratung des Etats der Domänenverwaltung, die im Anschluß daran begann, wurde, ohne daß bemerkenswerte Gesichtspunkte vorgebracht waren, auf Freitag vertagt.

Das „geschnittene“ Reichstagspräsidium.

Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ bringt folgende Schilderung des Vorganges bei der Gratulationscour:

Der Monarch begrüßte den Präsidenten Dr. Kaempf und die beiden Vizepräsidenten Dr. Paasche und Dove, jeden einzeln, mit einem besonders freundlichen Kopfnicken, dagegen schüttelte er allerdings dem Präsidenten des Herrenhauses v. Wedel und dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses Graf v. Schwerin-Löwig die Hände. Wenn man aber berücksichtigt, daß Herr v. Wedel früher der langjährige Hausminister des Kaisers war und daß Graf v. Schwerin-Löwig als Vorsitzender des deutschen Landwirtschaftsrates dem Kaiser seit vielen Jahren intim bekannt ist, während er solche persönlichen Beziehungen zu Herrn Dr. Kaempf nicht hat, so wird man diesen Vorgang natürlich finden und ihm keinerlei politische Bedeutung beilegen oder ihn gar als eine kaiserliche Kundgebung gegen den Reichstag bezw. dessen Präsidenten hinstellen können.

Soweit die offiziöse Darstellung, die natürlich nicht stimmt. Der Kaiser hat nämlich bei früheren Anlässen keinen Unterschied in der Art der Begrüßung gemacht, obwohl er früher auch nicht in persönlichen Beziehungen zu Herrn Kaempf gestanden hat. Die Herren Kaempf, Paasche und Dove waren im Auftrage der gesamten bürgerlichen Parteien im Schloß erschienen, sie verhielten also den bürgerlichen Teil des Reichstages, und die Behandlung, die sie erfahren haben, gilt demnach auch ihren Auftraggebern. Sie war der Ausdruck der Abneigung — um kein härteres Wort zu gebrauchen — des Kaisers gegen den Reichstag. So ist der Vorgang auch allgemein aufgefaßt worden.

Schulte kontra Kopp.

Der Streit der katholischen Oberhirten nimmt seinen Fortgang. Der Paderborner Bischof Dr. Schulte scheint durch die abfälligen Urteile des Kardinals Kopp über seine unrichtige Enzyklika-Interpretation doch schwerer gereizt worden zu sein, als er zunächst zugeben wollte. Er läßt jetzt größeres Gewicht gegen den Fürstbischof von Breslau aufbringen. Zwar verdammt er als geschickter slerikaler Taktiker, sich selbst gegen den Kardinal Kopp zu wenden, aber die Paderborner „Westfälische Volkszeitung“ veröffentlicht eine neue Zuschrift, die ihrem ganzen Charakter nach entweder selbst von Herrn Dr. Schulte verfaßt oder doch von ihm inspiriert ist.

Es heißt darin:

„Was hat denn der Kardinal Kopp zu seiner Sinnänderung bewegt? Hatte der Kardinal vielleicht die Interpretation, der er vorher zugestimmt, bei deren Redaktion er mit tätig gewesen und die er im gedruckten Zirkular als von ihm selbst vertretene Auffassung an die Mitglieder der Fuldaer Bischofskonferenz geschickt hatte, nachträglich als unrichtig und dem wahren Sinne der päpstlichen Enzyklika nicht entsprechend erkannt? Von einer solchen nachträglichen Erkenntnis hat der Kardinal nichts verlauten lassen. Auch in dem in „Klarheit und Wahrheit“ Nr. 4 veröffentlichten Schreiben erwähnt er, daß die Interpretation als solche nicht beanstandet werden kann. Jedenfalls ist von Seiten der Gewerkschaftsführer der Herr Kardinal zu einer eiligen Entschleunigung nicht gedrängt worden. Er hat seine Zustimmung aus freien Stücken gegeben.“

Aber wie kommt es, daß er am 1. Dezember 1912 jenes Bedauern ausdrückte, sich bei der Beratung der christlichen Gewerkschaften beteiligt zu haben? Am 22. November 1912 hatte der Kardinal an den Bischof Schulte seine Wünsche bezüglich der endgültigen Redaktion der Interpretation schriftlich fixiert und am selben Tage ihm geschrieben, die Führer könnten die Erläuterungen auf dem Offener Kongress benutzen und sich darauf berufen, daß sie sich in Uebereinstimmung mit den Bischöfen befinden. Am 1. Dezember 1912 sprach Kardinal Kopp sein Bedauern aus über die Mitwirkung bei der Beratung der Gewerkschaften. Es hatten sich einige Vorkommnisse ereignet, die seine Eminenz in diesem Sinne beeinflusst hatten. Das waren einige Neuerungen, die Herr Abg. Justizrat Trimborn am 22. November in einer Versammlung der Kölner Zentrumsparthei getan hatte, ferner ein Zeitungsartikel, der in verschiedenen Blättern erschien und in dem man einen Angriff auf das Oberhaupt der Kirche erblickte.

Der Kardinal hatte die Interpretation als die von ihm vertretene an den Episkopat gesandt und hatte eigens darauf hingewiesen, weshalb eine vorherige Verständigung der Fuldaer Konferenz nicht möglich gewesen sei. Er hatte der Auffassung Ausdruck gegeben, daß auf die Zustimmung und nachträgliche Genehmigung gerechnet werden könne. Der Bischof von Paderborn hatte also allen Grund zu seiner Auffassung und mußte warten, ob der Kardinal sein Zirkular wirklich zurücknehme. Das ist bis heute nicht geschehen. Am 1. Dezember hat Kardinal Kopp in einem amtlichen Zirkular eine neue Kundgebung über die Interpretation erlassen, die alles andere, nur keine Zurücknahme enthält. Dieses Zirkular vom 9. Dezember 1912 ist die letzte amtliche Kundgebung des Kardinals an die Mitglieder der Bischofskonferenz in Sachen der Interpretation. Sofort nach dem Empfang dieses Zirkulars schrieb Bischof Schulte an Kardinal Kopp, er bedaure, bezüglich des vierien Punktes eine abweichende Stellung einnehmen zu müssen; wenn die Interpretation nicht dem „Sich Berlin“ zugeandt würde, dann befürchte er, es könne infolge dessen der Argwohn entstehen, daß der Episkopat entweder mit der Erklärung der Enzyklika falsch interpretiert habe oder aber unter sich nicht einig sei. Der Kardinal erwiderte dem Bischof, die Zusendung der Interpretation sei nicht notwendig. Auch darin lag nichts weniger als ein Anzeichen dafür, daß Kardinal Kopp die Interpretation als unrichtig erkannt habe und innerlich ihr nicht mehr zustimme.“

Genau genommen wirst also der Bischof von Paderborn dem Kardinal nicht nur vor, daß er sich in seinem Brief an den Grafen von Oppersdorff nicht nur bezüglich einiger Punkte geirrt, sondern daß er wider besseres Wissen mit Unwahrheiten operiert habe. Die hohen Herren müssen vor ihrer „kirchlichen Autorität“ selbst am wenigsten Respekt haben.

Wie es kommen kann!

Ein ehemaliger Offizier schreibt uns:

Daß die Bestimmungen über den Waffengebrauch des Militärs im Frieden dringend einer reichsgesetzlichen Regelung bedürfen, geht auch daraus hervor, daß infolge der im Jahre 1870 abgeschlossenen Militärkonventionen auch in Württemberg und Baden preussische Offiziere stehen und Garnisonsälteste sein können. Da nun der Grundlag aufgestellt wurde, daß für die Offiziere die militärischen Vorschriften ihres Landes auch dann gelten, wenn sie im Reiche außerhalb ihres Landes Dienst tun, so könnten preussische Offiziere auch in Württemberg und Baden à la Zabern verfahren, undeläutert darum, und nach den württembergischen und badischen Vorschriften das Militär nur auf Requisition der Zivilbehörden einschreiten darf. Der Ausbruch der preussischen Säbelkater auch auf die württembergischen und badischen Gebiete steht also unter den jetzigen Verhältnissen gar nichts im Wege. Und es werden ihr, da die Materie nicht gesetzlich, sondern durch Verordnungen geregelt werden soll, auch künftig keine Hindernisse bereitet werden. Wir fürchten, daß auf diese Manier sogar noch Bayern und Sachsen damit beglückt werden. Wie das alles gemacht wird, wissen wir auf Grund unserer Erfahrungen ziemlich genau. Vom Militärkabinett des Kaisers werden mit den zuständigen Stellen in München, Dresden, Stuttgart und Karlsruhe Verhandlungen über gemeinsame gleichartige Bestimmungen über den Waffengebrauch des Militärs eingeleitet werden. Dabei würde natürlich als Endresultat genau das herauspringen, was man in Berlin will. Auch am Partrande sind kaum Selbständigkeitsbestrebungen zu befürchten. In Berlin aber wird man nicht abgeneigt sein, in die neuen Vorschriften die berühmte Order von 1820 hineinzuschmuggeln. Und dann wäre es glücklich so weit, daß dieses ehrwürdige Dokument auf das ganze Reich ausgebreitet wird.

Unsere Kolonien als Absatzmarkt.

Aus der Zeitschrift über die deutschen Schutzgebiete hatten wir bereits mitgeteilt, daß Deutschlands Anteil an dem Gesamtbandel mit den deutschen Kolonien von 68,01 auf 65,79 Prozent herabgegangen sei. Deutschlands Anteil an dem Gesamtbandel in Ein- und Ausfuhr zusammengenommen betrug 1912 173 Millionen. Da der deutsche Gesamtbandel nicht weniger als 1800 Millionen betrug, macht also der deutsche Handel mit seinen Kolonien noch nicht den hundertsten Teil des deutschen Gesamtbandels aus. Deutschlands Handelsverkehr allein mit Niederländisch-Indien oder Chile oder mit China ist viel erheblicher, als sein Handel mit seinen sämtlichen afrikanischen und ozeanischen Kolonien. Hinzukommt, daß Deutschland noch Jahr für Jahr einen Zufluß von etwa 30 Millionen an die Kolonien leisten muß, während die Vergütung der für die Kolonien bereits verausgabten Summen sich auf mindestens doppelt soviel beläuft.

Die Zahl der weigen Bevölkerung in sämtlichen Schutzgebieten beträgt 24 389. Zieht man in Betracht, daß sich unter diesen 24 000 Personen mehrere Tausend Ausländer und allein mehr als 3000 Mannschaften der Schutztruppe und der Polizeitruppe befinden, so zeigt sich vollends, was es mit dem Gerede von dem „überseischen Deutschland“ auf sich hat.

Belohnung.

Der Vorsitzende der bayerischen Zentrumsfraktion Lerno, der vor Jahresfrist die Absetzung des Königs Otto als Umsturz und Eidbruch ablehnte und sie dann verteidigte, wurde zum Generalkaatsanwalt befördert. Damit erlischt sein Landtagsmandat. In Parlamentskreisen wird damit gerechnet, daß Dr. Lerno ein neues Mandat nicht wieder annehmen wird, so daß also der Führer der Zentrumsfraktion des bayerischen Landtages aus dem parlamentarischen Leben ausscheiden würde.

Noch ein faules Reichstagsmandat.

Die Wahlprüfungscommission trat am Donnerstag in die Prüfung der Wahl des Abg. Mertin (Dels) ein. Mertin ist mit 9803 Stimmen gewählt worden. Das Zentrum erhielt 3104, die Sozialdemokratie 2950, die Fortschrittliche Volkspartei 2023 Stimmen. Bei der Wahl sind eine Anzahl erheblicher Verstöße vorgekommen, so daß die Wahl zunächst beanstandet und Verweigerung beschlossen werden dürfte.

Nachtragsforderungen der bayerischen Regierung.

Dem bayerischen Landtag ist eine Nachtragsforderung der Regierung zu dem außerordentlichen Etat für die Jahre 1914 und 1915 in der Höhe von 17 Millionen Mark zugegangen. Die Summe soll in Form einer Staatsanleihe aufgenommen werden und der Ergänzung des Fuhrparks dienen. In der Begründung heißt es: Der Güterwagenpark soll nach den Vereinbarungen der deutschen Staatsbahnwagenverbände beteiligten Regierungen mit Rücksicht auf den während der Hochkonjunktur der letzten Jahre wieder härter hervorgetretenen Wagenmangel erheblich vermehrt werden. Es wird deshalb für Rechnung des außerordentlichen

Budgets für die Jahre 1914 und 1915 die Beschaffung von etwa 5000 Güterwagen zum Gesamtkostenbetrage von 17 Millionen Mark vorgelesen.

Im elsass-lothringischen Landtage

gab am Donnerstag die Regierung die Erklärung ab, sie werde über zukünftige Positionen und Forderungen keine Angaben mehr machen, da sie ihre Aufgabe lediglich als die einer Verwaltungsbehörde ansehe. — In der Nachmittags Sitzung stimmten alle Parteien gegen die Gehälter der sechs Gendarmeooffiziere, die damit gestrichen sind — einmal wegen der auffallenden Haltung des Gendarmehauptmanns Schotte im Reuter-Prozess, der dort erklärte, ihm sei zu Ehren gekommen, daß der Kreisdirektor Wahl versucht habe, die Gendarmen in ihrer Zeugnisauslage zu beeinflussen und ferner, weil der Standort dieses Offiziers von Zabern nach Zabern verlegt worden ist. Die Streichung kann lediglich als eine Demonstration des Landtages gegen die Militärbehörde aufgefaßt werden.

Rücktritt des bayerischen Verkehrsministers.

Der bayerische Verkehrsminister v. Seidlein nimmt seine Entlassung. Als Grund wird angegeben, er sei über die Schiffsahrtstariffrage mit König Ludwig in Differenzen geraten.

Hinausbefördert.

Im Wahlkreise Friglar-Homburg, den lange Jahre hindurch der verstorbene Antifemist Liebermann v. Sonnenberg im Reichstage vertreten hat, wurde bei der letzten Wahl mit Unterstützung aller nicht antisemitischen Parteien der Bauernbändler Hestermann gewählt. Er war früher im Bunde der Landwirte tätig, ging aber zu dem von den Nationalliberalen gegründeten Bauernbunde über und trat im Reichstage der nationalliberalen Fraktion als Hospitant bei. In den letzten Tagen erklärte er seinen Austritt aus dem Bauernbunde. Allen Anschein zieht es ihn wieder hinüber in den Bund der Landwirte, aus dem er hervorgegangen war. Seine Wähler antworteten darauf mit einem Mißtrauensvotum und erklärten, daß sie nur deshalb die Niederlegung des Mandats nicht verlangen, weil dadurch die Vertretung im Wahlkreise noch größer würde.

Am Donnerstag nahm nun der Abg. Hestermann im Reichstage ganz unvermittelt das Wort und hielt eine kräftige Rede sowohl gegen den Bauernbund, als auch gegen die Nationalliberalen. Gegen Schluß der Sitzung erbat sich Abg. Hestermann das Wort zu einer Erklärung und teilte mit, daß Abg. Hestermann seine Ausführungen weder im Auftrage noch mit Billigung der nationalliberalen Fraktion gemacht habe und daher die nationalliberale Fraktion einstimmig beschlossen habe, das Hospitantenverhältnis mit dem Abgeordneten Hestermann zu lösen. Stärkermes Heiterkeit quittierte im Reichstage über diese Mitteilung. Der Abgeordnete zählt nun zu den „Wilden“, da auch die Konservativen sich wahrscheinlich bedanken werden, einen Politiker seiner Qualität in ihre Reihen anzunehmen.

Oesterreich.

Erneuerung der Obstruktion.

Wien, 29. Januar. Die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde durch Reden der tschechischen Agrarier und der tschechischen Radikalen zur formalen Geschäftsbehandlung ausgefüllt. Dadurch wurde ein Eingehen in die Tagesordnung und die zweite Lesung des Budgetprovisoriums verhindert. Die nächste Sitzung wird morgen stattfinden.

Schweden.

Die erste Lesung des Budgets.

Der schwedische Reichstag verhandelte letzte Woche über das Budget in erster Lesung. Diese Generaldebatte pflegt sonst eine Abrechnung der Opposition mit der Regierung wegen deren Unterlassungssünden zu bringen. Diesmal hatten nur einige sozialdemokratische Redner an der bisherigen Tätigkeit der Regierung etwas auszusagen. Im übrigen beherrschte die noch gar nicht vorliegende Militärvorlage die Debatte vollständig. In beiden Kammern beschäftigten sich die konservativen Führer ausschließlich mit der Wehrfrage. Von besonderem Interesse waren die Debatten in der Zweiten Kammer, wo der langjährige Vorgänger des Herrn Staaff, der konservative Parteiführer Lindman, seinem Nachfolger im Premierministeramt zu Leibe rückte. Ihm genügten die weitgehenden Zugeständnisse nicht, die Herr Staaff in seiner Rede vor Weihnachten in Karlskrona den Rüstungsfreunden machte. Die Aufhebung der Regelung der Infanterieübungszeit bis nach den Wahlen, der Wehrbeitrag der reichen Leute und die angeblich ungenügende Flottenvermehrung hatten es dem konservativen Redner insbesondere angehan. Ihm wurde vom Staatsminister zwar gehörig heimgelächelt, der auf die Sünden der Konservativen verwies, die doch jahrzehntelang am Ruder waren und Gelegenheit gehabt hätten, ihre Wünsche durchzuführen. Auf der anderen Seite aber war an der Rede Staaff's deutlich zu merken, daß der Wunsch nach Annäherung, der sowohl bei den konservativen Rednern als auch draußen in konservativen Kreisen durchklang, nicht ganz ausstichlos ist, daß vielmehr die Liberalen einem Ruchhandel nicht ganz abgeneigt sind. Ihre Presse hat ja auch eingehend sich mit der Frage der zwei Wehrzeiten längst beschäftigt und den Boden vorbereitet.

Der sozialdemokratische Redner, Genosse Branting, vertat die Forderungen unserer Fraktion auf Herabsetzung der Militärlasten und Neuwahlen vor der Entscheidung über neue Rüstungen. Die Regierung will nur die Übungszeit der Infanterie bis nach den Neuwahlen aufheben.

Rußland.

Die Budgetsünden.

Petersburg, 28. Januar. Im Reichsrat sprach bei der Beratung des Gesetzentwurfs über die Abänderung der Bestimmungen über den Branntweinverkauf Graf Witte den Wunsch aus, man möge die von ihm selbst begangenen schweren Fehler verbessern, deshalb rufe er mit aller Kraft: zu Hilfe! Verbessert die Fehler, die Witte begangen hat, Fehler, die Rußland seinem Untergang entgegenführen! Die Begrenzung der Einnahmen aus dem Branntweinmonopol sei das einzige Heilmittel. Wenn er Mitglied der Regierung wäre und Zutritt zum Kaiser hätte, würde er den Kaiser bitten, ohne erst eine Entscheidung des Reichsrats oder der Duma abzuwarten, einen Ulas zu erlassen, der im Interesse der Gesundheit des russischen Volkes die Einnahmen aus dem Branntweinmonopol auf 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50 Millionen Rubel begrenze und den Uberschuß den Organisationen und Gesellschaften zuweise, die es sich zur Aufgabe machten, die Trunksucht zu bekämpfen. Der Reichsrat beschloß einstimmig, in die Diskussion der einzelnen Artikel des Gesetzes einzutreten.

Mexiko.

Amerikanische Waffen für die Insurgenten.

New York, 21. Januar. Der Vertreter der „Associated Press“ in Washington telegraphiert, daß die Forderung der amerikanischen Insurgenten, ihnen die Erlaubnis zum Ankauf von Waffen

in den Vereinigten Staaten zu erteilen, bald würde freigestellt werden können. Fast das ganze Kabinett, viele Mitglieder der Kommission für Auswärtige Angelegenheiten im Senat und viele Führer der Kongresspartei seien bereit, die Erlaubnis zu geben. In diesem Falle würde Wilson das durch die letzte Proklamation verfügte Ausfuhrverbot für Waffen aufheben. Die Notifizierung der Nichtbezahlung der Schuldenzinsen und die Erklärung der Insurgenten, den Kampf auf die vollreichenden Bezirke Mittelamerikas ausdehnen zu wollen, seien Gründe für eine neue Entwidlung der amerikanischen Politik. Wilson glaube, daß die Insurgenten keine Schwierigkeiten haben würden, wenn sie, während die amerikanische Grenze geschlossen sei, ihre Waffen aus dem Ausland beziehen würden. Bevor die amerikanische Regierung das Ausfuhrverbot aufheben würde, würde sie sich vergewissern, daß Leben und Eigentum der Ausländer respektiert würden. Die Behörden glauben, daß wenn man beiden Teilen die gleichen Möglichkeiten gäbe, Waffen einzuführen, die Revolution bald zugunsten der Insurgenten beendet sein würde.

Südafrika.

Der oberste Gerichtshof gegen die Deportation.

Pretoria, 29. Januar. Der oberste Gerichtshof befahl sich gestern mit einem Gesuch um einen richterlichen Befehl, die Regierung an der Ausführung der Deportation zu verhindern. Der Vorsitzende des Gerichtes erklärte im Laufe der Verhandlung, er hätte dem Gesuche stattgegeben, wenn er das Beweismaterial einen Tag früher vor sich gehabt hätte. Wenn die Regierung diesen Männern das Recht des Bürgers verweigere, an das Gericht in Durban zu appellieren, so sei das kein rechtmäßiger Akt.

Parlamentarisches.

Der Postetat in der Budgetkommission des Reichstages.

Am Donnerstag wurde die Beratung des Postetats fortgesetzt. Beim Einnahme-Etat gab es eine lebhaftere Debatte, als Abg. Strube (Sp.) die Frage stellte, was die Postbehörde zur Abwehr des vom Obersten v. Reuter erhobenen Vorwurfs getan habe. Da die vom Staatssekretär Raetzel abgegebene Erklärung ausweichend und völlig nichtig war, forderte Genosse Koste Klipp und Kar Aufschluß darüber, was die Reichspostverwaltung zum Schutze der durch die Reuterischen Vorwürfe schwer angegriffenen Ehre der hiesigen Postbeamten unternommen habe.

Abg. Dertel (L.) fühlte sich als freiwilliger Regierungskommissar berufen, die Worte des Obersten im mildesten, das Verhalten der hiesigen Postbeamten im ungünstigsten Sinne erscheinen zu lassen. Hierdurch in seiner Haltung bestärkt, blieb der Staatssekretär bei seinen nichtigsten Erklärungen, worauf Genosse Sidelum feststellte, daß die Kommission das peinliche Gefühl habe, daß die Postbeamten von ihrer Behörde ebenso preisgegeben werden wie die Zivilbevölkerung in Bayern von der Reichsverwaltung. Wegen die unbegründeten Vorwürfe des Obersten habe man nicht vorzugehen gewagt. Genosse Koste wies auf einen früheren Fall hin, in welchem der Staatssekretär sofort Strafantrag gestellt habe, als ein sozialdemokratischer Redakteur mit viel größerer Verachtung Vorwürfe gegen die Postverwaltung erhoben hatte. Im Gegensatz zu der hier an den Tag gelegten Schamlosigkeit habe sich der Staatssekretär schützend und verteidigend vor den Obersten v. Reuter gestellt. Die Debatte wird sich im Hinblick auf die unbefriedigende Stellungnahme des Staatssekretärs im Plenum wiederholen.

Schutz vor Verrat militärischer Geheimnisse.

Die Reichstagskommission für den Gesetzentwurf über den Verrat militärischer Geheimnisse setzte am Donnerstag die Generaldebatte fort. Der auf Verlangen der Kommission erschienene Kriegsminister machte Mitteilungen über den deutschen Nachrichten dienst. In der folgenden Debatte wandten sich die Redner fast aller Parteien gegen die Bestimmungen des Entwurfs, die dahin zielen, bloße Nachrichten als militärische Geheimnisse hinzustellen und ihre Mitteilung schwer zu bestrafen. Angerufen sei lediglich, daß durch die Justizatur des Reichsgerichts eine bei Schaffung des Gesetzes von 1868 nicht gemollte Lücke infolgedessen eingetreten sei, daß der Verrat von geheimen Nachrichten an eine fremde Regierung nicht genügend erfasst werden könne. Scharf kritisiert wurde auch die Bestimmung des Regierungsentwurfs, nach welcher nicht dem Richter, sondern der obersten militärischen Behörde die Entscheidung darüber zuzufallen soll, was im Interesse der Landesverteidigung geheimzuhalten ist. Für die weitere Debatte soll ein Antrag Gröber die Grundlage bilden, der besagt: „Ebenso wird bestraft, wer vorsätzlich eine Nachricht, deren Geheimhaltung im Interesse der Landesverteidigung erforderlich ist, an eine ausländische Regierung oder eine Person, die im Interesse einer ausländischen Regierung tätig ist, gelangen läßt und dadurch die Sicherheit des Reiches gefährdet.“

Die Sonntagsruhekommision des Reichstages

trat am Donnerstagsvormittag unter Vorsitz des Abg. Triborn (Zentrum) zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Im Anschluß an § 1 der Regierungsvorlage über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe trat man zunächst in eine Generaldebatte ein.

Abg. Erzberger (Z.), neben dem stillschweigend sein sozialpolitischer Gegenüber, der Abg. Hüje ist, begründet den nunmehr eingeleiteten Zentrumsantrag, der die volle Sonntagsruhe — aber auch mit sechs Ausnahmestunden für außerordentlichen Geschäftsverkehr — und mit fünfständiger Arbeitszeit für die Spektations- und die Schiffsmakler! — nur für Gemeinden mit mehr als 50 000 Einwohnern einführen, dagegen für solche mit 20 000 bis 50 000 Einwohnern drei Stunden, und für solche mit weniger als 20 000 Einwohnern vollends volle fünf Stunden Sonntagsarbeit zulassen will. Als Pflaster auf diese Verwirrung der Sonntagsarbeit soll das gänzliche Verbot außer an den drei sogenannten hohen Festtagen auch am Neujahrsfest, Karfreitag und Fronleichnam gelegt werden und Ortsstatuten, die schon weiter in der Beschränkung der Sonntagsarbeit gehen, sollen aufrechterhalten bleiben. Herr Erzberger nennt das „positive“ Sozialpolitik und wendet sich gegen die „negative Kritik“. Seine Behauptung, daß in kleinen Orten zahlreiche Geschäfte 80 Proz. der Einnahme aus dem Sonntagsgeschäft ziehen, hält er aufrecht. Abg. Krumm (Christlichsozial) ist für volle Sonntagsruhe, wenigstens als Grundlage mit einigen in der Regierungsvorlage vorgesehenen Ausnahmen.

Abg. Dr. Quard (Soz.) erklärt den sozialdemokratischen Antrag, der das Gesetz auf die einfachste, klarste und verständlichste Formel bringen würde: völlige Sonntagsruhe für Läden und Kontore als Regel, Ausdehnung auf alle verwandten Betriebe (Werk- und Versicherungsbüros, technische Büros, Apotheken usw.), Ausnahmen nur für Notfälle und einen Sonntag für Weinachten im übrigen für die sogenannten Bedürfnisgewerbe (Eis, Blumen, Nahrungsmittel) zwei Stunden Höchstarbeit vor 10 Uhr am Sonntagmorgen. Damit sei allen berechtigten Ansprüchen Genüge geleistet und in der Hauptsache die ganze Sonntagsruhe hergestellt. Dann wies Genosse Quard eingehend nach, daß die kleinen Geschäfte keine Nachteile von der so erweiterten Sonntagsruhe haben. Abg. Brühne (Soz.) ergänzte diese Ausführungen wirksam durch zahlreiche Beobachtungen aus seiner Praxis als kleiner Geschäftsmann. — Nach einer kurzen Rede des Abg. Graf v. Posadowsky, der erst wieder für volle Sonntagsruhe eintrat und die sichere Stimmen voraussetzte, wogte aber zum Zentrumsantrag einlenkte,

legten die Nationalliberalen, Konservativen und Freisinnigen ihre Stellung dar. Abg. Reher (Herford (nat.)) neigt zum Zentrumsantrag, will aber auch für kleinere Orte den Nachmittags frei haben und die Vormittagsarbeit höchstens für drei Stunden zulassen. Er wartet vor zu viel Ortsstatuten, will aber die fortgeschrittenen erhalten wissen. Bei den Ausnahmestunden will er auf zwei heruntersetzen. — Graf Carmer (L.) möchte in den Großstädten wohl die Großbetriebe schließen, aber daneben womöglich die kleinen verlaufen lassen und hält auf dem Lande die Sonntagsruhe nicht für durchführbar. — Abg. Dörmann (Sp.) will für die schwerlämpfenden kleinen Existenzen die Sonntagsarbeit erhalten wissen, aber nur auf drei Stunden, nicht auf fünf, wie der Zentrumsantrag. Zur Scheidung in Ortsklassen behalte er die Stellung seiner Freunde vor. — Der Abg. Raquardt (nat.) stellt sich als „Klerikalisches Verantw.“ vor und erstrebt die volle Ruhe, mindestens eine einseitige Schlußstunde am Sonntag und gesteht die löcherlichen Ausnahmen von heute. Die Bauern wollten gar keine Öffnung der Geschäfte am Sonntag. Sie kaufen in der Woche auf Vorrat; der Zentrumsantrag beschleunige die Landflucht des besseren Personals. — Als Regierungsbereiter bestätigt Ministerialdirektor Caspar, daß die Regierung vor den rüchständigen Prinzipalen zurückweichen ist; sie habe „gewichtigen Bedenken“ nachgegeben. Den Zentrumsantrag habe sie auch erwogen gehabt, halte ihn aber als zu schablonenhaft, nicht für brauchbar; er berücksichtige nicht die Verschiedenheit der Verhältnisse an Orten mit gleicher Einwohnerzahl und die Verschiedenheit ihrer Umgebung.

Aus der Partei.

Das Feuilleton der „Neuen Zeit“.

In der soeben erschienenen Nummer der „Neuen Zeit“ teilt die Redaktion unserer wissenschaftlichen Wochenschrift unter der Spitzmarke „In eigener Sache“ folgendes mit:

Vor einigen Tagen brachte die „Frankfurter Volksstimme“ die Nachricht, das Feuilleton der „Neuen Zeit“ solle einziehen. Sie äußerte ihr Befremden und Bedauern darüber und forderte Aufklärung. Einige Parteiorgane schlossen sich ihr an.

Wir haben zu dieser Sache bisher geschwiegen, weil sie noch der Beurteilung der Parteiführung unterlag. Diese haben jetzt gesprochen und damit ist der Zeitpunkt gekommen, die Genossen über die Angelegenheit zu unterrichten.

Es drehte sich dabei nicht um die Frage, ob die „Neue Zeit“ ein Feuilleton haben, noch auch um die, ob dieses von einem eigenen Redakteur besorgt werden solle — wer würde sich dagegen wehren wollen?

Die Streitfrage war vielmehr die, ob das Feuilleton, das auch die Parteigeschichte in sein Bereich zog, außerhalb jedes Zusammenhanges mit der Redaktion des Hauptblattes herzustellen sei. Ein solcher Zustand hemmt jedes Disponieren der Redaktion. Er ist unhaltbar.

Darunter leidet jetzt die „Neue Zeit“.

Das Feuilleton wurde im Dezember 1907 eingerichtet unter der Voraussetzung eines festen Einvernehmens seiner Redaktion mit der Hauptredaktion. Diese Voraussetzung hat völlig aufgehört. Schon seit mehr als drei Jahren weigert sich Mehring, die Redaktionsräume der „Neuen Zeit“ zu betreten. Seit bald zwei Jahren hat er auch alle persönlichen Beziehungen zu ihren Redakteuren abgebrochen. Die Redaktion des Feuilletons stand seitdem außer jeder Fühlung mit der Gesamtedition, was um so störender und bedenklicher wurde, seit im Feuilleton nicht nur Fragen der schönen Literatur, sondern auch solche der Parteigeschichte behandelt wurden.

Dieser ungesunde Zustand trat schließlich auffallend zutage, als im Herbst vorigen Jahres zweimal die Redaktionen des Feuilletons und des Hauptblattes einander widersprechende Kritiken der gleichen Blätter gleichzeitig zum Druck beförderten.

Darum haben wir den Parteivorstand ersucht, Abhilfe zu treffen.

Da, wie bereits erwähnt, Mehring schon vor drei Jahren ein kollegiales Zusammenarbeiten mit der Gesamtedition abgelehnt hatte, blieb zur Wiederherstellung der Einheitlichkeit der Redaktion kein anderer Ausweg als jener, den Genosse Diez vorschlug, den die Redaktion akzeptierte und den der Parteivorstand nach eingehender Erörterung mit allen Beteiligten zum Beschluß erhob.

Nach diesem Beschluß soll es wieder nur noch eine Redaktion geben, die die gesamte „Neue Zeit“ herstellt. Sie hat auch feuilletonistischen Stoff zu veröffentlichen. Mehring wurde dabei ersucht, als ständiger Mitarbeiter neben seinen wissenschaftlichen Arbeiten feuilletonistische Beiträge wie bisher für die „Neue Zeit“ zu liefern.

Das erschien als die einzig mögliche Lösung der Aufgabe, das Bedürfnis nach Herstellung der Einheitlichkeit in der Redaktion mit dem nach Beibehaltung des feuilletonistischen Stoffes zu vereindbaren.

Mehring akzeptierte diese Lösung nicht und appellierte an die Kontrollkommission.

Diese hat die Lösung des Parteivorstandes abgelehnt, aber keine andere an ihrer Stelle vorgeschlagen, sondern sich damit begnügt, zu erklären, daß die Gründe noch heute fortbestehen, welche 1907 zur Herausgabe der Feuilletonbeilage in ihrer bisherigen Gestalt und der bisherigen Leitung führten.

Die Kontrollkommission verkennt die Schwierigkeiten, die in den letzten zwei Jahren aus einer totalen Umwälzung jenes einheitlichen Zusammenwirkens entstanden sind, das zur Zeit der Einführung des Feuilletons innerhalb unserer Redaktion bestand und eine der wichtigsten Bedingungen seiner Gründung war.

Diese Schwierigkeiten, deren Ueberwindung für uns dringend notwendig geworden ist, werden durch den Spruch der Kontrollkommission nicht aus der Welt geschafft.

Wir wissen zurzeit nicht, wie Mehring sich sein weiteres Zusammenarbeiten mit uns denkt, für das wir ihm volle wissenschaftliche Unabhängigkeit zusichern. Auf jeden Fall bleibt für uns das Programm maßgebend, das wir in unserem Prospekt entwickelt haben. Von den Aufgaben, die wir uns dort gestellt, soll keine einzige verkürzt werden.

Der diesjährige Sozialdemokratische Parteitag findet vom 13. bis 19. September 1914 in Würzburg statt.

Soziales.

Freiheit der Profitmacherei.

Gegen die „Vollstärkung“ richten sich die wie Pilze nach einem feuchten Regen aus der Erde schießenden Versicherungen auf öffentlich-rechtlicher Grundlage. Eine solche Einrichtung plant man auch für die Provinz Rheinland. Das hat die Profitmacher auf den Plan gerufen. Der Ausschuß des „Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen“ reklamierte in einer Entschiedenheit sehr energisch das heilige Recht des Kapitals, in der Profitmacherei nicht behindert zu werden. Es sei nicht Aufgabe der Provinz, sich in Gegensatz zu privaten Versicherungsgesellschaften zu stellen, die zu den wichtigsten Steuerträgern im Staate, in der Provinz und in der Gemeinde gehören. . . . Schließlich wird noch betont, daß „der Eingriff der Provinz in das private Erwerbseleben die schwersten Bedenken hervorruft“. In ähnlicher Weise haben auch die Handelskammern von Köln und Elberfeld gegen den Plan der Rheinprovinz aufgetrumpft. Solche Anstrengungen zur Erhaltung des

Versicherungsmonopols für das Kapital lassen erkennen, daß es sich dabei um eine sehr reichlich fließende Profitquelle handelt. Die Kugelanwendung daraus für den Arbeiter liegt auf der Hand.

Zum Wohnungsgesetzentwurf nahm der oben erwähnte Verein ebenfalls Stellung. Mit lächnem Griff will man die ganzen Reformbestrebungen in den Sand der kommunalen Laßlosigkeit ziehen. Der Entwurf bietet wohl die geeignete Grundlage zur Lösung mancher Aufgabe. In Wirklichkeit ist der Entwurf durchaus unzulänglich, aber die Herren vom Geldsack wittern doch etwas Gefahr und daher verlangen sie: „Die Aufgaben der Wohnungsreform, insbesondere die Wohnungspolitik, müßten aber ausschließlich den Gemeinden übertragen werden.“ Hier würde das Hausbesitzerprivileg und der ausschlaggebende Geldsack schon dafür sorgen, daß die „Reform“ den Kapitalisten und Spekulanten keine großen Schmerzen bereite.

Die Pläne und Forderungen des Kapitals sind die besten Wegweiser für Reformen. Das Gegenteil von dem was die Arbeiter verlangen dient dem Allgemeinwohl.

Erfinder und Unternehmer.

Die vereinigten Interessentenverbände der chemischen, elektrischen und Maschinenindustrie haben jüngst in Berlin eine Kundgebung zur Patentgesetzreform veranstaltet — natürlich hinter verschlossenen Türen —, um den schätzierten Versuch der Regierung, den technischen Angestellten zu einem bescheidenen Schutz ihrer erfinderischen Leistungen zu verhelfen, in Grund und Boden zu verurteilen. Das Publikum bildeten die Herren Dr. Feumer, Regierungsrat Schweighöffer, Dr. Kuhl, Landtagsabgeordneter Hirsch (Essen), Dr. v. Boettinger, Justizrat Haenker (Höchst), Kommerzienrat Bensch (Graudenz) und andere durch ihre scharfmacherische Gefinnung satyam bekannte Industrielle und Arbeitgebersekretäre. Wohl um auf die Regierung einen möglichst starken Eindruck zu machen, waren nicht weniger als sechs Hauptreferenten bestellt, darunter der Generaldirektor der Ludwig Löwe A.-G. Justizrat Waldschmidt, Dr. Goldschmidt-Essen und Kommerzienrat Guggenheimer. Doch unter diesen Umständen kein gutes Haar an dem ganzen Gesetzentwurf und für die Angestellten vollends nichts übrig blieb, ist begreiflich. Aber allerhöchst waren doch die „Gründe“, mit denen sie ihre Sorge um einen möglichen Prohibitverlust zu verbergen suchten. Zu diesem Zweck bedienten sie sich des alten Tricks, ihren kapitalistischen Unternehmervorwitz mit der Wohlfahrt des gesamten Volks zu verwechseln, um vor diesem Standpunkt aus jeden Erfinderlohn für eine Verdröhung der deutschen Volkswirtschaft zu erklären. Dr. Goldschmidt stellte fest, daß die Idee, dem Angestellten-Erfinder eine Vergütung zu gewähren, überhaupt „in den Tatsachen keine hinreichende Grundlage findet“. Mit anderen Worten: die schöpferische Tätigkeit des Erfinders zu belohnen, ist überhaupt sinnlos; Anspruch auf Entschädigung und Verdienst hat gerechterweise immer nur der Unternehmer!

Ein kleines Stückchen „Erfinderehre“, die Benennung des Erfindernamens in der Patentschrift, wollen die Herren den Angestellten gnädigst gewähren, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß daraus „unter keinen Umständen die grundsätzliche Anerkennung eines Erfinderrechtes gefolgt“ wird, d. h. auf deutsch: nur sofern es die Unternehmer nichts kostet! Große Sorge macht den Herren die Aussicht, daß die eventuell nötige Verständigung mit dem Angestellten-Erfinder gelegentlich zu Differenzen führen und dann „das zurzeit gute Verhältnis zwischen den höheren Angestellten und ihren Dienstherren“ stören könnte, wie Dr. Goldschmidt sich ausdrückte. Als ob dieses „gute Verhältnis“, soweit es überhaupt noch vorhanden ist, nicht täglich durch unförmliches Verhalten der Unternehmer hundertmal mehr und härter gefährdet würde, als es eine noch so radikale Patentreform jemals vermog!

Alles überragend war jedoch die Anschauung des ersten Referenten, Justizrat Waldschmidt, der den Satz prägte: „Während des Patentrechts bisher eine soziale Erscheinung war, die den Fortschritten der allgemeinen Technik und der Volkswirtschaft dienlich, soll es künftig den privaten Interessen der Erfinder dienen.“ Eine ärgere Kopplung der Tatsachen ist kaum denkbar; denn leider liegen die Dinge heute so, daß es einen Schutz des Erfinders und seines geistigen Eigentums überhaupt nicht gibt. Das geltende Patentgesetz stellt nur einen ganz einseitigen Vermögensschutz dar, kann also mit dem Wort „sozial“ überhaupt nicht in Beziehung gebracht werden. Auch durch den Entwurf der Regierung wird dieser untragliche Zustand nur teilweise gebessert; einen wirklichen Erfinderschutz würde auch er nicht bringen und die technischen Industriellen Beamten haben deshalb übereinstimmend erklärt, mit dieser unvollkommenen Reform keinesfalls zufrieden zu sein. Aber das Vorgehen der Unternehmer beweist doch, daß ihnen selbst diese bescheidenen Zugeständnisse schon zu viel sind und daß sie entschlossen sind, jeden Paragraphen des bisherigen Rechtes bis zum Ankerstein zu verteidigen. Es ist deshalb nötig, daß auch auf der Arbeitnehmerseite alle Kräfte aufgebieten werden, wenn anders das neue Patentgesetz nicht wieder ein „Kapitalistenschutz“ statt eines „Erfinderschutz“ werden soll.

Letzte Nachrichten.

Eine Erklärung des Bischofs Schulte.

Faherborn, 29. Januar. (W. L. B.) Die Redaktion des „Westfälischen Volksblattes“ bringt an der Spitze der Freitagnummer folgende Erklärung vom 29. Januar: Der Ernst der gegenwärtigen Situation hat uns genötigt, an unseren hochwürdigsten Herrn Bischof Dr. Karl Josef Schulte mit der Bitte heranzutreten, uns die absolute Richtigkeit sämtlicher Angaben, die in den beiden Artikeln des „Westfälischen Volksblattes“ über die bekannte Interpretation der päpstlichen „Enghyllika Singulari quadam“ enthalten sind, hochgeneigtens bestätigen zu wollen. Diese Bestätigung hat der hochwürdigste Herr uns heute gegeben.

Eine Familie durch Rauchgas vergiftet.

Esseg, 29. Januar. (W. L. B.) Die vierköpfige Familie des pensionierten Hilfsamterdirektors Koch wurde tot aufgefunden. Durch Bersten eines Gasrohres auf der Straße war Rauchgas ausgeströmt und in die Wohnung gedrungen.

Epidemien im französischen Heere.

Paris, 29. Januar. (W. L. B.) Den Blättern zufolge sind unter der Garnison von Versailles und des Lagers von Satory in der letzten Zeit eine ungewöhnlich große Anzahl von Todesfällen infolge von Lungenerkrankung vorgekommen.

Blündernde Chinesenhorden.

Shanghai, 29. Januar. (Melbung des Reuterschen Bureaus.) Die China-Inlandmission hat Telegramme aus Lianchow in Anhui erhalten, wonach auf 2000 Mann geschätzte Räuber fast die ganze Stadt geplündert und verbrannt haben. Der britische Missionar sei mit Frau und Kindern nach Luchow geflüchtet. Die römisch-katholischen Missionare sollen nach Lianchow weilen und unerschrocken sein, augenscheinlich gehören diese Räuber zu der Bande des weißen Wolf, die kürzlich in Oshonan geplündert hat.

Gewerkschaftliches.

Arbeitslose und Leistungen der Fachverbände.

Konservative Kopfschmerzer lassen aus bekannter böser Absicht munter weiter über Arbeitslosen — als Ursache der Arbeitslosigkeit. Eines der antisemitischen Stoßpreußendblätter forderte kürzlich ganz ernsthaft die gesetzliche Einführung des Arbeitszwanges. Gerade so, als ob irgendwo wegen Mangels an willigen Arbeitskräften wichtige Arbeiten unterbleiben müßten. Was die Junker, Spießer und Scharfmacher erstreben, ist der Zwang für Arbeiter, jede Arbeit zu jeder von den Ausbeutern diktierten Bedingung auszuführen. In den Organen der Zünfte, Zunftvereine und großkapitalistischen Scharfmacher wird nach wie vor das Vorhandensein einer bemerkenswerten, Abhilfe- oder Linderungsmahnahmen erheischenden Beschäftigungslosigkeit schamlos gelehrt. Man weiß ja, warum das geschieht. Je größer die Zahl der gar keine Unterstützung beziehenden Arbeitslosen, desto bequemer kann man Lohnkürzungen durchsetzen. Die Statistik kümmert sich nicht um die kapitalistischen Interessensorgen; mit nackten und doch so bedeutungsvollen Zahlen konstatiert sie ein schnelles Wachstum der Arbeitslosigkeit. Aus verschiedenen Quellen fließen die Beweise dafür. In jeder Hülle sammelt sie das „Reichsarbeitsblatt“, dessen Objektivität schließlich wohl auch die Arbeitgeberzeitung und des Reiches Minister anerkennen müssen. Aus den Erträgen der Beiträge zur Invaliditätsversicherung, aus den Feststellungen der Arbeitsnachweise, aus der Bewegung der Mitgliederzahl der Krankenkassen sowie den Angaben der Industriebereitungen, aus den Produktionsziffern usw. und schließlich auch aus den genauen Angaben der Fachverbände ergibt sich mit zweifelsfreier Deutlichkeit eine weitere bedrohliche Zunahme der Arbeitslosigkeit. In der nachfolgenden Uebersicht stellen wir die in Betracht kommenden Ziffern der Fachverbände — Reichsarbeitsblatt Nr. 1, 1914 — für das vierte Vierteljahr 1913 mit den Angaben aus der gleichen Zeit des vorausgegangenen Jahres in Vergleich:

Table with 4 columns: 1912, 1913, Zunahme +, Abnahme -. Rows include: Zahl der Mitglieder zusammen, männl. Mitglieder, weibl., Fälle von Arbeitslosigkeit, Arbeitslosentage, Unterstützte Personen, Gezahlte Unterstützung.

Die Uebersicht bietet des Interessanten und Bemerkenswerten in mehrfacher Hinsicht. Zunächst ergibt sich eine enorme Zunahme der Fälle von Arbeitslosigkeit, der Arbeitslosentage, der unterstützten Personen und der an sie geleisteten Unterstützungen, bei gleichzeitiger Verminderung der erfahrenen Mitgliederzahlen. Da lediglich ein Herausgreifen der unterstützungsberechtigten Mitglieder den Umfang der Arbeitslosigkeit verschleiern, weil eben die noch nicht unterstützungsberechtigten arbeitslosen Mitglieder dabei unberücksichtigt bleiben, haben wir auch die Zahl aller Fälle von Arbeitslosigkeit aufgeführt. Es waren dieser um 40 Prozent mehr als im vorausgegangenen Jahre. In der gleichen Zeit ist also die Zahl der ermittelten arbeitslosen Lage um 70 Prozent gestiegen. Das beweist, daß der einzelne Arbeitslose nun viel länger arbeitslos war als 1912. Dieselbe Erscheinung zeigt sich bei den unterstützten Personen. Ihre Zahl ist um 22,4 Prozent gestiegen, die Summe der gezahlten Unterstützungen jedoch um über 63 Prozent. Zu einem geringen Teile mag das auf eine Erhöhung der Unterstützungssätze zurückzuführen

sein, in der Hauptsache auf die Verlängerung der Arbeitslosigkeit auf den einzelnen Fall. Somit ergibt sich eine Zunahme der Arbeitslosigkeit, an der keine pflichtbewußte, auch nur minimal sozial insigrierte Regierung latentlos vorbeigehen könnte. Aber die preussisch-deutsche Regierung tut's!

Wenn zum Schluß noch darauf verwiesen wird, daß die Verbände allein im vierten Quartal 1913 nicht weniger als 3 1/2 Mill. Mark an Arbeitslosenunterstützung auszahlten, dann hat die Deffentlichkeit den Beweis, daß die Gewerkschaften außerordentlich viel leisten und nun mit vollem Recht öffentliche Mittel als Zuschuß zu den von ihr geleisteten Unterstützungen verlangen.

Berlin und Umgegend.

Die Ausführung der Berliner Hoffstandsarbeiten.

Die Firma Franz Kachfall, Bautischlerei und Innenausbau, sendet uns unter Bezugnahme auf einen Artikel, den wir unter der obigen Ueberschrift in der letzten Sonntagsnummer brachten, ein Schreiben, welches unsere, die genannte Firma betreffende Angaben berichtigen soll, sie aber in allen wesentlichen Punkten bestätigt.

Wir hatten an einem Beispiel dargelegt, daß Franz Kachfall seinen Gesellen bei Anfertigung von Tischlerarbeiten für städtische Bauten wesentlich niedrigere Affordpreise zahlt, als er nach dem bestehenden Tarif zahlen müßte. Als Beispiel führte unser Artikel an, daß die Firma Franz Kachfall für Fenster, die nach dem Tarif mit 9 M. bezahlt werden müssen, nur 7 M. zahlt. Diese Angabe unseres Artikels bekräftigt die Firma Franz Kachfall nicht. Sie bemüht sich nur, Rechtfertigungsgründe für ihr Verhalten anzuführen. Als ob sich ein Verstoß gegen den Tarif überhaupt rechtfertigen ließe.

In unserem Artikel wurde gesagt, ein Tischler, der statt 9 M. nur 7 M. für ein Fenster bekommt, verdient wöchentlich 8 M. weniger, als ihm nach dem Tariflohn zusteht. Diese Angabe beruht auf der allerdings irrigen Annahme, daß ein Bautischler vier solcher Fenster in der Woche herstellt. Wie wir jetzt erfahren haben, kann er aber mindestens fünf, vielleicht auch sechs Fenster der hier in Rede stehenden Art fertigmachen. Sein Verdienst ist also um 10 bis 12 M. zu niedrig.

Die Firma Franz Kachfall klammert sich an die Angabe unseres Artikels und macht uns folgende Rechnung auf: Wenn ein Geselle in der Woche 4 Fenster a 7 M. liefert, so würde er ja nur wöchentlich 28 M. verdienen. Reine 12 Tischler haben aber 34 bis 43 M., einer sogar 51 M. verdient, der durchschnittliche Wochenverdienst beträgt 40 M.

Durch diese Lohnangaben wird unsere Behauptung, die Firma habe den tarifmäßigen Affordlohn nicht bezahlt, durchaus nicht widerlegt. Sie beweist nur, daß wir die Leistung eines Tischlers zu niedrig angenommen hatten. Wenn ein Tischler 5 Fenster a 7 M. herstellt — und das ist nach sachkundiger Angabe die Mindestleistung —, dann würde er einen Wochenverdienst von 35 M. erzielen, also ungefähr den Verdienst erreichen, den die Firma angibt. Doch darauf kommt es nicht an. Der springende Punkt ist der: die Tarifsätze müssen bezahlt werden ohne Rücksicht darauf, ob sich der Wochenverdienst des Arbeiters höher stellt, als es der Unternehmer für angemessen hält. Die Firma Franz Kachfall scheint zu glauben, wenn ein Bautischler durchschnittlich 40 M. verdient, dann sei eine geringere Bezahlung, als der Tarif vorsieht, gerechtfertigt.

Dinstaglich der Abgabe, die gemacht werden dürfen, wenn dem Tischler gewisse Vorarbeiten durch die Maschine gemacht werden, ist die Firma Franz Kachfall anderer Meinung als der Verfasser unseres Artikels. Nach den Bestimmungen des Bautischlertarifs ist es zulässig, daß für die maschinellen Vorarbeiten, je nach Art und Umfang derselben, ein Abzug bis 45 Prozent an den Affordpreisen gemacht werden darf. Im vorliegenden Fall halten die Tischler einen Abzug von 40 Prozent für zulässig, weil sie nicht alle Vorarbeiten geliefert bekommen, sondern Rahmenleisten, innere Lohsbögel und Zwischenfutter selbst aufstreichen mußten. Die Firma Franz Kachfall gibt in ihrer Zuschrift selbst zu, daß sie zuweilen 65 Prozent abgezogen hat. Das ist ein Verstoß gegen den Tarif, denn mehr als 45 Prozent dürfen bei Lieferung aller Vorarbeiten nicht abgezogen werden. Die Firma behauptet, die Vertreter der Schlichtungskommission, welche in ihrem Vertriebe verhandelte, hätten einen höheren Abzug für statthaft erklärt. Sollte

der Vertreter der Arbeitgeber das getan haben, so wäre das mit dem Tarif nicht in Einklang zu bringen. Der Vertreter der Arbeiter versichert, daß er sich nicht mit höheren Abzügen einverstanden erklärt habe.

Ferner bemerkt die Firma in ihrem Schreiben, es sei unklar, daß sie den Arbeitsnachweis umgangen habe, sämtliche bei ihr beschäftigten Tischler und Maschinenarbeiter seien durch den paritätischen Arbeitsnachweis eingestellt. — Das mag zutreffen. Eine derartige Beschuldigung gegen die Firma Franz Kachfall ist in unserem Artikel auch nicht enthalten!

Schließlich heißt es in dem Schreiben der Firma: „Die mir in den Mund gelegte Behauptung: „Ich weiß wohl, daß ich mehr zahlen muß, aber wenn Sie es nicht machen wollen, machen es andere“, ist eine Verleumdung.“

Unterzeichnet ist das Schreiben „Franz Kachfall“. — Das ist jedenfalls der alte Herr Kachfall. In unserem Artikel wird aber ausdrücklich gesagt, Kachfall junior habe die angeführte Behauptung gemacht. — Diese Behauptung wird auch jetzt noch aufrechterhalten. Ehe Herr Franz Kachfall unsere Angabe als Verleumdung bezeichnen, hätte er doch seinen Sohn Bernhard Kachfall fragen sollen, ob er diese Behauptung bekräftigen kann. Wir können jedenfalls beweisen, daß er sich so geäußert hat.

Tariffbewegung der Steinarbeiter.

Vor mehreren Wochen hatten die Steinarbeiter die Abstimmung ihres Tarifs beschlossen. Die von einer Kommission ausgearbeitete Tarifvorlage für die Sandsteinarbeiter wurde am Mittwoch in einer Sektionsversammlung dieser Branche beraten. Die von der Versammlung angenommene Vorlage stellt in der Hauptsache folgende Forderungen auf: In den Sommermonaten soll die tägliche Arbeitszeit 8 Stunden, in den Wintermonaten 7 Stunden betragen. (Bisher wurde in den Sommermonaten auf Bauten 9 Stunden gearbeitet.) Der Mindestlohn soll von 90 Pf. auf 1 M. pro Stunde erhöht werden. Bei einer Beschäftigung bis zu 5 Tagen soll ein Stundenlohn von 1,20 M. gezahlt werden. Die Lohnforderung bedeutet keine eigentliche Lohnerhöhung, sondern nur einen Ausgleich für die Verkürzung der Arbeitszeit. Bei 8 Stunden a 1 M. verringert sich sogar der gegenwärtige Tageslohn um 10 Pf. Diesen Ausfall wollen die Arbeiter tragen, wenn sie die achtstündige Arbeitszeit bekommen. Ueberstunden, die aber nur in Notfällen geleistet werden dürfen, sollen mit einem Aufschlag von 30 Pf. nachstunden mit einem solchen von 50 Pf. vergütet und Sonntagsarbeit mit 2 M. pro Stunde bezahlt werden. — Der Affordtarif, der seit 20 Jahren keine Verbesserung erfahren hat, soll um 30 Prozent erhöht und bei Affordarbeiten der Mindestlohn garantiert werden. Weitere Forderungen beziehen sich auf Vergütung des Fahrgeldes und der Fahrzeit. Im Interesse der Gesundheit der Arbeiter soll folgende Bestimmung, die im alten Tarif nicht vorhanden war, im neuen Tarif aufgenommen werden: „Auf den Bauten sind den Arbeitern Unterkunftsräume zum Schutz gegen Witterung und Diebstahl zur Verfügung zu stellen. Derselben müssen belüftet, heizbar und mit Sitzgelegenheiten und Tischen für jeden Arbeiter versehen sein. Die Unterkunftsräume dürfen nicht als Arbeits- und Materiallageräume benutzt werden.“ Die Arbeitsverhältnisse der Hilfsarbeiter sollen ebenfalls durch Tarif geregelt werden, was bis jetzt noch nicht der Fall war. Für die Hilfsarbeiter soll die neunstündige Arbeitszeit, ein Stundenlohn von 60 Pf., 10 Prozent Zuschlag für Ueberstunden und Fahrgeldvergütung wie bei den Sandsteinarbeitern gefordert werden.

Deutsches Reich.

Ausperrung unter Tarifbruch.

Im Tapezierergewerbe zu Magdeburg ist zwischen Unternehmern und Arbeitern vor drei Jahren ein Tarifvertrag abgeschlossen worden, der noch bis zum 15. März d. J. läuft. Da die Gehilfen auf eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen bedacht waren, kündigten sie rechtzeitig kurz vor Beginn des neuen Jahres den Tarifvertrag. Das hat nun die Unternehmer in bester Entrüstung verurteilt. Sie gingen hin und beschlossen, alle organisierten Gehilfen am 27. Januar auszusperrern. Damit jeder Unternehmer genau unterrichtet sei, was er zu tun habe, erhielt er eine mit dem Stempel der Tapezierergewerksinnung zu Magdeburg versehene Zuschrift folgenden Inhalts:

„Laut Innungs-Arbeitgeberverbandsbeschluss vom 22. Januar sind Sie verpflichtet, Ihre dem Verbands angehörenden Gehilfen am 27. Januar zu entlassen.“

Kleines Feuilleton.

Redende Militärs. Für gewöhnlich hört man nicht viel von ihnen. Niemand nimmt's ihnen übel. Keiner verlangt nach ihrer Weisheit. Aber heuer sind sie redselig geworden. Jaden hat anregend auf ihre Stimmbänder gewirkt. Sie wittern Sorgen und sind nun reden und schreiben sie drauflos. Was sie so unter Patriotismus verstehen. Hurra, hurra, hurra! Etwas so, wie wir ihn in der 3. oder 4. Volksschullasse verstanden. Uns hat das Leben andere Begriffe beigebracht: wir schämen uns, mit Worten zu paradiern, die ihren Inhalt verloren haben. Die Militärs reden aber in beneidenswertester Unbestimmtheit ihren alten Sitteln herunter. Machen sich offenbar gar keine Gedanken dabei. Und nennen so etwas dann: „frischen Soldatengeist“ oder ähnlich.

Was sie jetzt zu Wilhelm's Geburtstag wieder auf Kasernenhöfen, in Kasinos usw. zusammengefaßelt haben, geht auf keine Ruhbau. Glücklicherweise kriegt man nicht alles zu hören. Aber vielleicht haben sie doch ein Fortschritt an. In Swinemünde wenigstens ist ein Generalmajor am Schluß seiner bengalisch durchleuchteten Geburtstagsrede bei einem Festessen nicht nur aktuellpolitisch, sondern auch literarisch geworden. Das freut einen, weil's mal was anders ist. Also so:

„Reider haben die Debatten über die letzten Ereignisse auch wieder Angriffe auf unser Kaiserhaus gezeigt. Man hat versucht, die von frischem Reitergeist und von einem warmen Herzen zeugenden Worte unseres Kronprinzen zu begeßern. Was wissen aber jene Franz und Jubel von Reitergeist und warmem Herzen? Was würden die wohl mit dem Sänger des schönen Reiterliedes anfangen, dessen erster Vers lautet: „Wohlauf, Kameraden, auf's Pferd, auf's Pferd!“ (Redner zitiert die erste und letzte Strophe und fährt fort:) „Ich glaube, die Franz und Jubel hätten dafür unseren Schiller auf den Scheiterhaufen geföhrt. Meine Herren! Ich wiederhole: Auch heute sind die Zeiten ernst! Auch heute müssen wir stets „bereit“ sein.“ Und so weiter.

Also ausgerechnet Schiller, nicht Lauff. Das sind doch Ansichten! Vielleicht holt er sich mal was aus dem Zell: „Rein, eine Grenze hat Tyrannenmacht“ usw. oder zitiert aus der Nachschlag: „Deutschlands Majestät und Ehre ruhet nicht auf dem Haupt seiner Päpsten.“ — „Witten unter den göttlichen Ruinen einer alten barbarischen Verfassung bildet sich das Lebendige aus.“ Und so fort. Schiller bietet höchst dankbare Sitale für redende Militärs.

Also, los! Ueber den Panamakanal sprach in der Kronia Professor Georg Wegener. Wegener hat die Kanallegend im Jahre 1903 bereist, also che die Amerikaner den von Vespess begonnenen Kanalbau fortsetzten. Die von W. selbst aufgenommenen Bilder zeigten aber, daß schon Vespess und die französische Kanalbaugesellschaft tüchtig gearbeitet hatten. Eins der Hauptbedenken der Amerikaner und zugleich die Vorbedingung für die Fertigstellung war, daß sie die Wege engtisch sanierten. Vorher allerdings haben mehr als 20 000 Arbeiter mit ihrem Leben die Pionierarbeit hängen müssen.

Ein von dem Vortragenden gezeichnetes Bild eines Archhohes mit unzähligen Gräbern gab dazu die ergreifende Illustration. Die Schwierigkeiten des Baues ruhen in der besondern geologischen Beschaffenheit des Bodens. Die großen Erdstöße, die dabei nicht vulkanischen Ursprungs, sondern eine Folge der Durchsetzung des harten Gesteins mit ganz losen Lehmschichten. Um Veränderungen der Höhlen zu vermeiden, hat man daher oft die ursprüngliche Kanalbreite auf das Dreifache vergrößern müssen. Versicherungen, daß man dieser Schwierigkeiten nicht Herr werden würde, sind indessen nach W. völlig haltlos. Auch daran wird die Vollendung des Kanals nicht scheitern, wenn der große Stausee bei Gatun nicht die beabsichtigte Wasserhöhe erreicht. Die ungeheuren Kosten des Baues sind nicht durch die Kanalänge bestimmt; der Panamakanal (81 Kilometer) ist kürzer als der Kaiser-Wilhelm-Kanal (96 1/2 Kilometer) und nur halb so lang als der Suezkanal. Aber der Panamakanal kostet über 2 Milliarden Mark, während der Suez nur 880 Millionen, der Kaiser-Wilhelm nur 156 Millionen beanspruchte. Interessant ist auch, daß die Schleusen des Kaiser-Wilhelm-Kanals größer sind als die des Panama.

Durchaus zutreffend waren die Schlussschlüsse Wegeners über die wirtschaftliche Bedeutung des Kanals. Für Europa hat der Panama nur geringe Bedeutung. Der Weg nach Indien, Ostasien und Australien stellt sich für Europa über Suez kürzer. Auch die Südwestküste Amerikas ist ohne Benutzung des Panama bis Chile hinauf für Europa leichter zu erreichen. Selbst für die Vereinigten Staaten wird er vorteilhafter sein, durch den Suez nach Ostasien zu fahren, weil dieser Weg alte Kulturländer berührt. Sehr groß ist indessen die Bedeutung des Kanals für die jüngere Verknüpfung Nord- und Süd-, West- und Ostamerikas. — Die Betrachtung der recht instruktiven Bilder wurde dadurch gehindert, daß sie zu schnell wechselten.

Theater.

Deutsches Theater (Shakespeare-Insula): Romeo und Julia. In leuchtend hellen Farben, prägend von Temperament und Leidenschaft, zog Shakespeare's großes Liebedrama über die Bühne. Frei strömte die Woge der Liebesgenen, und der uns heut so fremde Hintergrund der Zeiten, das Drum und Dran entfaltete sich zu einem erstaunlich eindrucksvollen Gemälde italienischer Renaissance. Die wilde Hebe der Geschlechter, sorgloses Genießen inmitten stets drohender Gefahr, bunt spielende Laune wie tyrannische blinde Festigkeit des Eigenwillens, all das Ungezähmte jener Welt wird anschaulich lebendig. Man spürt den heißen Atem ihrer Kämpfe. In der Ausmalung des Willens konnte freilich das schon in der ersten Aufführung des Werkes vor sieben Jahren Gegebene nicht wesentlich mehr überboten werden. Wohl aber ist Rosinis Romeo ein völlig anderer geworden. Damals als der Künstler noch in schwächerer Entwicklung begriffen war, ließ sich von seiner Darstellung der Rolle beifalls sagen, sie sei ein originelles Experiment. Gerade das hätte jäh inabenhafte Ungestüm kam da zu starkem Ausdruck; aber das Beste fehlte: die Kunst und die Schönheit, der innere Seelenmohlauf, all das, was Julius grenzenlose Liebe erst dem Gefühl verhältnißlich macht. Alle diese argen Rängel sind jetzt lange überwunden. Ja das, was ihm ver-

sagt schien, Reiz und Grazie, ist Rosini seither in einem Maße, wie selten einem Schauspieler zuteil geworden. Die Jahre scheinen ihm verjüngt zu haben. So krafft er heute umgebrosen den Zauber wider, mit dem der Dichter seinen Romeo umwoben.

Comilia Eibenschütz hat sich den Ton ruhrender, schlichter Sündlichkeit, der damals ihrer Julia eigen war, bewahrt, ja ihn in einzelnen Momenten noch unruiger vertieft. Wundervoll gelang der Ausdruck sehnfüchtiger Hingabe in der nächtlichen Balkonszene. Die gelmann's polierende alter Capulet, Winterstein's grimmer Thyal, Dancagers frohsinniger Mercutio, Pagan's von alterdher berühmter Königs, sie trugen samt und sonderb das Gepräge vollblütiger Realität. Und auch die Vertreter der lombischen Rollen, Margarete Ruyper und Wakhmann fügten sich dem Stil des Ganzen trefflich ein. Das Störende der häufigen Veränderungen wurde durch die Drehbühne so gut wie ausgeglichen, in ununterbrochenem Fluße reichten sich, von den malerisch stimmungsvollen Dekorationen Ernst Sterns umrahmt, die Szenen aneinander.

Notizen.

Die Schauspieler haben's nachsehen. Beim Zusammenbruch des Deutschen Schauspielhauses sind die Schauspieler wieder die Leidtragenden. Die meisten sind jetzt entlassen und finden nun auch kein Engagement mehr für die Saison. Die Reaktion genügt natürlich nicht, um ihre Forderungen zu decken. Die Polizei-aufsicht, die sich herausnimmt, der Arbeiterchaft ihr Kunstwirken zu verklein, verlag hier aufs klügste. Leute, die weder künstlerische, noch moralische, noch wirtschaftliche Garantien bieten, bekommen die Konzession. Die Schauspieler mögen sehen, wo sie bleiben. Sind sie jung und hübsch und weiblichen Geschlechts, so beweist sie der Direktor auf zahlende Liebhaber und beteiligt sich geru an diesen Einnahmen, indem er die Gage spart und vielleicht noch eine Einnahme dazu bekommt.

Ein Institut für Abderhalden in Berlin. Wissenschaftliche Kreise Berlins, die der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft nahe stehen, haben dem Physiologen Abderhalden in Halle eine Million Mark für die Errichtung eines physiologischen Instituts in Berlin zur Fortführung seiner Untersuchungen zur Verfügung gestellt.

Vohes Wappen. Herr Vohde, der Generalgouverneur der Erz. Meisen und besondere Chef des Kaiser-Friedrich-Museums, Czernitz usw., hat jetzt auch noch — von wegen S. M. Geburts-tag — den erlöchten Adel erhalten. Als Helmzier des Wappens soll die ob Vohde's Keinsfall lächelnde Flora vorgelesen sein. Für das Wappenbild selbst wird eine Wiese (zur Erinnerung an die in der Wüste gefundene) und eine offene Hand (Symbol seiner einnehmenden Tätigkeit) vorgelesen.

Eine Lichtwarkhalle wird Hamburg bekommen. Die Hamburger Künstlervereinigung schlägt vor, das Kunstausstellungsgelände, das neuerrichtet werden soll, so zu benennen.

Eine russische Radium-Expedition. Der Moskauer Professor Snegirew organisiert mit Regierungshilfe eine große wissenschaftliche Expedition nach dem Berghana-Gebiet, um Radiumfelder zu suchen.

Eine Reihe von Firmen hat diesen tarifschließigen Beschluß auch zur Ausführung gebracht. In einzelnen Fällen wurde Arbeitsmangel vorgebracht, von dem aber keine Rede mehr war, sobald die Gehilfen bereit gewesen wären, ihrer Organisation den Rücken zu kehren. Die Unternehmer sind nun auf der Suche nach Arbeitswilligen und wollen bereits in Berlin 60 Mann angeworben haben.

Dem offensivsten Tarifschluß gingen allerlei Versuche voraus, die Gehilfen zum Vertragsbruch zu veranlassen. Natürlich schlugen diese Versuche fehl. Wären sie gelungen, was hätte das wohl wieder in der Arbeitgeberpresse für ein Hallo über die Vertragsunfähigkeit der Arbeiter gegeben! Und jetzt?

Der Maifeierbeitrag.

Der „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker“ berichtet in seiner letzten Nummer von der Konferenz der Gewerkschaftsvorstände und teilt dabei auch mit, daß den Verbandsvorständen empfohlen wurde, dahin zu wirken, daß dem Beschlusse auf Abkürzung eines Tagelohns für den Maifonds von den Gewerkschaftsangehörigen entsprochen werde. Der „Korrespondent“ meint dazu:

„Das dürfte nur für solche Fälle in Frage kommen, wo den Gewerkschaftsangehörigen am 1. Mai Arbeitsruhe von Organisationswegen gewährleistet werden kann.“

Unserem Geschnack entspricht der Eifer nicht, mit dem so nach Möglichkeiten gefahndet wird, den Maifeierbeitrag zu sparen.

Der Streik in den Linke-Hoffmann-Werken, Lokomotiv- und Waggonbauanstalt in Breslau gewinnt täglich an Ausdehnung. Am 27. Januar, abends, befanden sich bereits 405 Arbeiter im Kampf. Alle Versuche, eine Zurücknahme der gemachten Abzüge herbeizuführen, blieben erfolglos. Täglich werden Abzüge an allen Abfahrtspreisen und in allen Betriebsabteilungen gemacht. Es vergeht daher fast kein Tag, an dem nicht eine neue Abteilung zur Arbeitsniederlegung schreiben muß. Seit zur 1 1/2 Jahren ist ein neuer Direktor tätig — Dr. Eichberg —, dem die Arbeiterschaft diese Behandlung zu verdanken hat. Dieser junge Herr treibt die Arbeiter in den Kampf und zerstört damit manches Familienglück. Die Beamten und Werkmeister werden wie Diener behandelt als Dank für ihre aufopfernde Tätigkeit, durch welche der Betrieb auf seine heutige Höhe gelangt ist. Alles duckt und bückt sich; nur der Arbeiter erhebt den Kopf und wehrt sich gegen solche Willkür.

Im Streik stehen bereits sämtliche Formner und Kernmacher, Stiemmer, Kupfer Schmiede, Leinwandmacher, mehrere Abteilungen Schlosser und Dreher, sowie Maschinenarbeiter, Schrauben- und Revolverdreher. In einigen Tagen dürfte sich die Zahl der Streikenden verdoppelt haben.

Der Direktor bemüht sich eifrig, Streikbrecher heranzuziehen, und ist auch bereits ein Trupp von 18 Mann angelangt. Frage aber niemand, wie diese Leute aussehen. Es ist auf den Herbergen zusammengelesenes Gesindel. Davon sollen 11 Stiemmer und 7 Kernmacher sein; doch bis zu dem Tage, an dem sie ihr Streikbrecherhandwerk erlernen haben, haben sie von solcher Arbeit noch nichts gesehen. Sie sollen daher auch wieder abgeschoben werden und „tätigere“ bereits unterwegs sein. In allen größeren deutschen Zeitungen, desgleichen im Auslande, sucht die Firma Streikbrecher, die aber nicht organisiert sein dürfen; Werkmeister werden besonders berücksichtigt.

Da der Direktor an den Közigen rücksichtslos festhält, der Generaldirektor Geheimrat Martiny dem neuen Herrn anscheinend auch machlos gegenübersteht, dürfte der Streik in den nächsten Tagen bereits laufende umfassen. Hierzu wird die bereits angekündigte Aussperrung kommen, so daß in kurzer Zeit mehr als 5000 Metallarbeiter auf der Straße liegen werden.

Die Streikenden bitten dringend, jeden Zugzug fernzuhalten und alle Metallarbeiter auf diesen Kampf aufmerksam zu machen.

Rusland.

Die Kapitäne der spanischen Handelsmarine haben beschlossen, Anfang Februar die Arbeit niederzulegen. Der Grund für diesen Beschluß ist darin zu suchen, daß die Schiffahrtskompanien verschiedene Forderungen der Kapitäne ohne weitere Verhandlungen abgelehnt haben. Die spanische Handelsflotte ist von dieser Nachricht sehr beunruhigt.

Die Geldentart der Afrikaner.

Die Art, wie General Voitha und seine Anbeter die Arbeiterbewegung in Südafrika zu unterdrücken trachten, findet jetzt selbst die englische Unternehmerpresse bedenklich. Ganz nach dem Herzen der deutschen Scharmacher steht nämlich dieser tapferere Vorkämpfer der Angehörigen der Arbeiterorganisationen fest und schickt sie nun ohne viel Federlesens dem englischen „Mutterlande“ zu. Mehr der Arbeiterführer wurden am Sonntagmorgen mit einem Gefängniswagen vom Gefängnis abgeholt. Nach einer Fahrt von einigen Meilen wurden sie in einen Zug gebracht, in dem sich Soldaten befanden. Die Gefangenen wußten nicht, wohin man sie bringen werde. Alle Fenster des Zuges waren verhängt. Selbst die Bahnbeamten waren nicht unterrichtet. Der Zug wurde als Extrazug einer Theatergesellschaft bezeichnet. Erst an Bord des Dampfers „Anigeni“ wurde den Arbeiterführern die Absicht der Regierung mitgeteilt. Nachdem der Dampfer die Barte gekreuzt hatte, warf er Anker, und den Gefangenen wurde mitgeteilt, das Schiff würde eineinhalb Stunden warten, damit sie an ihre Verwandten und Bekannten schreiben könnten. Die „Anigeni“ geht direkt nach London. Das Schiff hat keine funktentelegraphische Einrichtung. Es fährt keine anderen Passagiere. In Johannesburg verlautet, daß der Generalgouverneur von Südafrika, Viscount Gladstone, in Kürze nach England abreisen wird, um über die Tätigkeit des Premierministers General Voitha und über die Deportation der Arbeiterführer Bericht zu erstatten.

Französischer Parteitag.

3. Tag.

Amiens, 27. Januar. (Eig. Ber.)

Der Fall Wasin.

Die Diskussion über die Wahlakt wird unterbrochen und der Fall des Vergarbeiterdeputierten Wasin (Pas-de-Calais) verhandelt, der sich in der Frage der Altersrenten in Gegensatz zum Vergarbeiterverband und zur Fraktion gestellt hat und gegen den Ausschlußanträge vorliegen. Der Kongreß geht nach einer ausführlichen Erklärung Wasins und kurzer Debatte über die Angelegenheit, die als eine gewerkschaftliche erklärt wird, zur Tagesordnung über. Es wird die Diskussion über die

Wahlakt

fortgesetzt. Der erste Redner, Poisson (Seine Inférieure), verteidigt die Reformpolitik, spricht sich aber gegen den Ministerialismus Hervés und Thomas aus. Er tritt für die Unterstützung der Radikalen unter formalen Mindestbedingungen ein.

Lebas (Nord) tritt in einer wichtigen Rede den Standpunkt seiner Föderation an. In der Wahlaktion müssen wir an alle Proletarier appellieren, welchen Glaubens immer. Wir müssen in beiden Wahlgängen die gleiche Sprache führen und die Kritik des kapitalistischen Regimes zu unserer Aufgabe machen. Die Reformen befördern die Durchsetzung des Endziels. Im ersten Wahlgang haben wir die Ziele des Sozialismus darzulegen, im zweiten hat die besondere Situation unser Verhalten zu bestimmen. Die Resultate unserer Taktik waren gut, auch in der bürgerlichen Bevölkerung des Nordens. Wir sind die ewig Unzufriedenen, aber wir streben nicht über das Maß unserer Kräfte hinaus. Wir sind auch für Vereinbarungen, aber wir sagen es nicht

voran. (Barennes: Man weiß es schon! Heiterkeit.) Wir wollen — zum Unterschied von den Radikalen — die sofortige Rückkehr zur zweijährigen Dienstzeit schon im Minimalprogramm. Wir sind die wahre Friedenspartei. Die Radikalen sind durch die Kolonialpolitik gebunden. (Starker Beifall.)

Nachmittags Sitzung.

Die Diskussion wird fortgesetzt. Valette, Bürgermeister von Rimes, antwortet auf Hervés' Behauptung gegen die sozialistische Lokalpolitik in Rimes, die Hervés des Rogeln mit den Radikalen und Sozialisten beschuldigt. (In dieser Stadt haben nämlich die Radikalen für die Sozialisten gestimmt.) Valette verliest die Wahlmanifeste aus der Zeit der Gemeindevahlen zum Beweis, daß die Sozialisten dem Prinzip des Klassenkampfes stets treu geblieben sind. Die radikale Presse schlägt Hervés' Artikel gegen die Partei aus. Hervés sagt sich so sehr um die unmittelbare Aktion, möge er doch nachdenken, ob er durch seine ungerechten Kritiken nicht die so schwierige kommunale Aktion der Partei schädigt. Wir müssen die Radikalen zur Ausführung ihres Programms treiben, aber dürfen keine Verantwortung für sie übernehmen. Es kann Fälle geben, wo wir sogar sozialistische Kandidaturen zurückziehen müssen, um einem Republikaner, der für das Dreijahresgesetz ist, zum Sieg zu verhelfen. Redner tritt für eine verbesserte Form des Beschlusses von Chalons ein.

Hervés repliziert auf Valettes eindringliche Antwort. Er gibt zu, daß er Valette unrecht getan hätte, aber er debattiere seine Intervention nicht. Mit einem Reducatikel hätte er keinen Effekt erzielt. In der Partei sei es aus pädagogischen Gründen notwendig, eine populäre Sprache zu führen. Er rechne es sich als Verdienst an, die Launen gewisser Genossen in der Abwehr der reaktionären Annäherungsintrigen demütigt zu haben.

Es wird der Schluss der Debatte mit den 16 eingetragenen Rednern angenommen.

Ponce (Seine — Niederheit) lehnt die systematische republikanische Disziplin ab. Wir wollen die Freiheit, zwischen unseren Gegnern zu wählen, behalten und wir verwahren uns gegen den Bloz.

Pressmane (Haute Vienne) legt den Sinn der Resolution seiner Föderation dar. Sie nimmt einerseits zum Blozproblem Stellung, das von Hervés zur Diskussion gebracht wurde, andererseits zur Stichwahlfrage. In bezug auf die Formel, die die Unterstützung der Radikalen bedingte, schienen die Genossen der Seine-Mehrheit nicht unangenehm. Aber gegen den Bloz müssen wir uns mit aller Klarheit und Entschiedenheit ausdrücken, gegen den dauernden, uns an eine Fraktion der Bourgeoisie bindenden, wie gegen einen befristeten Kontrakt. Die Formel von Chalons gibt uns die Regel für unser Verhalten im zweiten Wahlgang. Sie gibt uns die Möglichkeit, je nach den gegebenen Verhältnissen vorzugehen mit Aufrechterhaltung der Kandidatur, Unterstützung eines fortgeschrittenen Bürgerlichen oder einfachem Nichttritt.

Renardel (Var) konstatiert die Einheit der Erklärungen auf allen Seiten: In jedem Punkt könnte ich die Ausführungen Lebas unterzeichnen. Die Meinungsverschiedenheiten bestehen nur über das, was er nicht gesagt hat. Wir sind einig, die Forderung der Wahlreform aufrecht zu erhalten. Redner stellt fest, daß es sich um zwei Dinge handle: um die faktischen Prinzipien und um ihre Anwendung. Er wünscht, beide Gegenstände in getrennten Beschlüssen präzisiert zu sehen. Unsere Stellung im zweiten Wahlgang hat sich verändert. Das Zusammengehen mit den Anhängern des Proporz kann jetzt nicht mehr gegeben sein, das Problem des Militarismus, das international gestellt ist, hat eine beherrschende Stellung bekommen. Wir müssen die anderen Parteien zwingen sich zu erklären. Auch die Resolution der Haute-Vienne sagt, daß wir in den anderen Parteien diejenigen unterscheiden, die den von uns gewiesenen Weg betreten. Die Unabhängigkeit der Föderationen hat nie bedeutet, daß sie isolierte Körper sind und ohne Rücksicht auf einander verschiedene Taktiken annehmen können. Die Schwierigkeit im 2. Wahlgang besteht darin, daß die Partei sie selbst bleiben und doch die Unterstützung der bürgerlichen Parteien vorsehen soll. Wir wollen keinen Bloz, keinen Vertrag mit irgend einer anderen Organisation. Die Gefahr im 2. Wahlgang besteht nicht darin, daß wir unsere Stimme anderen geben. Die Partei wird sie immer wiederfinden. Vielmehr liegt die Gefahr in den Stimmen, die man von anderswo hernimmt, um gewählt zu werden. Die Möglichkeit von Abmachungen mit Republikanern wie mit Reaktionären ist zu bedenken. Das Verhalten des Kandidaten ist durch die Klientel, die er mitreißt, unwillkürlich beeinflusst. Er wird oft schon im 1. Wahlgang Rücksicht auf sie nehmen und im zweiten verschwindet mitunter selbst das Wort Sozialismus von seinen Lippen. Man hat Beispiele. Wir kennen die Schwächen und Sünden der bürgerlichen Republikaner, aber die republikanische Disziplin — nicht die Solidarität der republikanischen Parteien, aber die der Stimmen — ist unumgänglich. Haben Sie Delorhs' Ausführungen nicht krappiert? Im Norden hat man sich sogar schon ausdrücklich zum „republikanischen Bloz“ bekannt. Wir verlangen gar nicht soviel, sondern nur eine allgemeine Anweisung. Ist es für einen Sozialisten möglich, für einen Reaktionär zu stimmen? Nein — es ist unmöglich. Es könnte ja ganz besondere Ausnahmefälle geben — aber es handelt sich um die Regel. Möglich ist nur, Republikanern die Stimme zu geben oder mit republikanischer Hilfe gewählt zu werden. Es ist oft nicht leicht, die Republikaner, für die wir eintreten müssen, zu erkennen, aber wenn unsere Genossen im Parlament die durch die Dreijahrespolitik lorrumpierte Atmosphäre reinigen wollen, müssen wir diejenigen finden, die uns dabei helfen. Die Haute-Vienne selbst will sie daran erkennen, daß sie dieselben dringenden Reformen vertreten wie wir. Vailants' Resolution gibt uns eine feste Regel. Ich selbst habe Bedenken gegen sie, weil sie die Freiheit der Föderationen zu beschränken scheinen könnte. Aber als organisierte Partei müssen wir zu einheitlichen Entscheidungen kommen. Wir haben die Einheit der Anschauungen festgesetzt, sollten wir nicht einer besonderen Wahlkommission die Aufgabe übertragen, die Verantwortlichkeit für die Beobachtung der Regel zu übernehmen. Zeit für die Beratung ist da — die zweite Wahlkampagne beginnt erst am Freitag oder Sonnabend. Compère-Morel spricht von einer moralischen Unmöglichkeit, von schmutziger Wäsche, die man nicht auspacken könne. Ist es nicht besser, sie gleich zu waschen, als vier Jahre zu warten. Schmutzige Wäsche gäbe es nur, wenn die Föderationen die allgemeinen taktischen Regeln des Kongresses nicht beobachteten. Gegen Gruppen, die sich gegen die Föderationsentscheidung auflehnen wollten, müßte die Partei gleich intervenieren. Es ist unmöglich, wenn eine Minorität wegen Nichtbeachtung der Regeln Beschwerde erhebt, keine Entscheidung zu treffen. In ganzen sollten die Föderationen die Selbstbestimmung bewahren, Konflikte aber sofort vor die Wahlkommission kommen. Diese soll auch kompetent sein, wenn eine Föderation Regeln, die mit den vom Kongreß beschlossenen nicht übereinstimmen, antworten will.

Compère-Morel: Warum habe ich von moralischer Unmöglichkeit gesprochen? Die Einheit in der Partei erstarkt immer mehr, aber noch sind in den Föderationen Reste der alten Gegensätze vorhanden und persönliche Differenzen könnten sich leicht hinter Doktrinen verstecken. Wie unähnlich wäre das Kommissionsverfahren, mit Dokumentenbeschaffung usw. und das mitten im Wahlkampf!

Renardel: Compère-Morel macht die Partei schlechter als sie ist. Je freier die Föderation sein soll, desto notwendiger ist die allgemeine Regel. (Beifalliger Beifall.)

Sigte Quenin (Gard): Die radikale Gefahr ist nichts Neues. Sie hat auch schon vor zwei Jahren bestanden, wo man uns in Lyon sagte, daß kein Sozialist für einen Antiproportionalisten stimmen dürfe. (Rufe: Aber wir haben jetzt das Dreijahresgesetz!)

Dolien, Delegierter des Grenzdepartements Neuchâtel-Moelle, wo die Föderation unter dem Terrorismus der großindustriellen Feudalität nicht aufkommen kann, fordert unter stürmischem Beifall, daß die deutsch-französische Annäherung in die erste Reihe der Forderungen an die Kandidaten gestellt werde. Er betont, daß er der Sohn eines emigrierten Lothringers sei. Die Propaganda für die Annäherung wird ein Echo haben und auf die Radikalen wirken. Die jetzt schon das Dreijahresgesetz bedauern. Auf eine Anfrage Jaurès

erklärt Dolien, daß die Föderation im Wahlkreise von Brieh schon im ersten Wahlgang für den Radikalen eintreten müsse, da es eine absolute Unmöglichkeit sei, in diesem Wahlkreise, wo der Baron François de Wendel, ein Vetter des Deutsch-Lothringers, alles lorrupierte und terrorisierte, mit einem eigenen Kandidaten aufzutreten. Sie würde damit nur den Radikalen am Durchkommen hindern und nicht nur der Reaktion, sondern auch der kapitalistischen Feudalität den Sieg verschaffen. — (Die Versammlung protestiert heftig gegen diese Vergiftung.)

Es sprechen noch Ferdinand Heure (Gegenkandidat Briands in der Loire), der für die Unabhängigkeit der Föderationen und gegen die Blozpropaganda Hervés eintritt, und Landier (Cher), dieser für die einheitliche Regel.

Semat: Wenn Hervés historische Erinnerungen hätte, würde er wissen, was der Bloz war und was er jetzt, wenn wir auf eine neue Delegation der Linken eingehen wollten, sein könnte. Schon als wir in Amsterdam waren, war der Bloz gespalten. Damals jammerte Sarrrien über die „Trananne“ Jaurès'. In einer neuen Delegation wäre die Sache so, daß der eine Jaurès immer die Lösung für die ganze rationale radikale Gesellschaft finden müßte. Das Ende würde sein, daß die Radikalen finden würden, daß Jaurès sie führe, und daß die Sozialisten verantwortlich würden. Das wäre unvermeidlich. Wir wären die Leiter einer Politik, die nicht die unsere wäre. Aber Hervés verlangt jetzt nicht die Delegation der Linken, sondern eine Koalition. Wir stimmen fast alle darin überein, daß wir nicht alle Gegner gleichsetzen. Wie könnten wir auch die uns vor Augen liegende briandistische Delegation leugnen oder ignorieren? Die Briandisten haben ihre Hoffnungen auf unieren Kongreß gesetzt. Sie möchten gern die Radikalen mit dem drohenden Sozialismus schrecken, um sie zu sich herüberzuladen. Wir werden in den Wahlen eine große Kampagne nicht nur gegen die geeinigten Radikalen und gegen die Sozialisten erleben, sondern gegen alles, was wir erstrebt haben, als wir den Proporz forderten. Wir haben ihn nicht aus Egoismus, sondern um der politischen Moralität willen gefordert. Was werden die Briandisten den Radikalen vor? Daß sie sich organisieren wollen. Es war nicht leicht für die Briandisten, eine Partei zu bilden — so viel frühere Regierungsgedehs um Briand als Oberhaupt. Welches Motiv hatten sie? Es war die Furcht vor dem Ende des Konfessionismus. Die Radikalen haben uns, nachdem sie uns so lang geschüttelt hatten, nachgeahmt. Sie haben sich unifiziert. Was ist eine Partei? Eine Organisation, worin nicht die Erwählten, sondern die organisierten Wähler das Gesetz machen. Das können die großen Männer des Briandismus den Radikalen nicht verzeihen. In unserer Epoche ist die Rolle der Individuen ausgespielt, der einzelne kann nur in der Gemeinschaft mit seiner Gruppe sein Wort geben. — Wir können also nicht alle Gegner gleichsetzen. Wenn wir auf der einen Seite den ersten, wenn auch noch schwächeren Versuch einer klaren republikanischen Parteibildung sehen, so auf der anderen ein Komplott gegen den republikanischen Fortschritt. Ich glaube also nicht, daß es uns schwer werden kann, eine Deklaration abzufassen, die aber, um ihren ganzen Wert zu erlangen, einstimmig beschlossen werden muß. Ich halte es für besser, wenn sie nur wenig Punkte enthält. Die Erklärungen Delorhs und Lebas waren für mich entscheidend. Sie haben mir gezeigt, daß es unmöglich ist, ein automatisches Kriterium für alle Fälle zu finden. Am besten wird es sein, die Grundzüge von Chalons auszuführen. In ihrem Geist liegt der Kampf für die Republik, für das weltliche Prinzip, gegen den Militarismus, für den Proporz. Es ist selbstverständlich, daß jede sozialistische Aktion vor allem ökonomischer Natur sein muß. Das hätte niemand vergessen, auch wenn es nicht gesagt worden wäre. Unmöglich erscheint es mir, die Autonomie der Föderationen dreizugeben. Sie sind am besten informiert. Andererseits ist es unmöglich, daß die Partei Standale dulde, die ja immerhin möglich sind. In solchen Fällen muß es der Partei möglich sein, vor der Öffentlichkeit ihre Verantwortung abzulehnen. Zum Schluss noch eines: die Partei hat die Kraft, die Initiative zu großen öffentlichen Anregungen zu ergreifen und ich bedaure, daß dies so selten geschieht. In der Frage der deutsch-französischen Annäherung haben wir gewagt, was unmöglich schien — und mit Erfolg. Und wie wir in diesem Fall nicht nur dem Frieden und Europa, sondern auch Frankreich gedient haben, so können wir, durch Aufnahme der Bewegung für die Verfassungsrevision, durch eine Kampagne gegen die Regierungen der Diskontinuität und der Inkompetenz und durch einen Kampf gegen die Finanzpolitik, die das Land der Katastrophe antreibt, die sozialistische Partei vor dem Volk als die einzige Partei, die das nationale Interesse wahrnimmt, erweisen. (Stürmischer Beifall.)

In vorgezückter Abendstunde ergreift Jaurès das Wort zu einer Rede, die der bedeutenden Diskussion einen glänzenden Abschluß gibt. Wir tragen sie morgen im Detail nach.

Stadtvorordnetenversammlung.

3. Sitzung vom Donnerstag, den 29. Januar 1914, nachmittags 5 Uhr.

Vorsitzer Michélet eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr mit einem Nachruf für die in jüngster Zeit verstorbenen Herren Oberpräsident v. Conrad, Professor Professor v. Soden, Kronminister Grabow und Direktor des Festungsministeriums Quack. Die Versammlung nimmt die Ansprache des Vorsitzers stehend entgegen.

Vor der Sitzung haben sich die ständigen Ausschüsse für Unbesoldete, für Besoldete, für Petitionen, Rechnungssachen und Wahlprüfungen konstituiert. Die bisherigen Vorstände sind durchweg wiedergewählt worden.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der vom Stadtv. Kommissen (Fr. Fr.) erlassene Ausschlußbericht über die Vorlage betreffend den Bau des Westhafens und die Schaffung eines Hafensanitätsamts. Nach zwei Ausschüßungen und nach sehr eingehender Beratung aller Details des Hafensbauprojekts ist man schließlich einstimmig zu dem Antrage gelangt, die Ausführung des Westhafens nach dem Entwurf und dem Kostenanschlag vorbehaltlich der Genehmigung der Sonderentwürfe und vorbehaltlich der Genehmigung der mit dem Eisenbahnsiskus abzustimmenden Verträge sowie mit dem Vorbehalt der besonderen Prüfung der Ausdehnung der Speicheranlagen zu genehmigen. Für das laufende Etatsjahr soll für den Beginn der Arbeiten 1 Million Mark aus Ansehmitteln bemittelt werden.

Eine Diskussion findet nicht statt; die Versammlung erhebt ohne weiteres die Ausschüßanträge zum Beschluß.

Mit den für 1914 auf den städtischen Gütern geplanten Baumaßnahmen einschließlich der Milchvertriebsanlage in Großbeeren hat man sich in der Ausschüßberatung einverstanden erklärt.

Stadtv. Lindau (Fr. Fr.) wünscht ausdrücklich festzustellen zu sehen, daß die beiden Ausschüßmitglieder von seiner Fraktion gegen den Ausschüßantrag auf Genehmigung gestimmt haben.

Die Vorlage wird darauf ohne sonstige Debatte genehmigt.

Stadtv. Liebenow (A. L.) erhebt den Ausschüßbericht über die Zuteilung der Stadtbezirke an die Stadtvorordneten behufs Erledigung von Recherchen in Wahlsachen usw.

Stadtv. Dr. Wehl (Soj.): Eine so oberflächliche Berichterstattung, wie sie in dem gedruckt vorliegenden Protokoll geschehen ist, kann nicht genügen. Wir sind der Auffassung, daß unsere Fraktion hier ungerecht und partiell behandelt wird, eine Klage, die wir schon seit Jahren erheben müssen, ohne daß Remebus stattfindet. Selbst im Rahmen des geltenden ungerichteten Kommunalwahlrechts glauben wir den Anspruch, nach der Stärke unserer Fraktion bei dieser Zuteilung berücksichtigt zu werden, erheben zu können. Jetzt herrscht poeterlei Recht: Sie sind im Besitz und also im Recht; wir als Minderheit gelten auch als Mitglieder in minderen Rechts. Das werden wir in Zukunft nicht mehr in stummer Ergebenheit hinnehmen. Die Vorlageliste zeigt, daß von meinen Freunden 11 einen, 18 zwei, 10 drei, 1 vier und 1

Fünf Stadtbezirke verwalten! Bei der bürgerlichen Mehrheit hängt die Sache erst bei 6 Bezirken an, 10 verwalten fünf, 15 sechs, 6 sieben, 1 neun, 1 zehn und einer, Ihr Kollege, verwalte elf, (Heiterkeit.) Der Kollege Flügel, der 11 Bezirke verwaltet, ist nach Dienstjahren einer unserer jüngsten Kollegen, er ist vor einem Jahre hier eingeführt worden. Kollege Rath, der erst seit dem vorigen September unter uns ist, ist gleich mit 6 Bezirken auf die kommunalpolitische Welt gekommen. Herr Bohmann, der seit 3 Jahren Mitglied ist, verwaltet 10 Bezirke. Die Umgestaltung und Verengung meiner Freunde, die darin liegt, richtet sich auch nach einer anderen Seite. Die Armen-, Schul- und Waisenkommissionsbezirke sind durch eine ganz besondere Wahlkreisgeometrie so geregelt, daß Vorschläge von unserer Seite fast immer in der Kinderbeir bleiben. Das ist eine Parteilichkeit, die wir uns ebenfalls nicht gefallen lassen können. Herr Flügel verwaltet 10, Herr Bohmann 13 Armenkommissionen, sollte man meinen Freunden die gleiche Fähigkeit dazu absprechen? Unsere Freunde sind von dem größten Eifer befeuert, für das Gemeinwohl mitzuarbeiten. Es steht auch fest, daß die Mitglieder der bürgerlichen Mehrheit eine gewisse passive Resistenz beweisen, indem sie es für unter ihrer Würde halten, mit Sozialdemokraten zusammenzuarbeiten. (Große Unruhe und Widerspruch.) Bekanntlich mußte erst der verstorbene Stadtrat Münsterberg in einem früheren bezüglichen Falle einschreiten. Wir stellen hier im Plenum keine Anträge; in der Kommission sind zwei unserer Anträge abgelehnt worden, so auch der, daß derjenige Stadtverordnete, der in dem Bezirk wohnt, diesen Bezirk erhalten soll, wenn mehrere darin wohnen, der dienstlichste. Gegenwärtig werden von 106 Stadtbezirken nur 86 statt 143, auf die wir Anspruch erheben, von uns verwaltet. Auch bei den Ausschuss-Vorstandswahlen werden wir in gleicher Weise benachteiligt. Vorläufig können wir nichts tun, als der Öffentlichkeit zeigen, wie wir hier durch eine konstante Mehrheit zurückgehalten werden, an der Verwaltung mitzuarbeiten. Sie haben die Macht, also haben Sie — vorläufig — Recht! (Beifall bei den Sozialdemokraten. — Unruhe bei der Mehrheit.)

Vorsteher Wischiet: Ich habe meinerseits nie unterlassen, bei Repräsentationen möglichst alle Fraktionen zu beteiligen; wenn die Parteien (zu den Sozialdemokraten) das dann ablehnen, so ist das nicht meine Schuld.

Stadtv. Gwald (A. L.): Die Bemängelungen des Vorredners finde ich vollständig, wenn es auch feststeht, daß eine genauere Vorkontrollführung die größten Schwierigkeiten geboten hätte. Der Ausschuss hat lediglich nach sachlichen Momenten geurteilt. Mit dem Grundsatze, den die Herren aufgestellt hatten, ist praktisch nicht auszukommen. Wir halten daran fest, daß wir Bezirke, die schon lange von denselben Kollegen verwaltet werden, ihnen gegen ihren Willen nicht nehmen wollen. (Wiederholte Ausrufe: Flügel!) Was die Herren Flügel, Bohmann und Rath betrifft, so ist im Ausschuss eine Änderung in der Zuteilung der Bezirke an sie nicht angeregt worden. Keine Versammlung macht von ihrer Mehrheit bei der Verteilung in die Deputationen usw. einen so unparteilichen Gebrauch wie die unsere; sie hat den Grundsatze der Gerechtigkeit stets streng beobachtet.

Stadtv. Gwald (Zog.): Das Wort „Gerechtigkeit“ hat Herr Gwald in seiner Rede acht, vielleicht auch neunmal gebraucht. (Heiterkeit.) Aber daß von Gerechtigkeit keine Rede sein kann, davon werden Sie wohl alle überzeugt sein. (Lebhafter Widerspruch und Ausrufe: „Rein!“) An einer andern Stelle würde ich sagen „Ehre der Landräte!“, hier muß man schon sagen „Ehre des Kommunalvereins!“ Wenn für einzelne Kommissionen von unseren Kollegen Vorschläge gemacht werden, dann nimmt der Ausschuss für Unbefolgte, an den die Dinge zur letzten Entscheidung gehen, fast immer die aus den Reihen der bürgerlichen Vorgesetzten. Die bürgerliche Mehrheit hat stets ihre Macht gebraucht, um ihre Leute in die Kommissionen, in die Ausschüsse, in die Deputationen zu bringen. In den Ausschüssen und Deputationen haben wir ja geradezu gehobene Vorsitzende (Juristen: von der Mehrheit). Ich bin seit 1884 Mitglied der Versammlung; vielleicht ein- oder zweimal haben Sozialdemokraten als Ausschussvorsitzende fungiert. In der Armenkommission kam ein wunderbarer Fall vor; die betreffenden Kommissionenmitglieder wollten mit einem Tischlerkollegen nicht zusammenarbeiten, weil dieser ein Tuberkulose litt; aber es stellte sich heraus, daß er nicht daran, sondern an dem Sozialismus litt. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) In einer Kommission, die ich zur Recherche habe, kam ein ähnlicher Fall vor; heute besteht die Mehrheit dieser Kommission aus Sozialdemokraten, aber ich vermeide es peinlich, nur Sozialdemokraten einzusetzen. Mit der „Gerechtigkeit“ in Ihrem Munde sieht es sehr schlecht aus. (Große Unruhe bei der Mehrheit.)

Stadtv. Gerike (Fr. Fr.): Ich würde auch für eine andere Zuteilung sein, wenn es irgend möglich wäre. Der Ausschuss für Unbefolgte sucht, ohne irgendwelche Politik zu treiben, jeden ihm gemachten Vorschlag möglichst zu akzeptieren; Wünsche, die uns vorgebracht werden, erfahren gründliche Prüfung. Unzulänglichkeiten entstehen oft dadurch, daß bei der Besetzung einer Kommission 2, 3, 4 Stadtverordnete mitzusprechen haben.

Stadtv. Dr. Wehl: Für die Vorgänge im Ausschuss für Unbefolgte ist ja unser Genosse Gwald Zeuge, der schon seit zwei Jahrzehnten darin sitzt. Dem Vorsteher darf ich erwidern, daß ich kein Wort davon gesprochen habe, daß bei repräsentativen Gelegenheiten unsere Freunde irgendwie zu kurz gekommen. Der Kollege Gwald flocht sich einen Lorbeer, weil heute unsere Wünsche auf Vertretung in der Deputationen usw. einigermaßen erfüllt sind; aber es hat reichlich Dampf dahinter zu machen gefolgt in den letzten zehn Jahren, um soweit zu kommen. Mit 85 Bezirken sind wir in den Ausschuss hineingekommen, mit 88 sind wir heraufgekommen; da können ja noch Jahrzehnte vergehen, wenn es in diesem Tempo weitergeht, bis der Gerechtigkeit Genüge gesehen ist. Wenn ich Vorsitzender in einem Ausschuss geworden bin, so ist Ihre Radikalität, Ihre Interesslosigkeit daran schuld gewesen. Als der Ausschuss sich konstituierte sollte, war von den 15 Mitgliedern außer mir nicht einer zur Stelle und um den Ausschuss überhaupt auf die Beine zu bringen, mußte ich den Vorsitz übernehmen. (Große Heiterkeit.)

Stadtv. Rommsen: Das war sehr nett und sehr selbstlos von Herrn Wehl; ich habe auch gar nichts dagegen. Aber die Voraussetzung der Parteilichkeit erheben Sie wider besseres Wissen. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten; Ausrufe: Vorstand!) Die Konsequenz der Reaktionen des Stadtv. Wehl wäre, daß wir Sie aus den Ausschüssen hinauswerfen könnten; das tun wir aber nicht.

Stadtv. Hoffmann (Zog.): Warum sollten Sie es hier anders machen, als die Mehrheit der Rechten im Abgeordnetenhaus? Von 5000 unbefolgteten Gemeindefunktionären sind ganze 50 Arbeiter. Und dafür sollen wir Ihnen noch dankbar sein? Das könnte bloß Herr Rommsen antworten. Die Arbeiter, die da mitarbeiten, bringen ungeheure Opfer, Opfer, von denen Sie keine Ahnung haben, denn für Sie ist diese Arbeit eine Zerstreung. Wie die Sozialdemokraten recherchierende Stadtverordnete wurden, sind überhaupt keine in die Kommission hineingekommen. Ich habe meinerseits da, wo ich das Vorschlagsrecht hatte, Leute hineingekommen, wenn Dr. Jaac nur den Wunsch ausdrückte. Wenn wir suchen, Arbeiter hineinzubringen, so resultiert das daraus, daß Sie das jahrzehntelang hinterziehen haben, und weil wir der Meinung sind, daß Arbeiter hinein müssen, weil Sie davon etwas mehr verstehen. Herr Rommsen sagt, wir sollten nicht den Anschein erwecken, als ob ungerecht vorgegangen würde. Der Vorstand ist ja der beste Beweis, wie gerecht Sie vorgehen! Eine große Masse von Kommunalverordnungen müßte ihren Vorstand nach der Gerechtigkeit; Sie sind dabei nach nicht gekommen. Wenn wir Arbeiter hineinzubringen, so sollte die gesamte Stadtverwaltung diesen dankbar sein, daß sie diese Arbeit übernehmen und solche Opfer bringen. Gerade Arbeiter, Arbeiterfunktionäre sind es, die den unerschämten Armen weit härter zuliebe gegangen sind als die bürgerlichen Mitglieder. Ich will Einzelheiten hier nicht aufzählen, aber zeigen Sie mich nicht, man hätte leicht versucht werden, darauf einzugehen, wozu die Mittel der Stadtgemeinde von bürgerlichen Armenvorstehern benutzt wer-

den. (Ausruf: Unrecht!) Vorsteher: Sie dürfen solche unzulässigen Angriffe nicht erheben! Na, dann lassen Sie sich die Affäre des Armenvorstehers Eger kommen (Große Unruhe); ja, jetzt nenne ich Namen und nun ist es auch nicht recht. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) In den Armenkommissionen in der Greifswalder und Blumenstraße haben die bürgerlichen Vertreter die Kemter niedergelegt, nicht nur, als Sozialdemokraten hineinkamen, sondern auch, als die erste Frau hineingekommen ist. In der Greifswalder Straße war gar keine Sozialdemokratin, sondern die Frau eines Magistratssekretärs, die ich auf Wunsch der Armenkommission vorgeschlagen hatte; da legten sämtliche Herren ihre Kemter nieder, und die Stadtverordnetenversammlung hat gar nichts dazu gemacht. Ich als recherchierender Stadtverordneter habe dann anders vorgeschlagen, und so sind Sozialdemokraten hineingekommen. Bei Herrn Stadtrat Kalisch können Sie sich ja nähere Auskunft holen, wie der Vorstehende der Kommission Briefe geschrieben hat in einem Ton, den sich Herr Kalisch sehr ernst verboten hat, bloß weil Sozialdemokraten und Frauen drin waren. Man sucht jetzt durch allerlei Mittel die Armenkommissionen zu reinigen oder unsere Leute darin unmöglich zu machen. Der Stadtv. Hoffmann hat allein den Stadtbezirk 147, der Stadtv. Graf und der Stadtv. Dr. Jaac haben jeder 6 Bezirke, darunter 145 und 148. Gabe jeder von ihnen einen seiner Bezirke an den Stadtv. Hoffmann ab, so hätte dieser drei Bezirke, und jeder der beiden anderen behielte noch fünf, und es lände um mein Vorschlagsrecht dann anders. Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg, aber eben der Wille ist nicht da. Werden jetzt Vorschläge für die Besetzung der betreffenden Armenkommission gemacht, so betrifft allemal eine Mehrheit von zwei gegen den einen Hoffmann. Das Vorschlagsrecht der Kommissionen wird auch nicht von diesen, sondern von ihren Vorsitzenden ausgeübt; die Kommission erfährt meistens überhaupt nichts davon. Es ist auch vorgekommen, daß Leute, die sich für die Mitgliedschaft in den Armenkommissionen zur Verfügung gestellt hatten, geantwortet worden ist, sie hätten hübsch zu bitten. (Heiterkeit.) Ich sehe, Herr Thieme nicht mit mir zu.

Damit schließt die Debatte. **Personlich bemerkt Stadtv. Thieme (Fr. Fr.):** Es hatten sich 6 Herren freiwillig bei mir gemeldet, unter der ausdrücklichen Angabe, daß sie Sozialdemokraten seien. Da habe ich geantwortet, diese Eigenschaften genüge mir für ihre Befähigung zu diesen Kemtern noch nicht; auch hätte ich niemals nach dem politischen Bekenntnis gefragt. Solche Kemter zu fordern hätte ich auch kein Recht, sondern zu erteilen.

Stadtv. Hoffmann (persönlich): Die Betreffenden haben nicht geschrieben, sie sind Sozialdemokraten, sondern sie sind Arbeiter ihres Bezirks. Auch hier scheint wieder diese beliebte Verwechslung eine Rolle zu spielen. Die Arbeiter haben auch nicht zu bitten, sondern sie haben sich zur Verfügung zu stellen. (Vorsteher Wischiet: Das ist nicht mehr persönlich.)

Stadtv. Thieme: Herr Hoffmann scheint doch den betr. Brief nicht zu kennen. Es war darin gesagt worden, es sind Sozialdemokraten, und der Brief schloß: Sie wollen sich gefälligst danach richten! (Lebhafte Heiterkeit bei der Mehrheit.)

Stadtv. Hoffmann: Der Kollege Thieme schiebt mir hier etwas unter. Wenn selbst in dem Briefe stand, es sind Sozialdemokraten, dann wäre das von den Leuten nur doppelt ehrlich gewesen, und man darf ihnen nicht sagen: Sie haben zu bitten!

Die vom Ausschuss vorgeschlagene Zuteilungliste wird darauf genehmigt.

Von den Sozialdemokraten (Stadtv. Dr. Arons und Gen.) ist am 20. Januar d. J. folgender Antrag eingebracht worden:

- a) den Magistrat zu ersuchen, einer Vermehrung der Armenkommissionen um drei Bürgerdeputierte zuzustimmen;
- b) für diese drei neuen Stellen Frauen zu wählen.

Stadtv. Dr. Rosenfeld (Zog.): Unser Antrag liegt Ihnen nicht zum ersten, aber hoffentlich zum letzten Male vor; es ist die höchste Zeit, die Frauen zur sozialen Hilfsarbeit auch auf diesem Gebiete endlich heranzuziehen. Die Frauen haben sich ja seit Jahrzehnten insbesondere auf dem Gebiete privater Wohltätigkeit betätigt. Im Gegensatz dazu steht die sehr langsame Entwicklung des Fortschritts der Frauen auf dem Gebiete der kommunalen Wohlfahrts- und Armenpflege. Noch heute wären sie vielleicht nicht einmal zu den untersten Kemtern in der Armenpflege zugezogen, wenn nicht das Anwachsen der Frauenbewegung dazu geführt hätte, daß die Frauen selbst an die Lese der Armenverwaltung traten. Schon 1866 erhob Frau Henriette Goldschmidt den Ruf nach der Aufnahme der Frau in die kommunale Armenpflege, aber ihr Ruf verhallte ungehört. Andere Länder haben uns weit überflügelt. Die Spezialfachverständigen auf dem Gebiete der Armenpflege vertrieben seit Jahrzehnten die Auffassung, daß die Väterarbeit der Frau ganz besonders wünschenswert ist. In Preußen gebührt der Stadt Meßel die Ehre, die erste Armenpflegerin zugelassen zu haben; aber nur ganz langsam und zögernd ging es weiter vorwärts. Stadthauptmann Eberth-Verlin vertrat 1880 auf dem Kongress für Armenpflege und Wohltätigkeit die Auffassung, man müsse den unteren Klassen auf diese Weise zeigen, daß man sich ihrer annehme, um so den Klagen gegen sie auszugleichen. Was würde dieser Mann heute sagen, wenn er unsere Partei bei der Arbeit sähe, den Frauen größeren Einfluß zu verschaffen? Erst 1896 forderte ein Ausschuss vom Magistrat die Zuziehung der Frauen zur „Mitwirkung“ bei den Armenkommissionen; zu vollberechtigten Mitgliedern der Armenkommissionen sind sie erst viel später geworden, ein bezüglicher Antrag Singer wurde noch abgelehnt. Wegen unser heutiges Verlangen verschanzte sich anscheinend der Magistrat und ein Teil der Armenkommission hinter juristische und praktische Bedenken. Von den 39 Bürgerdeputierten der Armenkommission sind fünf allein aus der praktischen Armenpflege hervorgegangen; also ist doch auch schon früher Wert darauf gelegt worden, daß praktische Erfahrung bei der Wahl mitspricht. Dann darf man sich aber doch nicht gegen die Frauen als Mitglieder der Armenkommission erklären. Im Prinzip wollte man sich schließlich mit unserem Verlangen abfinden; bei einer Bilanz sollte eine Frau gewählt werden. Aber als diese Bilanz eintrat, schlug der Ausschuss für Unbefolgte keine Frau vor! Der Ausschuss wurde veranlaßt, sich nochmals mit der Frage zu beschäftigen, und er holte ein Konditionsquartett ein, das sich dahin ausdrückte, daß juristische Bedenken gegen die Zulassung der Frauen nicht vorhanden seien. (Heiterkeit!) Auch jetzt aber hat der Ausschuss keine Frau vorgeschlagen, sondern wieder einen Mann; bei der Abstimmung in Plenum unterlag die Frau mit 88 gegen 55 Stimmen. Daher unser Antrag. Es schien uns nicht würdig, nun erst wieder auf eine neue Bilanz zu warten. Die Berliner Armenkommission besteht seit 1905 aus 5 Magistratsdeputierten, 17 Stadtverordneten und 10 Bürgerdeputierten; wenn wir im Antrag von „Bürgerdeputierten“ sprechen, so geschieht es in Anlehnung an den Magistratsantrag von 1905. Die Bedenken gegen unseren Antrag werden u. a. darauf gegründet, daß die Frauen zu weich seien; das Herz werde ihnen mit dem Verstande durchgehen. Die Frauen entscheiden doch aber nicht allein, es sind ja nur drei Personen in einer großen Körperchaft. Außerdem würde es wirklich nicht schaden, wenn in der Armenverwaltung die Entscheidungen etwas mehr mit dem Herzen gefällt werden; zwei Drittel der Almosenempfänger Berlins sind weibliche Personen. Und sind denn die Männer in der Armenverwaltung und in der Armenkommission in jeder Beziehung unbedingt und allein für die Armenpflege geeignet? Stadtrat Münsterberg hat gesagt, in vielen Fällen könne die Gemeindebehörde nicht die nötige Anzahl geeigneter Männer ausfindig machen und habe sich mit weniger geeigneten begnügen müssen. Da geht es doch nicht an, den weiblichen Teil der Bevölkerung noch weiter auszuschließen. In den 448 Armenkommissionen haben wir unter 5494 Mitgliedern nur circa 150 Frauen. Eine ganze Reihe von prächtigen Städten hat schon Frauen in der Armenkommission; heute sind es ihrer 33. Die Erfahrungen dort sind die allerbesten. Kolmar stellt die Vertretung der Frauen weit höher als die der Männer. Vor allem zum Nutzen der Armen erheben wir unsere Forderung der Vertretung der Frau in der Armenverwaltung von der untersten Stelle bis zur höchsten

Spitze, der Armenkommission. Wir wissen und dabei sind wir mit der Ansicht der Frauen und weicher Kreise der Berliner Bevölkerung; Riesensammlungen von sozialdemokratischen und bürgerlichen Frauen haben sich in letzter Zeit für unseren Antrag ausgesprochen. Nehmen Sie unseren Antrag an. Sie fördern damit unsere städtische Armenverwaltung und vor allem das Wohl unserer Armen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Jumburg (A. L.): Wir werden dem Antrag einstimmig zustimmen. Es handelt sich nicht sowohl um einen Kampf, sondern nur noch um das Tempo der Durchführung. Wir haben unersetzlich selbst einen gleichen Antrag einbringen wollen und sind nur davon abgekommen, weil unmittelbar nach dem Bekanntwerden der Absicht der Sozialdemokraten auch schon der bürgerliche Antrag selbst im Wortlaut veröffentlicht wurde. — Die Befürchtung, die Armenkommission könnte dann zu groß werden, kann uns nicht schrecken. Der von anderer Seite beantragten Ausschussberatung müssen wir zustimmen.

Stadtv. Gwald: Wir stehen dem Antrage durchaus nicht abgeneigt gegenüber, zumal nach dem Ausfall des Gutachtens unseres Syndikus. Ich habe die Mitwirkung von Frauen in den Schulangelegenheiten schon seinerzeit im Abgeordnetenhaus befürwortet, bin aber damit nicht durchgedrungen. Auch für die stärkere Teilnahme der Frauen an den Arbeiten der Armenkommission muß ich mich aussprechen; der Widerstand der Männer dagegen ist ja auch zurückzutreten, und die noch widerstrebenden, sollten davon endlich ablassen, da doch in der Sitzung selber die Anwesenheit von Frauen unmöglich störend wirken kann, auch wenn nach der Sitzung die männlichen Mitglieder sich bei Bier, Zigaretten und Skat zerstreuen wollen. Auch gegen die Zulassung von Frauen in die Zentralbehörde haben wir nichts, wünschen aber wegen verschiedener sachlicher und rechtlicher Bedenken Ausschussberatung.

Stadtv. Rommsen: Auch wir sind dem Antrage geneigt und hätten ihn ohne Ausschuss angenommen, wenn die Fassung zu b), die uns rechtlich bedenklich erscheint, geändert worden wäre. Wir nehmen den Antrag zu a) an und bekunden zugleich den festen Willen, in die drei neuen Stellen Frauen zu wählen. Wie aber, wenn wir nicht geeignete Frauen finden? (Heiterkeit.) Wird die Armenkommission zu groß, so wird sich immer noch Abhilfe finden, um einem zu schwerfälligen Arbeiten dieses Verwaltungskörpers vorzubeugen. Eigen erst Frauen in der Armenkommission, so wird auch bald keine Armenkommission mehr ohne weibliche Mitglieder sein.

Stadtv. Rosenow (A. L.): spricht sich ebenfalls für den Antrag aus und verweist darauf, daß viele Armenkommissionsvorsitzer, die bisher strikte Gegner der Frauenbeteiligung waren, sich völlig befehlig hätten.

Stadtv. Gwald: Es steht zu hoffen, daß die Ausschussberatung alle Bedenken beseitigen wird. Der Antrag wird einem Ausschuss von 15 Mitgliedern überwiesen.

Dem 3. Kongress der Internationalen Gesellschaft für Urologie, der vom 1. bis 5. Juni d. J. im Herrenhause tagen wird, soll in den Festräumen des Rathauses ein Empfang dargeboten werden. Dessen soll eine gewisse Deputation vorbereiten; der Kostentrag von 6000 M. wird zur Verfügung gestellt.

Für 1 Million Mark soll das Ermelerische Grundstück, Breite Straße 11/Neumannsgasse 12-16, für städtische Zwecke und um das Haus im Sinne der heutigen Denkmalspflege als kunsthistorisch wertvolles Bauwerk zu erhalten, angekauft werden.

Von drei Seiten wird Ausschussberatung beantragt.

Die Stadtv. Salinger (A. L.) und Röde (Fr. Fr.) befürworten dieselbe, indem sie gleichzeitig dem Grundgedanken der Vorlage freudig zustimmen. Ähnlich äußert sich Stadtv. Gahn (A. L.). Die Vorlage geht an einen Ausschuss.

Die verabschiedete eingerichtete und an die Irrenanstalt Herzberge angegliederte Beiratsstelle für entlassene Geistesranke soll fortgeführt werden. Es wird dafür die Bewilligung von 20000 M. nachgesucht und von der Versammlung beschlossen.

Schluß der öffentlichen Sitzung nach 1/2 Uhr.

Aus Industrie und Handel.

Zinsermäßigung in London.

Das Zentralnotenamt Englands hat gestern seinen Diskontsatz um 1 Proz. auf 3 Proz. herabgesetzt. Das ist im Laufe des Jahres die dritte Zinsermäßigung; denn am 8. d. M. erfolgte eine Ermäßigung von 5 auf 4 1/2 Proz. und am 22. d. M. von 4 1/2 auf 4 Proz. Innerhalb eines Monats ist also der Zins um zwei Prozent gesunken. Auch sonst pflegen zu Anfang des Jahres regelmäßig von den Zentralnotenbanken Zinsermäßigungen vorgenommen zu werden. Nach Zahl und Höhe gehen die Herabsetzungen aber diesmal über die früheren Jahre hinaus. Darin spricht sich ein außerordentliches Nachlassen der Ansprüche am Geldmarkt aus. Nur im Krisenjahre 1908 erfolgten im Januar ebenfalls 3 Diskontermäßigungen in Höhe von 2 Proz. (von 6 auf 4 Proz.).

Die Bank von Frankreich ermäßigte gestern ihren Diskont von 4 auf 3 1/2 Proz.

Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten. Die Daily Iron Trade nach Berichten aus allen Teilen des Landes feststellt, waren von den 206 Hochöfen, die am 1. März 1913 in Betrieb standen, Anfang Januar d. J. 123 außer Betrieb. Im Pittsburg-Bezirk, dem Hauptort der Eisenindustrie, arbeiten die großen Stahlwerke mit der Hälfte ihrer Arbeiter. Hunderttausende sind entlassen, desgleichen weit über 50 000 von den Automobilfabriken in Cleveland und Detroit. Im ganzen wird die Zahl der Arbeitslosen in der Eisenindustrie auf eine Million, ihr monatlicher Lohnverlust auf 50 Millionen Dollar geschätzt, die der arbeitslosen Vergleute auf 270 000 mit einer Lohnverluste von monatlich 12 Millionen Dollar. — Der Ausfall an der Produktion der Hochöfen stellt sich auf über 1 Million Tonnen im Monat. Der ungeheure Niedergang im Eisen- und Stahlgeschäft ist eine der bemerkenswertesten Erscheinungen im Geschäftsleben der letzten 50 Jahre“ schreibt das genannte Blatt. — Nach dem „Appeal to Reason“ werden die Arbeitslosen in Californien auf rund 100 000, in Chicago ebenso hoch, in Pennsylvania auf 150 000 und in New York auf 200 000, im ganzen in der Union auf etwa 3 Millionen angenommen. Die „normale“ Zahl beträgt etwa eine Million, deren der Kapitalismus als Reservearmee benötigt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Dienstag abends 8 Uhr, nach vier Treppen — Besenbühl — wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabend, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Brieflage ist ein Umschlag und eine Zahl als Materialien beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementszahlung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Einige Fragen stamme aus in der Sprechstunde vor.

E. G. 34. Uns leider nicht bekannt. — **Einfride 100.** Müßte alles seit ausschließlich von Zufälligkeiten und Umständen abhängen. — **M. S. 1000.** Wenn Ihnen der Brief keine nähere Bezeichnung gibt, so steht eine Erklärung recht nicht zu. — **W. S. 75.** Herrn Schmittler S. Oswald in Rehlendorf, Kurier, 25. — **Spanbau Wd. 1.** Der Tag der Austrittsversicherung auf dem Gebiet ist mangelhaft. 2. Darüber besteht keine Bestimmung. 3. Die Entscheidung trifft die Anz. 4. Der Anspruch für Steuerzahlung besteht für die Monate, in welche die Hebung fällt. — **W. M. 200. 1.** Das mit Rechtskraft erlassene Scheidungsurteil, 2. und 3. für den Anwalt oder an das Gericht. Sofern Ihnen das Anz. nicht bewilligt war, können Kosten sowohl seitens des Gerichts wie seitens des Anwalts nicht gefordert werden. — **S. 20. 15.** 1. von dem Anwalt. 2. In diesen können Sie sich auch wegen der Stellung in Verbindung setzen. 3. Nein, da das Scheidungsurteil nicht in rechtsverbindlicher Form abgegeben ist. — **C. P. 2. 1. R. 2. 1. R. 2. 70 Nr. 2. R. 7.** Ja, sofern Sie die Gebühr in vierwöchentlichen Raten begahll haben. — **M. G. 24.** Nur dann, wenn Ihnen ein gerichtlicher Pfändungs- und Verwertungsbefehl zugestellt wird.

A. Wertheim heute billige Lebensmittel

Fleisch	Wurstwaren	Geflügel	Fische	Obst und Gemüse
Odsenschmorfleisch Pfd 95 Pf.	Rollschinken ca. 6 Pfund, Pfd. 1.45	Suppenhühner Stück 1.60 bis 2.80	Kabeljau ohne Kopf, in ganzen Fischen Pfund 15 Pf.	Apfelsinen Dutzend 20, 28, 35 Pf.
Roastbeef Pfd 90 Pf., ohne Knochen 1.40	Schinkenspeck in Stücken von 1 1/2-4 Pfd., Pfd. 1.20	Große junge Hähne Stück 2.70	Seelachs ohne Kopf, in ganzen Fischen Pfund 15 Pf.	Blau-Orangen Dutzend 28, 38 Pf.
Pökelbrust Pfd. 95 Pf.	Teewurst Pfund 1.20	Poulets gefroren Stück 1.30	Schellfische Pfund 20 Pf.	Mandarinen Pfund 20, 25 Pf.
Schweinekoteletten Pfd. 90 Pf.	Zeruel. od. Salamiwurst Pfd. 1.20	Birkwild Stück 1.60 und 2.10	Bratschollen Pfund 18 Pf.	Ananas-Reinetten 2 Pfd. 35 Pf.
Schweinekamm u. Schuff Pfd. 80 Pf.	Aus eigener Wurstfabrik:	Haselhühner Stück 80 Pf.	Rotzungen Pfund 25 Pf.	Kalif. Äpfel Pfund 30, 40 Pf.
Pökelkamm Pfd. 80 Pf.	Rotwurst Pfund 55, 75 Pf.	Schneehühner Stück 1.15	Steinbutten Pfund 75 Pf.	Kodäpfel 5 Pfund 65 Pf.
Frisch. Schinken 1 Ganz. Pfd. 75 Pf.	Jagdwurst Pfund 1.10	Pulen Pfund 88, 95 Pf.	Zander Pfund 60 Pf.	Blumenkohl Kopf 13, 16 Pf.
Rückenfell Pfund 55 Pf.	Landleberwurst Pfund 90 Pf.		Lachs in ganzen Fischen. Pfund 33 Pf.	Weißkohl Pfund 3 Pf.
Kalbskamm u. Bug 70 Pf., rest Pfund 75 Pf.	Pastetenleberwurst Pfund 1.15		Frische Barsche Pfund 50 Pf.	Roikohl Pfund 5 Pf.
Kalbsbrust Pfund 75 Pf.			Frische Hechte Pfund 60 Pf.	Grünkohl 3 Pfund 10 Pf.
Kass. Rippespeer im Ganz. 85 Pf.			Leb. Karpfen Pfd. 73, 90 Pf. 1.00	Schwarzwurzeln 3 Pfund 25 Pf.
Eckstück bis 2 Pfund, Pfd. 75 Pf., Mittelstück 95 Pf.	Butter		Lebende Schleie Pfund 1.10	Märk. Rübchen 3 Pfund 25 Pf.
Starke Hasen gestreift, 3.50 an	Koch- u. Backbutter, Pfd. 1.10 u. 1.18		Hechte Pfd. 60 Pf., lebend 75 Pf. u. 1.10	Mohrrüben 3 Pfund 10 Pf.
Kaninchen wilde, gestreift, 75 Pf. an	Tischbutter Pfd. 1.28 1/2-Pfd-P. 64 Pf.	Gänse	Grüne Heringe Pfund 6 Pf.	Zitronen Dutzend 28, 35 Pf.
	Tafelbutter Pfd. 1.32 1/2-Pfd-P. 66 Pf.	gefroren, Pfd. 47, 57 Pf.	grosze Mandel 55 Pf.	
		Bananen 5 Stück 20 Pf.		

Theater und Vergnügungen

Freitag, 30. Januar 1914.

Anfang 6 Uhr.
Eines Palast am Ros. Varietés.
Schnitzerei.

Anfang 6 1/2 Uhr.
Eines Nollendorf-Theater. Varietés.
Schnitzerei.

Anfang 7 Uhr.
Cyperhaus. Lohengrin.

Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Schauspielhaus. Ariadne auf Naxos.

Deutsches. Romeo und Julia.
Zirkus Busch. Galavorstellung.
Zirkus Schumann. Galavorstellung.

Anfang 8 Uhr.
Urania. Die geistige Tätigkeit der Tiere vom Standpunkt des Anatomen und Physiologen.
Vorgetragen: Geh. Rat Prof. Dr. Fritsch.

Seinon. Simeon.
Kammerpiele. Die Pariserin.
Deutsches Cyperhaus. Ranon.
Besant.

Königsgräber Straße. Die fünf
Frankfurter.

Deutsches Künstler-Theater.
Schirin und Gertraude.

Komödienhaus. Kammermusik.
Theater an der Weidendamm-
brücke. Der zehnte Tag.

Theater am Nollendorfsplatz.
Brüder Geck.

Schnitzereihaus. Die spanische Hölle.
Montis Cyperetten. Die verbotene
Stadt.

Schiller O. Weh' dem, der lügt.
Schiller Charlottenburg. Die
beiden Leonoren.

Theater des Westens. Polenblut.
Berliner. Wie einst im Mai.

Riesens. Neulicht Gedel.
Trionon. Anstoles Hochzeit.

Neulicht. Die Langspringer.
Reichshallen. Hohheit — der Franz.
Metropol. Die Reise um die Welt
in 40 Tagen.

Friedrich-Wilhelmsstädtisches.
Fräulein Trallala.

Reise. Kinder der Großstadt.
Kasino. Die alte Weberin.

Herrnsfeld. Was sagen Sie zu
Weiblich?
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Wintergarten. Spezialitäten.
Apollo. Der Stolz der 3. Kom-
pagnie.

Anfang 8 1/2 Uhr.
Zuifen. Deines Bruders Weib.
Walhalla. Langschieber.
Folies Caprice. Der Rind. —
Wanderschweidel.

Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volkstheater. Der Kaiser-
jäger.

Admiralspalast. Die lustige Puppe.
Anfang 9 Uhr.
Berliner Eispalast. Eisport.
Eines Nollendorf-Theater. Varietés.
Schnitzerei.

Eternwarte. Invalidenstr. 57-62

Schiller-Theater O. Wallner-
Theater.
Freitag, abends 8 Uhr:
Weh' dem, der lügt.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Maria Stuart.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Geschäft ist Geschäft.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Was ihr wollt.

Schiller-Theater Charlotten-
burg.
Freitag 8 Uhr, zum ersten Male:
Die beiden Leonoren.
Sonnabend, nachmittags 3 1/2 Uhr:
Zopf und Schwert.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die beiden Leonoren.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Andreas Hofer.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Herodes und Mariamne.

Theater d. Weidendammbrücke
früher Komische Oper.
8 Uhr: Der zehnte Tag

Theater in der Königsgräber Straße

Abends 8 Uhr:
Die fünf Frankfurter.

Komödienhaus.
8 Uhr. Kammermusik. 8 Uhr.

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Wie einst im Mai.

Theater des Westens.
8 Uhr: Polenblut.
Sonnabend, nachm. 3 1/2, 11: Der liebe Augustin

Deutsches Künstlertheater
Sozietät.
Nürnbergstraße 70/71, am Zoo.
Kasse: Nollendorf 1383.

Abends 8 Uhr:
Freitag, abends 8 Uhr:
Schirin und Gertraude.
Sonnabend, 8 1/2: Peterchens Mondfahrt.
Abends: Der Bogen des Odysseus.

Theater am Nollendorfsplatz 5.
Abends 8 Uhr:
Prinzess Grell.
Montag, Sonnabend, 4: Die Schiffbrüchigen.

8 Uhr: Residenz-Theater
Hohheit — der Franz!
Wahrschuldige Grötecke in 3 Akten von
Arthur Landberger und Emil Wolf.
Musik von Robert Winterberg.
Dienstag, 11. Tage: Hohheit — der Franz!

Friedrich-Wilhelmsstädt. Theater.
Direktion: H. Bryk.
Fräulein Trallala.
Von Montkowski, 7 Ubr. 8 Ubr.
Kasseneröffnung 7 Ubr. 8 Ubr.
Sonntag, 8. 1. Febr., nachm. 3 Ubr.:
Die Kuno-Königin.

Wintergarten
Vorletzter Tag!
YVETTE
Robert Steidl
Willi Pantzer Co.
Persien
Ballstodivertiss.
Kostüme:
Paul Polrot, Paris

und die
Januar-Attraktionen!
Rauchen gestattet!

APOLLO
THEATER
8 Uhr. Tel.: Lützow 2757. 8 Uhr
Heute und folgende Tage:
Der Stolz
der 3. Kompagnie
mit
Hartstein
als
Muskettier Distelbeck
Lachen ohne Pause!
Vorher das gr. Januar-Prgr.
u. u. Bernhard Hörbits
Rauchen gestattet!

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis.
Landsberger Viertel.
Sonntag, den 1. Februar, im „Elysium“,
Landsberger Allee 40:
Volksliederabend.
MITWIRKENDE:
Frl. Meta Zlotnicka (Sopran); Frl. Walli Kussel
(Resitationen); Herr Lederer-Prina (Bariton).
Am Flügel: Frl. Susanne Friedberg.
Eintrittskarten a 30 Pf.
sind im Bureau des Wahlvereins, Stralauer Platz 10/11,
in der Spedition Petersburger Platz 4 sowie bei den Be-
zirksführern und in den mit Plakaten belegten Lokalen
zu haben. 210/20
Saalöffnung 5 1/2 Uhr. — Anfang 6 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung Tanz.

URANIA
Taubenstraße 48/49.
8 Uhr:
Geh.-Kat. Prof. Dr. Fritsch:
Die geistige Tätigkeit der
Tiere vom Standpunkt des
Anatomen und Physiologen.
Trianon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Anatoles Hochzeit.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger
No. 13!
Urkamische Burleske.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm.
3 Uhr zu ermäh.
Preisen:
Eine Hochzeit in
der Müllerstraße.
(Vog. 1. —, Balkon
0,75, Entree 39 Pf.)

Brauerei Friedrichshain
Täglich außer Sonnabends:
Das stimmungsvollste
Bayr. Bockbier-Fest.
Mittwochs u. Donnerstags:
Elite-Tag.

„Clou“ :: Berliner ::
Konzerthaus
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.
Großes Doppel-Konzert!
Musikkorps des 1. Garde-Dräger-Regiments. Dirig.: Oberm. Baatz
und Tegernseer und Zillerthaler Musikanten,
Dirig. Hans Starp.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
An allen bei freiem
Wochentagen: Gr. Nachmittags-Konzert Eintritte.

Neue Welt.
Arnold Scholz. Hasenheide 108/114.
Heute Freitag, den 30. Januar
sowie täglich
Bockbierfest
in den bayerischen Alpen.
Anfang wochentags 7 Uhr. Entree wochent. 30 Pf.
Sonntags 4 „ Sonntags 50 „
Wochentags 5 Kapellen. Sonntags 6 Kapellen.
30 bayr. Madi. Tanzrad.
Jeden Dienstag, Mittwoch, Donnerstag u. Sonntag:
Großer Ball.
Voranzeige! Morgen Sonnabend, d. 31. Jan., in sämt-
lichen Festsälen, über 10 000 Pers. fassend: Bockbierfest.

Zirkus Busch.
Heute Freitag, den 30. Januar,
abends 7 1/2 Uhr:
Noch 2 Tage
Auftreten des Autokönigs
Marino
sowie alle großen Jammur-Attrakt.
Zum Schluß:
„Pompeji“.
Orig. Ausstattungs-Pantomime
des Jirias Busch in 5 glänz. Akten.
Boranzelge! Sonntagnachmittag
3 1/2 Uhr 2 Kinderburlesken 2.
1 Kind unter 10 Jahren frei.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 192.
Kinder der Großstadt.
Schausp. i. 4 Akten u. 9. Dram.
Anfang 8 Uhr.
Sonnabend 4 Uhr: Die 7 Raben.
Abends: Berlin wie es weint u. lacht.

Folies Caprice.
8 1/2 Café Pringsheim
Der Heiratsrat
Meyerstels

Metropol-Theater.
Abends präglte 7 Uhr 55:
Die Reise um die Erde
in 40 Tagen.

Casino-Theater
Lothringers Straße 57. Täglich 8 Uhr.
Ein neues Berliner Volkstück:
Die alte Weberin.
Ur-Berl. Figuren, Ur-Berl. Humor!
Einziges Theater in diesem Genre!
Im Stile der alten Wallner-Bühne.
Sonn. 4 Ubr.: Geheimnisse v. New York.

Zirkus Alb. Schumann.
Heute Freitag, den 30. Januar,
abends 7 1/2 Uhr:
Große Elite-Vorstellung
Nur noch einige Tage!
Das phänomenale Januar-Prgr.
Um 9 1/2 Uhr:
Die neue große Ausstattung in
7 Bildern
„Tipp“
der Derby-Favorit 1914.
Besonders hervorzuheben:
1. Die gedungenen Verbrecher bei
der Arbeit.
2. Die Katastrophe.
3. Tipps Sieg. Vom Unwetter über-
rascht und Flucht der Renn-
besucher.

Admiralspalast.
Eis-Arena.
Täglich:
Die lustige Puppe.
Großes Ballett auf dem Eis.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr
ab halbe Kassenpreise.
Wein- u. Bier-Abteilung.

Voigt-Theater
Badstr. 58.
Freitag, den 30. Januar 1914:
Zum Benefiz für Frl. Hedw. Kraemer
Cora, die Tochter des Pflanzers.
Schausp. in 6 Akten von Wichmann.
Schauspieleröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Passage-Panoptikum.
Die wilden
Feuerfresser
in ihren fanatischen
Martern.
Cols Experimente:
Aus dem Jenseits
Lebend!
Ohne Extra-Entree.

Schnupfer! achtet auf die ge-
setzlich geschützte
Packung, um
Goldfarb echt zu erhalten!

Gesundheitstabak
J. Goldfarb
Preuss. Stargard.
D.R.W.Z. 10652.
Health snuff tobacco.
Tabac à priser de santé.
Tabaka do zazywania dla zdrowia.
Tabacco da naso alla salute.

Garderoben- und Toilettenpachtung

Ist ein Erwerbszweig, den viele Frauen und auch manche Männer ergreifen, um sich ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Verpachtet werden Garderoben und Toiletten von Theatern, Vergnügungssalons, Restaurants, Cafés usw., und zwar oft gegen ein geradezu unverschämtes hohes Pachtgeld, das dann aus den der Pächterin zufließenden Einnahmen herausgewirtschaftet werden muß. Bei den Garderoben bestehen die Einnahmen in der Aufbewahrungsgeld, die seit unendlichen Zeiten den meisten als etwas so Selbstverständliches gilt, daß kaum noch jemand sich über diese Besteuerung der Gäste wundert. Bei den Toiletten ist der Brauch, den Gästen eine Benutzungsgeld zu zahlen und diese den Bedienungsfrauen gegen Zahlung einer festen Pacht zu überlassen, noch nicht so alt. Das „Pachtverhältnis“ ist hier eigenartig insofern, als die Pächterin meist von den Benutzern der Toilette keine feste Gebühr fordern darf, sondern auf Trinkgelde warten muß. Aus ihnen bezieht der Besitzer des Lokals seinen mühselos ihm zufallenden Anteil, den er nach dem Grundsatze „Geld stinkt nicht“ bedenkenlos einsteckt. Die Pächterin hat auf eigene Kosten alle Utensilien anzuschaffen, auch muß sie die Toilette stets sauber halten, soll gegenüber den Benutzern immer höflich bleiben, auch wenn sie nichts zahlen, und darf das Trinkgeld nicht mahnen.

Inhaber größerer Lokale vermeiden möglichst, zu dem Personal ihrer Garderoben und Toiletten in ein direktes Pachtverhältnis zu treten. Sie ziehen es vor, den gesamten Garderoben- und Toilettenbetrieb einem Generalpächter zu übergeben, der eine Pauschalpacht zahlt und die einzelnen Pachtobjekte mit reichlichem Profit an Unterpächterinnen weitergibt. Das Generalpächterwesen ist ein schweres Kreuz für die Unterpächterinnen, da ja von den Einnahmen, die sie für ihre besonders bei den Toiletten nicht angenehme Arbeit haben, nun ein doppelter Tribut entrichtet werden muß. Aus ihnen will der Generalpächter samt dem Lokalinhaber befriedigt werden, beide fordern ihren nicht zu knappen Anteil an dem Ertrag der Arbeit ihrer Garderoben- und Toilettenfrauen, denen sie alle Mühen überlassen. Das Generalpächterwesen hat auch, je weiter es um sich greift, desto mehr dazu geführt, daß die Lokalinhaber ihre Forderungen immer höher schraubten. Die Generalpächter eiferten ihnen darin nach und suchten für sich gleichfalls noch fettere Profite herauszuschinden, so daß die den Unterpächterinnen abgenommenen Pachtbeträge ins Uferlose gingen. Während früher aus Garderoben- oder Toilettenpachtung so manche Frau einen hübschen Verdienst hatte, ist heute dabei auch nicht mehr viel zu holen — außer für den Generalpächter und den Lokalinhaber.

Im „Vorwärts“ ist schon vor mehreren Jahren auf dieses Treiben hingewiesen worden. Neue Klagen über bittere Enttäuschungen, die verschiedenen Frauen durch solche Pachtungen bereitet wurden, sind jetzt wieder an uns gelangt. Sie richten sich gegen eine Firma „Artur Gröbning u. Co.“, die ein „Zentralbureau für Verpachtungen“ bisher im Hause Luisenufer 21 hatte, es aber im Januar nach Friedrichstr. 218 verlegt hat. „Korrespondenz“-Annoncen machten die Frauen auf dieses Bureau aufmerksam.

Zwei Frauen pachteten im Dezember durch Artur Gröbning u. Co. in einem Café zwei Toiletten, jede für 150 Mark pro Monat, die sie für den ersten Monat sogleich zahlen mußten. Er hatte ihnen guten Verdienst in Aussicht gestellt, in Wirklichkeit nahmen sie aber so wenig ein, daß sie noch lange nicht die Pacht herauskriegten und mit Verlust baren Geldes die Toiletten preisgaben. In demselben Café verpachtete Gröbning's Bureau im Dezember eine Garderobe an eine Frau, die dafür im voraus für einen Monat 400 Mark zu zahlen hatte. Ihre Einnahmen aus dieser Garderobe beliefen sich dann in dem einen Monat auf 88 Mark, wovon noch 6 Mark für Straßenbahnfahrten abgingen. Auch ihr hatte Gröbning's Bureau das Geschäft als „glänzend“ geschilbert. Nachdem sie auf diese Weise in einem einzigen Monat rund 350 Mark bar zugesetzt hatte, gab auch sie das Pachtverhältnis auf. Die drei Frauen versuchten, Artur Gröbning u. Co. zum Ersatz des Schadens zu bewegen. Der um seine Mitwirkung ersuchte Geschäftsführer des Cafés erklärte, ihn gehe die Sache zwar nichts an, er habe mit den Unterpächterinnen überhaupt nichts zu tun, aber er wolle der Garderobefrau 50 Mark, den beiden Toilettenfrauen je 25 Mark als „Geschenk“ herauszahlen. Mit diesen geringen Beträgen sollten die Frauen sich abspesen lassen! Das Café hat an dem Pachtvertrag aus dem von den Frauen geopferten Geld einen beträchtlichen Anteil, da Gröbning's Bureau für die Garderobe 200 Mark, für die Toiletten je 100 Mark pro Monat zahlt.

Weichfalls durch Artur Gröbning u. Co. pachtete in einem Lichtspieltheater ein Fräulein eine Toilette ab 1. Januar für 80 Mark pro Monat und zwar mußte sie sogleich für drei Monate 240 Mark voranzahlen. Als sie am 1. Januar die ihr schriftlich zugewiesene Toilette übernehmen wollte, wurde diese noch von der bisherigen Inhaberin verwaltet. Bald fand sich dann noch eine andere Frau ein, die auf Grund einer mit Artur Gröbning u. Co. noch um einige Tage früher abgeschlossenen Pachtung dieselbe Toilette beanspruchte. Mit ihr waren nur 50 Mark pro Monat vereinbart, aber auch sie hatte für drei Monate Pacht voranzahlen müssen, 150 Mark. Beiden Frauen soll im Kontor des Lichtspieltheaters am 1. Januar erklärt worden sein, der Generalpächter habe die Pacht noch nicht gezahlt, darum könne man einstweilen keine der beiden von ihm hergeschickten neuen Unterpächterinnen zulassen. Wir erfahren übrigens, daß bis dahin die Toiletten dieses Kinos an ein Ehepaar direkt verpachtet gewesen waren. Artur Gröbning u. Co. aber bot eines Tages eine Generalpachtung an, die dem Kino mehr einbrachte und daher angenommen wurde. Das Ehepaar hatte wegen der geringen Höhe der Einnahme nicht denselben Preis wie Gröbning zu bieten gewagt und mußte dann den Gröbning'schen Unterpächterinnen Platz machen, die nun eine sehr viel höhere Pacht beansprachen mußten. Der Streit der beiden neuen dieselbe Toilette beanspruchenden Pächterinnen wurde erst Mitte Januar dahin entschieden, daß die eine sie übernahm. Die andere, Fräulein A., erhielt am 3. Januar von Gröbning's Bureau einen jetzt mit A. Büchel unterzeichneten Brief: „Das Pachtgeld wird Ihnen sofort zurückgezahlt, sobald Ihre Toilette anderweitig verpachtet ist. Für jeden Tag bis dahin wird Ihnen 3 Mark bezahlt. Unser Vertreter wird Sie Anfang dieser Woche besuchen und die Sache erledigen.“ Auf die Erledigung wartete Fräulein A. vergeblich; weder das Pachtgeld noch eine Vergütung wurde ihr gezahlt. Warum sollte übrigens die Rückzahlung nicht unverzüglich, sondern erst nach anderweitiger Verpachtung erfolgen? Das vorausgezahlte Pachtgeld mußte doch noch in Händen des Generalpächters sein. Mitte Januar übernahm Fräulein A. verjuch-

weise eine ihr jetzt zugewiesene andere Toilette desselben Kinos, die ungünstiger liegt und weniger einbringt. Noch an demselben Abend gab sie die Hoffnung auf und verließ ihren Posten, weil sie nach mehrstündigem Dienst nur 15 Pf. eingenommen hatte. Auf den Vorwurf, daß ein und dieselbe Toilette, die gut gelegen, doppelt verpachtet worden sei, schrieb Gröbning's Bureau, das sei „ausgeschlossen“. Nochmals wurde versprochen, nach Weiterverpachtung das Pachtgeld zurückzuzahlen. Fräulein A. hat inzwischen Klage auf Rückzahlung eingereicht.

Enttäuschungen sind auch einem Ehepaar beschieden gewesen, das wegen Arbeitslosigkeit des Mannes durch Artur Gröbning u. Co. im Dezember die Herren- und Damen-Toilette eines Restaurants gepachtet hatte und dafür 50 Mark pro Monat zahlen mußte. Im voraus wurden ihnen für drei Monate 150 Mark abgenommen, die der Mann sich durch Vermittlung eines Armenvorstehers aus einer Stiftung geborgt hatte und in Wochenraten von 5 Mark zurückzahlen sollte. Auch er und seine Frau haben so wenig Einnahmen gehabt, daß sie die Toiletten schon im Januar aufgaben. Gröbning's Bureau versprach dann andere Toiletten und zahlte den von allen Mitteln entblühten Leuten eine „vorläufige“ Vergütung von ganzen 15 Mark. Später wurde versprochen, die ganze Pacht an den Armenvorsteher zurückzuzahlen. Wir wissen nicht, ob's schon geschehen ist. Es wird aber wohl geschehen müssen, da die Armenverwaltung nicht mit sich spaßen läßt.

Jenes Fräulein A. war schon am 2. Januar sogleich zur Polizei gegangen. Sie gab ihre mit Gröbning's Bureau gemachten Erfahrungen zu Protokoll und bat, den Sachverhalt aufzuklären. Später wurde sie dann zu einer Vernehmung geladen. Das Ergebnis muß abgewartet werden.

Parteiangelegenheiten.

Stierter Wahlkreis. Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal „Markgrafenäle“, Markgrafenbamm, eine Versammlung der 21. und 22. Abteilung statt. 1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen D. Böhmer über: „Die Presse im Dienste der Reaktion“. 2. Diskussion. 3. Wahl der Abteilungsführer.

Fünfter Kreis. Am Sonntag, den 1. Februar, findet in den Sophienhöfen, Sophienstr. 17/18, ein Lichtbildvortrag statt. Vortragender: Genosse N. Müller. Nach dem Vortrag: Gemütliches Beisammensein. Eintrittspreis 20 Pf. Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 30 Pf. nach. Anfang 6 Uhr.

Hohen-Schönhausen. Heute Freitag, den 30. Januar, abends 8 1/2 Uhr: Generalversammlung im Lokal von F. Renher, Berliner Straße 93. Tagesordnung: 1. Bericht der Gemeindevorsteher. 2. Aufstellung der Kandidaten zur Gemeindevorstellung. 3. Verschiedenes.

Bernau. Sonnabend, den 31. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Fr. Salzmann, Basdorfer Straße: Öffentliche Versammlung. Tagesordnung: „Die Gefährdung des Koalitionsrechtes“. Referent: Genosse F. Spliedt. Genossen, agitiert für guten Besuch dieser Versammlung.

Spandau. Verein „Arbeiterjugendheim“. Dienstag, den 3. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von W. Wind, Widelisdorfer Straße 5: Ordentliche Jahres-Generalversammlung. Tagesordnung: Kasienbericht. Bericht der Revisoren. Der Stand unseres Vereins und Beschlussfassung über die Errichtung eines Jugendheims. Agitationsfragen.

Nieder-Schönhausen. Der vom Bildungsausschuss geplante Vortragskursus über das Kommunalprogramm, der heute beginnen sollte, kann umständehalber nicht stattfinden.

Berliner Nachrichten.

Das neue Regierungsblatt.

Wie mit dem Nachmittage des roten Goldes auch eine gewisse Presse käuflich ist, zeigt die Rauferei des Scherl-Blattes. Eigentlich kann man ja von Rauferei kaum mehr sprechen, denn die Scherlleute haben schon seit Jahren unter Aufsicht jeder eigenen Meinung sich krampfhaft bemüht, den „Berliner Lokal-Anzeiger“ auf die Interessen des Hofes, der Regierung und der verhassten Kreise zuzuschneiden. Seit Jahren mußte es dem denkenden Zeitungsleser übel werden, wenn er sah, wie hier gefälscht und gefärbt wurde, um nur ja nach oben hin nirgendwo anzustoßen. Die ekelhaften, mit dem Stern zum Roten Adlerorden zweiter Güte für August Scherl belohnten Speichelleckereien, die das Scherlblatt bei Gelegenheit der vorjährigen höfischen Hochzeitsestlichkeiten verzapfte, haben selbst loyalen Untertanen heftigen Vrekreiz verursacht. Derartige Lohhudeleien, die schon fast einen Zug ins Pathologische an sich tragen, sind aber nach dem Herzen unserer Regierenden und haben es wohl schließlich geschafft, daß man den „Lokal-Anzeiger“ von seinen schweren Finanznöten durch Adellung zu einer Art Regierungsblatt befreite. Ein besseres Blatt als ein solches, das in seiner skrupellosen Tendenz „zu nichts und zu allem fähig“ ist, kann man für solchen Zweck nicht finden. Seitdem so der „Lokal-Anzeiger“, der mit den vielseitigen Nebenunternehmungen des Scherlverlages halb vor der Pleite stand, glücklich davor bewahrt war, in den Kongress der Allstein- und Roffe-Presse überzugehen, die ja trotz aller gelegentlichen Schwirrwedeleien nach oben immer noch als etwas anrühlich gilt, ist er noch um mehrere Stufen in der Selbststärkung herabgesunken, soweit das eben noch möglich war. Es gibt kaum etwas Volksfeindlicheres und Aufreizenderes, als die von den Ministerien und den unterschiedlichen Kamarillen vorgezeichnete Schreibart dieses Blattes. Ganz genau läßt sich ein mit dem Zentimetermaß abgemessenes System verfolgen, das darauf hinausläuft, den Lesern die Wahrheit vorzuenthalten und auch in kleinsten Dingen so zu berichten, als ob tatsächlich die deutsche Welt eine einzige große gefüllte Kompottschüssel wäre. Die Parlamentsberichte werden in der skandalösesten Form frisiert. Scharfe, aber nur zu berechtigte Reden vom Gegner der Regierungspolitik werden auf den Kopf gestellt oder ganz unterschlagen, dagegen mit wahrer Wollust die abgedroschensten Phrasen und laachhaftesten Tiraden der Regierungsfreunde in Sperrdruck gesetzt. Steigen scheinbar die Akten der Regierungsvorstellung, so steht der Parlamentsbericht breit und flöblig auf der ersten Seite des Blattes. Erleidet die Regierung eine böse Schlappe, dann wird der mit Virtuosität gefärbte Bericht aus den Parlamenten auf der dritten Seite halb versteckt. Als der Feldener Oberst von Zabern am 18. Januar noch extra mit einem Adler dekoriert wurde, brachte der „Lokal-Anzeiger“ diese Ordensverleihung ostentativ mit Zett-

brud an der Spitze des Blattes. Schon daraus ließ sich mit Sicherheit entnehmen, daß diese Dekoration nicht eine Folge der „Objektivität“, sondern ein beachtlicher Affront gegen das Volk vor. In ähnlicher Form werden der glorreiche Berliner Polizeipräsident, der allzu redselige General v. Krafft und andere „echte Preußen“ aus ihren Vlamagen herauszuheben versucht, wogegen die Arbeitslosen geradezu als arbeitscheue Elemente hingestellt wurden.

So ist der „Berliner Lokal-Anzeiger“ der getreue Abklatsch der Meinung derer, die sich einbilden, das Deutsche Reich noch lange so weiter nach ihrer Fassung regieren zu können. Und das ist eigentlich ganz gut, daß man auf diese Weise am besten erfährt, wie sehr das Volk vor den Regierenden auf seiner Hut sein muß.

Ein Arbeiter also, der ein solches Blatt hält, verstößt in der schlimmsten Weise gegen seine eigenen Klasseninteressen.

Frauen in der Armendirection.

Die Stadtverordnetenversammlung hatte gestern Stellung zu nehmen zu dem Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, der die Verneuerung der Armendirection um drei Bürgerdeputierte forderte und für diese neu zu schaffenden Ämter die Wahl von Frauen empfahl. Der Antrag war die notwendige Antwort auf das Verhalten der freisinnigen Mehrheit, die leghin bei der Wahl eines Bürgerdeputierten für die Armendirection sich noch immer nicht dazu hatte aufschwingen können, eine Frau zu wählen. Gestern konnte man den Eindruck gewinnen, daß bei den Freisinnigen sich inzwischen doch so etwas wie ein Gefühl der Besinnung eingestellt hat. Die Ausführungen unseres Genossen Rosenfeld, der die Nützlichkeit und Notwendigkeit der Hinzuziehung von Frauen zur Armendirection in eingehender Begründung darlegte, fanden bei keinem der Freisinnigen nennenswerten Widerspruch. Sehr viel weniger bestimmt als der Stadtv. J. Berg und nach ihm der Stadtv. Rosenow sprach für die Annahme des Antrages der Stadtv. Cassel sich aus, der doch noch formelle Bedenken hatte. Nachher wollte er durch die zustimmende Haltung des Stadtv. Rommisen sich nicht besänftigen lassen und er kam dann noch mit einer einlenkenden Erklärung. Der Antrag wurde einem Ausschuss überwiesen, der hoffentlich die letzten „Bedenken“ zerstreuen wird.

Im ersten Teil der Sitzung entbrannte eine heftige Debatte um die Frage der Zuteilung der Stadtbezirke an die Stadtverordneten zum Zwecke der von ihnen zu machenden Vorschläge für die Besetzung der kommunalen Ehrenämter. Was der Berliner Stadtfreisinn in diesen Punkten bisher gefündigt hat, das wurde den Wehrheitsmännern von unseren Genossen Wehl, Ewald, Hoffmann sehr nachdrücklich unter die Nase gerieben. Gegen den Vorwurf einer Vergewaltigung und Entrechtung der sozialdemokratischen Minderheit setzten Stadtv. Cassel und Stadtv. Rommisen led die Behauptung, daß die freisinnige Mehrheit stets die Grundzüge der Gerechtigkeit folgt habe.

Vom städtischen Obdach.

Wie aus dem Rathause berichtet wird, sind bisher Zurückweisungen von Obdachlosen im städtischen Asyl wegen Mangel an Raum nicht erfolgt. Das schließt nicht aus, daß bei der nur kurzen Dauer der Beherbergung von Obdachlosen im städtischen Asyl und bei der Ueberfüllung des Vereinsahls in der Biesenstraße viele Obdachlose an anderen Stellen nächtigen müssen.

Dem Verhungern nahe.

Halb verhungert und mit erkorenen Füßen aufgefunden wurde in Waldmanns Lust auf dem Hoffmann'schen Gärtnergrundstück, Dianastraße, im Heuboden ein junger Mensch von 19 Jahren. Als Vorübergehende, die durch sein Juchzen auf den jungen Mann aufmerksam wurden und ihm zuriefen, herauszukommen, rührte er sich nicht. Erst nachdem man versprochen, ihm etwas zu essen zu geben, kam der Herrsche, tief unter dem Heu hervorgetreten und verschlang sofort mit wahrem Heißhunger die ihm dargereichten Stullen. Wie berichtet wird, soll der Aufgefundene schon mehrere Tage dort gelegen und sich von Wasser genährt haben, das er nachts aus dem nahegelegenen Fließ mit einer Konservendose schöpfte. Er gibt an, aus einer Grubengasse mit einem gleichaltrigen Kollegen Anfang Januar hierher gekommen zu sein, um Arbeit zu suchen, beide haben aber keine finden können.

Wäre die Anwesenheit des Herrschen nicht zufällig bemerkt worden, so hätte man nach einigen Tagen einen verhungerten Menschen von dem Heuboden herunterholen können. Und das ist nur einer von den vielen Tausenden, die gegenwärtig in einer Welt des Ueberflusses und des mondänen Luxus hungern und ohne Obdach in irgend einem Winkel lauern, in dem sie nicht bemerkt sein wollen.

Festnahme des Schwindlers Vartum.

Wie noch in Erinnerung sein dürfte, versuchte Mitte November in Berlin ein Schwindler, unter dem Namen eines Direktors Friedrich Vartum einen großzügig angelegten Schwindler gegen Arbeitslose. Er wollte für angeblich größere Bauten in Reichenbach viele Hundert Arbeitslose engagieren in der Absicht, ihnen das Reisegeld abzunehmen und dann zu verschwinden. Der Schwindler ist jetzt von der Polizei in München festgenommen und als der 33jährige Mechaniker Friedrich Deiner aus Augsburg festgestellt worden. Die Verhaftung gründet sich auf folgenden Tatbestand: Am 17. November v. J. erschien im Zentralarbeitsnachweis in der Gormannstraße ein gutgekleideter Mann, stellte sich als Direktor Vartum vor und wollte zur Ausführung von Erd- und Bauarbeiten bei Reichenbach 1000 Arbeiter haben. Allerdings mußte er von jedem der Angeworbenen den Haftlostenbetrag von 5,50 Mark im voraus verlangen. Er ging sogar auch in das Ministerium und ließ dort eine telefonische Verbindung mit Reichenbach herstellen. Bei der Unterredung mit dem Bürgermeister in Reichenbach gab der angebliche Vartum als seine Wohnung Schöneberg, Sedanstraße 24, an und erklärte u. a., in Rominten vom Kaiser empfangen worden zu sein, der ihm 28 Morgen Land kostenlos für Zwecke der deutschen Volksfürsorge zur Verfügung gestellt habe. Jetzt arbeite er mit zwei verabschiedeten Offizieren auf Veranlassung des Kriegsministeriums das Projekt aus. Diese Erzählungen veranlaßten den Magistrat zu Reichenbach, bei den zuständigen Stellen Erkundigungen einzuziehen, und es stellte sich dabei heraus, daß V. einen groß angelegten Schwindler in Szene setzen wollte. V. verschwand jedoch noch rechtzeitig von der Bildfläche, bis er jetzt erwischt wurde. Er hatte in München eine Kämmererwohnung gemietet, angeblich, um eine Zweigstelle des Deutschen Vereins für Arbeiter- und Gelangenenfürsorge, Eiß Leipzig, zu gründen. Bei verhaftenden Geschäftsleuten hatte er Möbel- und Bureaueinrichtungen

bestellt und ein Dutzend Stenotypistinnen engagiert. Die Polizei wurde dadurch auf sein betrügerisches Treiben aufmerksam und nahm ihn fest, wobei sich erst herausstellte, welche guten Fänge sie gemacht hatte.

Eine Lokomotive in eine Arbeiterkolonne hineingefahren.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich Mittwochmittag auf dem Rangierbahnhof Grunewald. Eine Rangierlokomotive, die nach Westend abgelassen worden war, fuhr in eine Arbeiterkolonne, die zwischen den Schienen gearbeitet hatte, hinein. Während es einigen der Leute gelang, durch schnelles Zurückspringen ihr Leben in Sicherheit zu bringen, wurden zwei Arbeiter von der Lokomotive erfasst und überfahren. Der Arbeiter Eduard Becker wurde über den Kopf hinweggerollt; er erlitt am Kopf, im Gesicht und an beiden Beinen schwere Verletzungen und mußte nach dem Krankenhaus Westend gebracht werden. Ferner wurde der Rottenführer Baumann von der Lokomotive überfahren und so schwer verletzt, daß auch er dem Krankenhaus Westend zugeführt werden mußte. Ob die Schuld an dem Unfall dem Rottenführer oder dem Lokomotivführer zuzuschreiben ist, konnte bisher nicht festgestellt werden.

Ein Leichenfund an der Möckernbrücke.

Im Landwehrkanal an der Möckernbrücke haben gestern mittag zwei Arbeiter eine unbeladene und verformte männliche Leiche getrieben. Sie brachten sie mit einem Rettungsnetz nach einer Ladestelle und benachrichtigten die Revierpolizei. Es wurde festgestellt, daß der Kopf, der rechte Arm und das rechte Bein fehlen. Die vorhandenen Teile weisen mehrere Verletzungen auf, die allerdings auch von Dampfmaschinen und Bootshaken herrühren können. Das ist um so wahrscheinlicher, als auch die Rippen zertrümmert und die inneren Organe verletzt sind. Zur Feststellung der Persönlichkeit hat der Chef der Kriminalpolizei, Obergerichtsrat Hoppe, eine Besichtigung ausgeführt. Nach dem Anschlag am Raden hat der unbekannte Mann grauweißes Haar gehabt. Er mag etwa 40 bis 50 Jahre alt gewesen sein und ist sehr groß, etwa 1,88 bis 1,95 Meter. Auf dem Bauch hat der Leiche eine 7-8 Zentimeter lange senkrecht verlaufende Operationsnarbe.

Zur Schließung der Gemeindeschulen 167 und 175 in der Putzauer Straße sendet uns der Magistrat durch sein Nachrichtenamt eine Erwiderung auf unsere in Nr. 27 veröffentlichte Notiz.

Vorweg wollen wir bemerken, daß der Verfasser dieser Antwort des Magistrats unsere Ausführungen sehr flüchtig gelesen zu haben scheint. Er leitet seine „Mithatstellung“ ein mit der Klage, wir hätten gegen die Behörde den Vorwurf erhoben, daß die hygienisch notwendigen Maßnahmen, nämlich Schulschließung und Desinfektion, bisher vernachlässigt worden seien. In Wirklichkeit warf unsere Notiz unter Hinweis auf die vielen dort schon im November und Dezember vorgekommenen Diphtherieerkrankungen die Frage auf, ob nicht die Schließung der Schulen schon früher als im Januar hätte verfügt werden sollen, aber von der Desinfektion und ihrer Notwendigkeit sprachen wir darin nicht mit einer Silbe. Nachträglich wollen wir indes erklären, daß wir nicht verstehen, wie bei Häufung solcher Erkrankungen und Sterbefälle die und allerdings notwendig scheinende zeitige Desinfektion ganzer Schulen möglich sein soll, wenn man nicht beizeiten die verletzten Schulen ganz schließt.

Darmit erledigt sich eigentlich ohne weiteres auch der übrige Inhalt der sehr langen Auseinandersetzung, die der Magistrat in seiner Erwiderung macht, um zu betonen, daß der Klassen- oder Schulschluß nicht die Hauptfrage bei der Diphtheriebekämpfung sei. Oft genug, sagt er, zeige sich, daß nach Wiederöffnung die Erkrankungen neu und unermindert auftreten, weil alle Kinder, die unmerklich den Infektionsstoff in sich tragen, nun wieder in die Schule zurückkehren. Gelegentlich zur Aufklärung sei ja auch draußen fast immer vorhanden, oft führe sie nur zu leichten Halsentzündungen oder überhaupt nicht zur Erkrankung, aber das Kind trage den gefährlichen Keim im Rachen und übertrage ihn auf andere, die dann erkranken. Auch Klassendesinfektion schütze dagegen nicht. Nationale Bekämpfung von Klassen- und Schulschließung sei die, alle lebenden Infektionsquellen sofort zu erkennen und vom Schulbesuch auszuschließen, nicht nur erkrankte und wiedergewonnene Kinder, sondern auch die gesund bleibenden Bazillenträger sowie Kinder mit scheinbar harmloser Halsentzündung. So halte man's in Berlin mit der Diphtheriebekämpfung schon seit Jahren und auch bei den fraglichen Schulen habe man das bereits Ende Oktober getan. Vom Klassen- und Schulschluß habe man abschließend Abstand genommen, zumal da eine im Oktober angeordnete dreiwöchige Schließung einer Klasse erfolglos geblieben war. Der jetzige Schulschluß sei angeordnet worden, weil zu den Diphtherieerkrankungen noch Scharlachentzündungen kamen und in einzelnen Klassen eine größere Anzahl Kinder fehlten.

Wir glauben nicht, daß diese „Mithatstellung“ sehr überzeugend auf die Eltern wirken wird. Wie sie über die Abneigung der Schulpflichtigen gegen den Schulschluß denken, das zeigt eine uns aus Berlin-Ditt zugehende entrüstete Zuschrift eines Vaters, dessen Kind an Diphtherie daniederliegt. Der Rektor der betreffenden Schule in der Stragmannstraße soll ihm gelagt haben, daß in letzter Zeit auch dort über 30 Fälle vorgekommen seien. Demselben Vater erklärte der Schularzt, ein Schulschluß sei nicht nötig, weil die Fälle ja noch alle gutartig verlaufen seien.

Ein schwerer Betriebsunfall ereignete sich gestern vormittag beim Van der Untergrundbahn in der Chausseestraße, Ecke Tiefstraße. Die Arbeiten werden dort von der Tiefbaufirma Julius Berger ausgeführt. Der Arbeiter Kohls aus der Slatkyer Straße geriet in den Förderkorb einer Betonmischmaschine und wurde so über den Kopf hinweggerollt, daß er in bestmöglicher Weise dem Urbanfrankenhaus zugeführt werden mußte.

Wissenschaftliche Ballonfahrten.

Von Montag, den 2., bis Sonnabend, den 7. Februar 1914, finden in den Morgenstunden internationale wissenschaftliche Ballonfahrten statt. Es steigen Drachen, bemannte oder unbemannte Ballons in den meisten Hauptstädten Europas auf. Der Führer eines jeden unbemannten Ballons erhält eine Belohnung, wenn er der jedem Ballon beigegebenen Instruktion gemäß den Ballon und die Instrumente sorgfältig dirigiert und an die angegebene Adresse sofort telegraphisch berichtet.

Zu der Verhaftung des Kaufmanns Ernst Lewin aus der Choriner-Straße, worüber wir in unserer Montagnummer Mitteilung machten, berichtet uns der in der Notiz erwähnte Herr Klein, Linienstraße, daß ein Strafverfahren gegen ihn nicht eingeleitet sei. Er, Klein, habe sogar schon vor längerer Zeit die Behörde auf das gefährliche Treiben des Lewin aufmerksam gemacht.

Unterhaltungsliteratur.

„Zu freien Stunden“. Von dieser Wochenschrift, die im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer & Co. in Berlin, in regelmäßiger Erscheinung tritt, liegt nunmehr der abgelaufene 2. Band des 17. Jahrgangs vor. Er umfaßt die im zweiten Halbjahre 1913 erschienenen Hefte, die in dieser Form die Reichhaltigkeit ihres Inhalts besonders hervorzuheben lassen. An erster Stelle steht der kalifornische Goldgräberroman „Gold“ von Friedrich Gerstäcker, mit vielen Bildern von Jos. Damberger-München. Dieser Roman wird namentlich bei der Jugend ein reges Interesse finden. Sehr fesselnd erweist sich auch „Der rote Hahn“, ein Roman des dänischen Dichters Kalle Rosenkrantz, der sein Thema —

es handelt sich um die mehr oder minder scharfsinnige Justiz — mit Humor und seiner Satire würzt. Mit erzählenden Beiträgen sind ferner Robert Schweidel, Anton Tschadow, Andersen-Rex und viele andere vertreten. Auch der Humor kommt in kleinen Skizzen und in der Rubrik „Scherz und Satire“ zu seinem Recht. Unter der stehenden Rubrik „Dies und Jenes“ finden wir zahlreiche Notizen populärwissenschaftlicher Natur, Anekdoten, Gedichte, Sinnsprüche usw. Neu eingeführt sind mit diesem Bande illustrierte Aufträge aus den verschiedensten Lebens- und Wissensgebieten, wie denn überhaupt „In freien Stunden“ inhaltlich wesentlich bereichert worden ist.

So eignet sich dieser neue Band auch sehr als Geschenk, und er wird in jeder Arbeiter-Bibliothek ebenfalls zahlreiche Leser finden. Der Preis beträgt auf gutem Papier gedruckt, in Leinen gebunden 4 M., Halbfrauzband 5 M. Vorrätig halten den Band alle Buchhandlungen, Expeditionen und Kolportage.

Öffentliche Bibliothek und Lesehalle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann: SO., Adalbertstr. 41. Geöffnet werktäglich von 5 1/2 bis 10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9 bis 1 Uhr und 3 bis 6 Uhr. In dem Lesesaal liegen zurzeit 617 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus. — Auf Anfragen teilen wir mit, daß zur Benutzung der Bibliothek jede Person berechtigt ist, die das 14. Lebensjahr überschritten und ihren Wohnort oder ihre Beschäftigung in Groß-Berlin hat. Wer sich über Wohnung und Beruf durch Vorzeigung des Verbandsbuches, Wahlvereinsbuches, Krankenkassenbuches, Mietvertrages oder ähnlicher Papiere ausweisen kann, erhält eine Lesekarte unentgeltlich ausgehändigt. Diese Lesekarte gilt zunächst für ein Jahr; sie wird nach Ablauf nach Kontrolle etwaigen Wohnungswechsels ohne weiteres von Jahr zu Jahr verlängert.

Dachstuhlbrand in Berlin W. Durch zweifachen Alarm wurde die Feuerwehr am Donnerstag gegen 3 Uhr morgens nach der Königin-Augusta-Straße 45 gerufen. Es rückten die Löschzüge 9 und 12 aus, bei deren Anbruch der Dachstuhl des Hauses in größerem Umfange brannte. Die Lösch- und Aufräumungsarbeiten zogen sich fast drei Stunden hin. Ueber die Ursache des Feuers konnte nichts ermittelt werden.

Vorortnachrichten.

Charlottenburg.

Die Einführung einer Kimo- und Luftbarkeitssteuer neben der Erhöhung des Gemeindesteuersatzes plant der Magistrat. In seinen Erläuterungen zum Etatsentwurf sagt er, daß die Zusammenfassung der Mehrforderungen der einzelnen Verwaltungen erkennen ließ, daß durch Ausnutzung der Steuerquellen in dem bisherigen Umfange eine ausreichende Deckung bei weitem nicht würde geschaffen werden können. Nach Vornahme zahlreicher Abstriche bei den anfänglich beanspruchten Mehrforderungen erscheine es ausgeschlossen, lediglich auf diesem Wege zu einer Herstellung des Staatsausgleichs zu gelangen, denn die im Etatsentwurf verbliebenen Mehrausgaben seien nahezu sämtlich so geartet, daß bei ihnen keinerlei Abstriche mehr zulässig sind. Es handele sich hauptsächlich um festsitzende laufende Ausgaben z. B. für den Anleihezins, die Provinzialsteuern, die auf ordrechtlicher Grundlage beruhenden Steigerungen der Bezüge für Beamte, Lehrer und Arbeiter, sowie um andere durch die Ausdehnung der verschiedenen Gemeindeeinrichtungen gebotenen Mehraufwendungen. Auch die einmaligen Ausgaben, die gegen das Vorjahr um 1,331 Millionen vermindert sind, vertragen keine weitere Kürzung mehr. Die gewaltsame Vornahme weiterer Abstriche zur Herstellung des Staatsausgleichs auf der Grundlage von 100 Proz. Einkommensteuersatz würde nach Ansicht des Magistrats nur dazu führen, daß der Zeitpunkt der Flüssigmachung von Mitteln für notwendig erachtete Ausgaben hinausgeschoben würde. Der Ausgleichsfonds und die „einstweilige Kapitalansammlung“ sind, wie der Etat zeigt, bereits so in Anspruch genommen, daß die weitere Entnahme von Mitteln aus diesen Fonds sie völlig erschöpfen würde. Solche Maßnahmen würden mit den Grundgedanken einer gesunden Finanzwirtschaft nicht zu vereinbaren sein und die Staatsaufstellung der nächsten Jahre in schädlichster Weise beeinflussen.

Infolgedessen muß die Steuererhöhung angezogen werden, und zwar beantragt der Magistrat mit Rücksicht darauf, daß es sich bei dem Mehrebedarf um Ausgaben für die Allgemeinheit handelt, zunächst eine Erhöhung des Satzes der Einkommensteuer von 100 auf 110 Prozent. Außerdem will er eine Luftbarkeitssteuer einführen. Eine besondere Vorlage wird der Stadtverordnetenversammlung zugehen. Die Einnahmen aus dieser Steuer werden auf 175 000 M. geschätzt, wovon jedoch an Ausgaben für Personal, Bureau, Einziehung und Kontrolle 25 000 M. abgehen. Wir behalten uns eine Kritik dieser Steuer vor, wenn die angeforderte Vorlage erschienen sein wird.

Die Generalversammlung des Wahlvereins nahm zunächst ein Referat des Redakteurs Genossen Dr. Meyer über „Neue Ausbeutungsmethoden“ entgegen. Der Redner betonte u. a.: Die gewerkschaftlichen Erfolge der Arbeiterschaft brachten das Unternehmen dazu, auf immer neuen Wegen zu versuchen, aus den Arbeitern höhere Profite herauszuholen. So sei nach und nach eine besondere Fabrikwissenschaft entstanden. An Stelle der durch eigene Erfahrungen mühselig aufgebauten Betriebe und ihrer primitiven Leistung, trete immer mehr eine noch bestimmten wissenschaftlichen Grundgedanken aufgebaute Betriebsmethode. Einer derjenigen, die es verstanden haben auch die menschliche Tätigkeit in den einzelnen Betrieben wissenschaftlich zu zerlegen, zu messen und umzugestalten, sei der amerikanische Ingenieur Taylor. Sein System, das Taylor-System, werde gegenwärtig auch in Deutschland eifrig diskutiert und es fehle nicht an Versuchen, es auch hier in die Praxis umzusetzen. Der Referent schilderte eingehend diese Arbeitsmethode und die damit gemachten Erfahrungen. Zweifellos bringe dieses System unter den heutigen Verhältnissen mancherlei Schädigungen für die Arbeiter mit sich, trotz der gegenteiligen Behauptungen der Befürworter der Arbeitsmethode. Wie können die Arbeiter diese Schäden abwenden? Nur durch die gewerkschaftlichen Organisationen sei dies möglich, die sich gegen das System wenden müßten, weil es die Ausbeutung der Arbeiter auf Kosten ihrer Gesundheit in unerhörter Weise steigere. Prinzipiell könne man das Taylor-System jedoch nicht verwerfen. Der Grundgedanke, mit möglichst geringem Kraftaufwand möglichst große Leistungen zu erzielen, sei durchaus fortschrittlich, und in einer sozialistischen Gesellschaft könne ein derartiges System große Vorteile für die Gesellschaft zur Folge haben, ohne daß die einzelnen Mitglieder der Gesellschaft darunter zu leiden bräuchten. An den mit Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine rege Diskussion, in der unter anderem auch ein Techniker über Versuche der Siemenswerke berichtete, in den technischen Bureaus durch dem Taylor-System ähnliche Methoden mehr aus den Angestellten herauszuholen als bisher. Genosse Richter wies noch besonders auf das Betreiben der Unternehmer hin, durch die Einführung derartiger Arbeitsmethoden einen Arbeiter gegen den anderen auszuspielen und so ihr Solidaritätsgefühl zu untergraben. Genosse Düwelle hält die passive Resistenz gegen die Einführung des Taylor-Systems für wirkungslos und glaubt, daß es für die Arbeiter vorteilhafter wäre, wenn sie versuchen würden mit der Einführung solcher Arbeitsmethoden eine entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit durchzusetzen. Genosse Dr. Meyer machte in seinem Schlußwort noch zunächst auf den prinzipiellen Unterschied aufmerksam, der zwischen den seit dem Bestehen einer Fabrikindustrie in den mannigfachen Formen an-

gewandten Locksystemen (Kraftarbeit usw.) und dem Taylor-System besteht. Er verteidigt dann seine Ansicht, daß die Arbeiter zunächst die passive Resistenz oder sonstige gewerkschaftliche Mittel gegen die Durchführung der neuen Arbeitsmethoden anwenden müßten und erläutert die Schwierigkeiten für die Durchführbarkeit des Dämelschen Vorschlages.

Darauf gab Genosse Bade einen Ueberblick über die Mitgliederbewegung im ersten Halbjahre 1913. Am 31. Oktober 1913 zählte der Wahlverein 321 Mitglieder weniger als am 1. April 1913. Auch die Zahl der „Vorwärts“-Abonnenten ist zurückgegangen. Der vom Genossen Seiffert erstattete Stassenbericht für das vierte Quartal 1913 zeigt ebenfalls ein ungünstiges Bild. Die Einnahmen betrugen 3021,90 M., davon wurden an den Kreis 2014,40 M. abgeführt und 518,48 M. für örtliche Zwecke verausgabt, so daß ein Stassenbestand von 488,72 M. verblieb. Die Sammellisten für die Arbeitslosen ergaben 1119,25 M., für den Beihilfenfonds 551,80 M., für die Stadtverordnetenwahlen dagegen einen sehr geringen Betrag. Die Genossen Döhlfeld und Richter wendeten sich gegen die zu häufige Ausgabe von Sammellisten. Diese sollten nur bei ganz besonderen Gelegenheiten ausgegeben werden. Genosse Richter kam auch auf das Monatsblatt des „Vorwärts“ zu sprechen. Er ist der Ansicht, daß das Monatsblatt in der heutigen Aufmachung nicht geeignet sei, werbebild für uns zu wirken. Der „Vorwärts“ habe mit dem Monatsblatt einen Weg beschritten, der von einer Arbeiterzeitung besser nicht betreten würde. Genosse Rosenthal widerspricht dieser Ansicht.

Bei der Beratung der Anträge zur Kreisgeneralversammlung wendeten sich nahezu alle Redner gegen den Antrag Brix auf Zusammenlegung der Groß-Berliner Wahlkreisorganisationen zu einer Einheitsorganisation. Der Antrag wurde mit überwiegender Mehrheit abgelehnt und den Delegierten ausgetragen, auf der Kreisgeneralversammlung gegen den Antrag zu stimmen. Der vom Genossen Zippel begründete Antrag der Charlottenburger Genossen an die Kreisgeneralversammlung, die Zoberner Ereignisse in einer Broschüre zusammenzufassen und diese Broschüre in den Landorten zu verbreiten, wurde einstimmig angenommen. Als Delegierte zur Kreisgeneralversammlung wurden gewählt die Genossen Bade, Seiffert, Rosenthal, Jaenin, Berg, Zippel, Schmidt, Düwelle und die Genossinnen Knobbe und Leopold.

Genosse Zippel richtete noch eine Anfrage an den Vorstand, ob ihm bekannt sei, warum das Heftchen der „Neuen Zeit“ nicht mehr erscheine. Es bestrebe ihn, daß weder in der „Neuen Zeit“ selbst, noch im „Vorwärts“ irgend etwas über diese die Berliner Parteigenossen doch interessierende Tatsache bekanntgeworden sei. Das Heftchen gehöre doch gerade zu dem für Arbeiterleser interessantesten Teil der an sich reformbedürftigen „Neuen Zeit“. Die auswärtige Parteipresse hätte zum Teil schon vor längerer Zeit Stellung zu dieser Aenderung der „Neuen Zeit“ genommen. Ohlhof teilte hierauf mit, daß er in der letzten Sitzung der Kreis-Kommission die Redaktion bereits interpelliert habe. Der betreffende Redakteur habe erklärt, daß es sich bei der Behauptung, das Heftchen der „Neuen Zeit“ löse zu erscheinen auf, vorläufig nur um ein Gerücht handle und Gerüchte zu verbreiten sei nicht Aufgabe des „Vorwärts“. Diese Erklärung hätte ihn nicht befriedigt, denn von einem Gerücht könne nicht mehr gesprochen werden, der Parteiausdruck hätte sich schon mit der Sache beschäftigt und es sei darüber bereits berichtet worden. Genosse Dr. Meyer erklärte, daß wahrscheinlich schon die nächste Nummer der „Neuen Zeit“ über die eingetretene Aenderung ihren Lesern berichten werde. Genosse Ohlhof erklärt unter Zustimmung der Versammlung, daß die Neuordnung nur beklagt werden könne, denn die Genossen erwarten nicht eine redaktionelle Einschränkung, sondern einen Ausbau der „Neuen Zeit“.

Für die Erfahrungswahl in der dritten Gruppe am 8. Februar wurden die Genossen Gustav Leopold und Hermann Pech als Hausbesitzerkandidaten aufgestellt.

Schöneberg.

Ueber „Das demokratische Prinzip“ referierte in der letzten Mitgliederversammlung Genosse Groger. Redner meinte, in unserer Organisation sei eine gewisse Spannung zwischen Mitgliedern und Parteileitung vorhanden. Das demokratische Prinzip bedeute die Durchsetzung des Majoritätswillens. Wer die Bewegung von seinen Anfängen verfolge, müsse ausgehen, daß dieser Gedanke schon immer maßgebend gewesen sei. Es werde nun von den Mitgliedern behauptet, unsere heutige patriotische Staatsbureaufraute habe schon auf unsere Parteileitung abgefärbt. Davon könne keine Rede sein. Bei der kolossalen wirtschaftlichen und politischen Entwicklung müsse alles aufgehoben werden, vor Ueberfahrungen gesichert zu sein. Die Aufgaben, die der Partei entfielen, seien infolgedessen nicht mehr so einfache als früher und die Verwaltungsapparate würden immer komplizierter. Heute müsse der Kampf um Staatsparlamente sowie Gemeindeparlamente geführt werden, was früher nicht in dem Maße notwendig gewesen sei. Zudem komme, daß unser ganzes Bildungswesen erweitert und unsere Parteigenossen darauf vorbereitet werden müßten, die raffinierte Staatspraxis erkennen zu lernen. Nicht zu vergessen sei die Werbearbeit für die Jugend. Was uns in Zukunft noch für Aufgaben zufallen, wisse man noch nicht.

Welchen Umfang unser Verwaltungsapparat annehmen habe, sei hieraus ungefähr ersichtlich. Es könne daraus aber nicht die Folgerung gezogen werden, daß nun kein frischer Wind hereinbläse. Andersfalls trügen die Mitglieder selbst die Schuld daran. Ein hoher Staatsbeamter, z. B. Beckmann, könnte die ungestimmte Politik treiben, wenn es seinem hohen Herrn gefalle, bleibe er im Amt, selbst wenn sich das ganze Volk darüber empört. Sollte es aber einem der Funktionäre unserer Partei, gleichviel welcher Stellung, einfallen die Parteigeschäfte nach seinem Geschmack zu führen, so wäre es ihm unmöglich, sich zu halten. Allerdings sei es nicht immer möglich, über Entscheidungen großer Parteienternehmungen und zwar aus rechtlichen, technischen und räumlichen Gründen, eine Urabstimmung herbeizuführen. Dies könne nach des Referenten Meinung nur durch Kommissionen erledigt werden, die allerdings das weitgehendste Vertrauen der Mitglieder genießen müßten. Die Richtigstellung komme zum Teil auch daher, daß es einigen unter uns nicht schnell genug vorwärts gehe. Man habe sogar, als die Massenstreikfrage diskutiert wurde, behauptet, die Führer seien die Bremser. Es sei nun mal jedes Funktionärs Pflicht, die Dinge auch so zu zeigen, wie sie sind oder zu sein scheinen. Selbst auf die Gefahr, daß er die Zustimmung nicht allgemein habe. So zeige sich eigentlich, daß der konterwärtige Gedanke bei den Mitgliedern mehr verbreitet sei, als bei deren Leitungen.

Soll aber ein immer größeres demokratisches Prinzip zum Gemeingut aller werden, so müsse mehr wie bisher das positive Pflichtgefühl beherzigt werden. Die Ausführungen wurden mit reichem Beifall aufgenommen.

In der Diskussion trugen die Genossen Köster, Schöze und Gollmit einige Bedenken gegen die Ausführungen vor, die Genosse Groger jedoch zerstreute. Zur Kreisgeneralversammlung wurden die Genossen Heinrich Kusch, Doms, Geminsky, Eichelhardt, Rosenthal und Genossin Böhm delegiert. Genosse Krüchow wies besonders auf die am 7. Februar stattfindende Ausschusssitzung zur Krankenkasse hin. Er betonte besonders, daß alle Verpflichtungspflichtigen wahlberechtigt sind, auch weibliche Mitglieder, sobald sie das 21. Lebensjahr erreicht haben.

Zu wählen sei nur Liste III. Da noch zwei gemerkschaftliche Listen aufgestellt seien, müsse alles auf die Beine gebracht werden, um nicht zu unterliegen.

Neukölln.

Sonntag, den 1. Februar, findet eine Familienpartie nach dem Rügelsee statt. Treffpunkt bis 9 Uhr am Ringbahnhof Neukölln. Fahrpreis und Kaffeekosten 50 Pf., außerdem ist den Kindern etwas gemahlener Kaffee mitzugeben. (Kinder unter 10 Jahren 30 Pf.) Mittwoch, den 4. Februar, Märchenvorlesung bei Bartsch. Anfang 5 Uhr, Ende 6 1/2 Uhr. Eintritt frei.

Sonntag, den 8. Februar, Sternabend im „Karlsgarten“. Vorstellung und Tanz. Eröffnung 8 Uhr, Beginn 4 Uhr. Eintritt inklusive Tanz 15 Pf. Kinder in Begleitung Angehöriger frei. Willkür sind zu haben im Sekretariat Redaktions, 3. bei Bartsch, Hermannstr. 49, Expedition Rabe, Scheidestr. 28, Bierich, Wildenbruchstr. 88 und bei den Bezirksleiterinnen. Um rege Beteiligung ersucht Die Kommission.

Wilmersdorf.

Inverfrozen.

Die „Wilmersdorfer Zeitung“, deren Verleger von der Stadtverordnetenversammlung zum Vorsitzenden der hiesigen Landkrankenpflege gewählt ist, fühlt sich zu jeder Stunde verpflichtet, das hohe Lied der Landkrankenpflege zu singen. Nun ist dieses Kastensystem von allen fortgeschrittenen Stadtgemeinden Groß-Berlins, jüngst erst wieder von Schöneberg, als Schädigung der Gemeininteressen betrachtet worden. Man hat vor allem von der Errichtung einer Landkrankenpflege Abstand genommen, weil sie keine Selbstverwaltung besitzt und auch ihre Leistungen derjenigen der Ortskrankenpflege erheblich nachstehen. Das Wilmersdorfer Lokalblatt versucht alles zu bedenken. Um die Wahl der Organe der Landkrankenpflege der Öffentlichkeit gegenüber als gerecht hinzustellen, wagt es sogar die Behauptung: „Da überdies die Stadtverordnetenversammlung ein Abbild der in der Stadt wohnenden Parteien ist, ist auch die Stärke der Parteien entsprechende Zusammensetzung des Vorstandes und des Ausschusses gewährleistet.“ Schlimmer läßt sich die Wahrheit bald nicht mehr vermageln! Die Sozialdemokratie ist nach dem Ergebnis der Reichstagswahlen von 1912 die stärkste Partei von Wilmersdorf, nachdem sie von etwa 22 000 abgegebenen Stimmen nicht weniger als 9810 zu verzeichnen hatte. Würde das Stadtparlament gerade zusammengesetzt sein, dann hätten von den 60 Stadtverordneten etwa 25 der Sozialdemokratie anzugehören. Statt dessen besaß unsere Partei lediglich 2 Vertreter gegenüber der großen Mehrheit der Reaktionsäre. So unglücklich groß die Ungerechtigkeit dank der öffentlichen Klagen und dem sinnlosen Hausbesuchsprivileg ist, unsere Stadtverwaltung bemüht sich auf jede mögliche Weise, das Unrecht noch zu vergrößern. Drei Mandate der Linken sind seit geraumer Zeit unbesetzt. Die Neuwahl wird möglichst lange hinausgeschoben, damit die verhasste Sozialdemokratie gänzlich unvertreten ist. Angesichts dieser Tatsachen von dem Stadtparlament als einem „Abbild der in der Stadt vorhandenen Parteien“ zu sprechen, ist denn doch eine Lüge, kaum noch zu überbietende Unwahrheit! Unsere Genossen sehen auf diesem Beispiel, was die Reaktion unter „Wahrheit und Gerechtigkeit“ versteht. Es gilt rechtzeitig für die nächsten Stadtverordnetenwahlen zu rüsten, die infolge der Wahl von einigen Stadträten gerücheltweise doch noch vor dem Herbst stattfinden sollen. Durch rege Kleinarbeit muß die Wählerschaft aufgerüttelt werden, um der vereinigten Reaktion zum Trotz die Arbeit der Rückschrittler wenigstens wieder unter die Kontrolle der das Allgemeinwohl vertretenden Sozialdemokratie zu stellen.

Lichtenberg.

In der nur mäßig besuchten Mitgliederversammlung des Wahlvereins referierte Genosse Klitz-Kußlitz über „Die politische Lage“. Unter örtlichen Angelegenheiten wurde ein Antrag, zugunsten der im Sommer wieder stattfindenden Kinderferienpreise eine obligatorische Jahresmarke von 10 Pf. einzuführen, auf Vorschlag der Bezirksleitung abgelehnt. Zwei weitere Anträge, die die Vermehrung der Bienenhäuser bei der Arbeitslosenbeschäftigung trifteten, wurden dem Kreis überwiesen.

Neu-Zittau (Kreis Weiskow).

Ueber das Koalitionsrecht und dessen Vernichter sprach in einer gut besuchten Versammlung Genosse Weber. Nach dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag zeigte Genosse Schulz an einigen Beispielen der letzten Zeit, daß die Koalitionsrechtsfeinde keinerlei Veranlassung haben, für besonderen Arbeitswilligenspruch einzutreten.

Spandau.

Der Rückgang der Schlachtungen auf dem städtischen Schlachthof ist nach den Ausführungen einiger Stadtverordneter bei Beratung des Schlachthofstatutens dazu zurückzuführen, daß eine Anzahl Schlachtermeister sich Fleisch von in Berlin geschlachteten Tieren holen und auch die hiesigen Staatsarbeiter sollen Fleisch in großen Quantitäten von auswärts beziehen. Gleichzeitig war kritisiert worden, daß die Direktoren der Staatsbetriebe zum Schaden der hiesigen Gewerbetreibenden den Arbeitern zur Aufbewahrung des Fleisches Räume unentgeltlich zur Verfügung stellen. In einer Zuschrift an die hiesigen Zeitungen stellen die Staatsarbeiter diese Behauptungen als unrichtig hin. Die Arbeiterauschussmitglieder haben sich lediglich mit einer auswärtigen Firma in Verbindung gesetzt, um billiges Fleisch zu erhalten; diese Firma habe hier einen Laden eröffnet und das Fleisch bedeutend billiger verkauft als die hiesigen Schlächter. Sehr zutreffend heißt es in der Zuschrift: Die wahre Ursache des Rückganges der Schlachtungen ist, daß die Arbeiter durch die allgemeine Teuerung aller Lebensbedürfnisse nicht mehr leistungsfähig genug sind, denn die Löhne sind seit neun Jahren stehen geblieben. Schlächter geht es natürlich noch den Privatarbeitern, die mit längerer Arbeitslosigkeit zu rechnen haben. Aber auch die städtischen Arbeiter sind nicht auf Rosen gebettet, zahlt doch der Magistrat dieselben einen bedeutend niedrigeren Lohn als Privatunternehmer. Oberbürgermeister Koelke scheint sogar auf dem Standpunkt zu stehen, daß ein Stundenlohn von 44 Pf. noch zu hoch ist, denn sonst hätte er doch nicht angekündigt, daß die Strohrenreinigungsverwaltung, die beim letzten Schneefall 44 Pf. pro Stunde zahlte, in Zukunft nur 40 Pf. zahlen soll.

Dudow.

In der letzten Gemeindevorstandssitzung wurde bekanntlich u. a. die Frage der Entschädigung des Lehrers für das Entlassen und Heberweisen von Kinderparageldern an die Kreispolizei behandelt. Der Lehrer forderte als Heberweiskündigung 100 M. Die bürgerlichen Vertreter traten zunächst für die Bewilligung dieser Summe ein mit dem Hinweis, daß der betreffende Lehrer sich in seiner Freizeit auch mit der Jugend beschäftigt, man daher demselben entgegenkommen müsse. Gegen diese Auffassung wandte sich energisch unser Vertreter. Die Vertretung bewilligte hierauf 30 M. Unser Berichterstatter hatte irrtümlich 100 M. in seinem Bericht angegeben.

Versammlungen.

Verband der Sattler und Portseufler. Die Ortsverwaltung Berlin hielt am Mittwoch ihre Quartalsversammlung ab. Den Bericht erstattete E. Schulze. Das letzte Vierteljahr war im Gegensatz zu den früheren nicht günstig, wie dies ja auch in der Gesamtlage des Wirtschaftslebens zum Ausdruck kommt. Die Zahlen des Arbeitsnachweises zeigen am deutlichsten, wie schlecht die Wirtschaftslage war und noch ist: Eingeschriebene Arbeitslose 1114, davon nicht organisiert 15. Oktober: 265, November: 346, Dezember: 478. Verlangte Arbeitskräfte 235. Oktober: 118, November: 49, Dezember: 58. Besetzte Stellen 171. Oktober: 89, November: 89, Dezember: 43. Der Andrang war so stark, daß die Abfertigung der sich Meldenden in einem hierzu eigens gemieteten Raum vorgenommen werden mußte. In Zukunft muß die Arbeitsvermittlung gruppenweise vorgenommen werden. In den Weihnachtssammlungen für Arbeitslose haben sich die Mitglieder des Verbandes in erfreulichem Maße beteiligt. Es wurden 1928 M. gesammelt, hierzu gab die Lokalkasse noch 500 M. Die schon früher geforderte, von der vorhergehenden Generalversammlung aber abgelehnte Anstellung eines vierten Beamten sei nun nicht mehr zu umgehen. Den Kassenbericht erstattete Wehner. Trotz der ungünstigen Verhältnisse war der Mitgliedbestand am Schluß des Quartals

ein durchaus annehmbarer; er betrug am 31. Dezember 1913: 9958, der der Jugendabteilung: 128. Einnahmen und Ausgaben der Ortsverwaltung bilanzieren mit 24746,09 M. Allein für Unterhaltungszwecke wurden verausgabt 12532,10 M. Die Lokalkasse hatte Bestand und Einnahmen 102 067,44 M., Ausgaben 10735,27 M., bleibt ein Bestand von 92 232,17 M. Bestand und Einnahmen der Berliner Verwaltung betragen 4440,27 M., die Ausgaben 1620,51 M., bleibt ein Bestand von 2819,76 M. Einnahmen und Ausgaben der Lehrlings- und Jugendabteilung bilanzieren mit 154,30 M.

Darauf referierte Schulze noch über den Kartellvertrag mit den Tapezieren und Antrag der Ortsverwaltung auf Abänderung der §§ 1 und 3 des Ortsstatuts. Nach einem kurzen Rückblick auf den Verlauf der Vorgänge, die sich an den Hebertritt der Eisenmöbel- und Lederstuhlbranche zum Verband der Tapezierer knüpften, erklärte Redner, daß nunmehr diese Branche für den Sattler- und Portseuflerverband nicht mehr bestehe; die betreffenden Kollegen hätten den Hebertritt belächelt und in der letzten Generalversammlung lieber auf die zugesprochenen Rechte an die Lokalkasse ihrer früheren Organisation verzichtet. Nachdem jedoch nachträglich der Hebertritt perfekt geworden ist und eine Branche der Eisenmöbel- und Lederstuhlbranche beim Verband der Sattler und Portseufler nicht mehr besteht, befürwortete der Vorstand des letztgenannten Verbandes, daß die abgelehnten Rechte den übrigen Mitgliedern doch noch zugesprochen werden sollen.

In der Diskussion übten Angehörige der aufgelösten Branche an der Art, wie der Kartellvertrag zustande gekommen sei, scharfe Kritik. Die Versammlung nahm folgende Resolution an: „Auf Grund des am 15. Oktober v. J. zwischen den Hauptvorständen des Verbandes der Tapezierer und unserer Organisation abgeschlossenen Kartellvertrages ist die besondere Branche der Eisenmöbel- und Lederstuhlbranche aufgelöst.“

Der von dieser Branche innegehabte Sitz in der Berliner Ortsverwaltung wird der Militärbranche übertragen. Da sich die zu den Tapezieren übertretenden Kollegen zum Teil durch langjährige Mitgliedschaft in der Berliner Verwaltungsstelle des Verbandes der Sattler und Portseufler erhebliche Rechte in der Berliner Lokalkasse erworben haben und die Möglichkeit besteht, daß verschiedene der übertretenden Kollegen früher oder später zum Sattlerberuf zurückkehren, so beschließt die Generalversammlung, daß allen Kollegen, die genötigt sind, auf Grund des Kartellvertrages zu den Tapezieren überzutreten, im Falle einer Rückkehr zum Sattlerberuf die durch die bisherige Beitragszahlung an die Lokalkasse erworbenen Rechte sofort wieder anzuerkennen.“

Spiel und Sport.

Radsfahrer.

Arbeiter-Radsfahrerbund „Solidarität“. Touren zum Sonntag, den 1. Februar. 1. Abt.: Rastour nach Rausdorf-Süd (Sandhohn). Treffpunkt 1 Uhr bei Biemer, Bülowsstr. 58. — 2. Abt.: Rastour für Väterlande, Königgrüher Straße. Treffpunkt 1 Uhr in der Vorhalle. — 3. Abt.: 1 Uhr Jelenhof (Wief). Start: Rastour Waf 12. — 4. Abt.: 1 Uhr Rausdorf (Kathansbüren). Start: Rastour Waf. — 5. Abt.: 1 Uhr Bernau (Solmann). Start: Eufim. — 6. Abt.: 1 1/2 Uhr Johannisthal (Senfischen). Start: Oberberger Str. 24. — 7. Abt.: 1 1/2 Uhr Gaumnitz (Bägershan). Start: Schulstr. 29.

Reinickendorfer Werk. Die Mitgliedschaft des Arbeiter-Radsfahrerbundes „Solidarität“ feiert am Sonntag, den 31. d. M., ihr diesjähriges Wintervergnügen in den Räumen von Peters Festhallen, Schrammbergstr. 101.

Arbeiter-Radsfahrerbund „Solidarität“. Gau 9. 2. Bezirk, Kreis Teltow III. (3.) Unterbezirk, Sonntag, den 1. Februar c. r., nachmittags 1 1/2 Uhr: Vortragsabend zum Bezirksfest. Zum städtischen Erntedankfest, Grünauer Straße 7, bei Robert Ried sind verpflichtet die Mitglieder Adershof, Alt-Allensdorf, Bismarck, Blotzin, Bohnsdorf, Gieswalde, Gosen, Grünau, GutsMuth, Hohenheim, Königs-Buckenhof, Köpenick, Niedersch, Neu-Zittau, Niederlehme, Schenkefeld bei Königs-Buckenhof, Schönefeld, Schulzendorf, Senz, Waltersdorf, Zernsdorf.

Arbeiter-Radsfahrerbund Groß-Berlin. Sonntag, den 1. Febr., nachm. 1 Uhr nach Niedersch-Kord (Gampel), Marzahnstr. 31/32: Ausflug, statt Radnarrwerkst. 11.

Turner.

Veranstaltungen des Turnvereins „Hüte“ am Sonntag, den 1. Febr.: 3. Männer-Abteilung: Partie nach Wannsee, Saiton, Potsdam. Treffpunkt 7 Uhr am Neuen-Bahnhof (Schlichtstraße mündung). 10. Männer-Abteilung: Sonnabend, den 31. Januar; Dessenliches Turnen in der Gemeindefest-Turnhalle Petersburger Straße 4. Nachdem: Gemeindefest Beisammensein im Lokal Frederdorff, Frankfurter Allee 127.

Fußball.

Märkische Spielvereinigung. Bezirk Groß-Berlin. Am kommenden Sonntag finden folgende Spiele statt: Reichenhagen-Nichte XVII auf dem Tempelhofer Feld; Bismarck-Berlin in Friedrichshagen, Gemeindeplatz; Spandau-Nummelsdorf in Spandau, Uckerstr. 14; Germania-Schöneberg in Friedrichshagen, Gemeindeplatz; Altes-Charlottenburg in Reinickendorf, Panower Allee; Victoria-Nichte XII in Tempelhof, Friedrichstr. 7; S. E. Weihensee-Unterstadt in Weihensee, Reinickendorfer Allee 40. Spielbeginn 2 1/2 Uhr.

Alte Herrenmannschaft (Reinickendorfer Volksspielklub) spielt am Sonntag, den 1. Febr., mittags 1 Uhr, gegen den Verein „Auf eigenen Füßen“, Reinickendorf, Schillerpromenade 49.

Wanderer.

Deutscher Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde“. Am Sonntag, den 1. Februar, werden folgende Touren unternommen: Ortsgruppe Berlin: 1. Biesentaler Forst. Abfahrt Stettiner Fernbahnhof 5 1/2 Uhr vorm. 2. Waldpark, Fersch, Michendorf. Abfahrt Potsdamer Fernbahnhof 6 1/2 Uhr vormittags.

3. Erfner, Mollersdorfer Schluse, Strausberg. Abfahrt Schlesischer Bahnhof 6 1/2 Uhr vorm. 4. Spandau, Papenberge, Heiligensee. Abfahrt Lehrter Fernbahnhof 1 1/2 Uhr nachm.

Ortsgruppe Neukölln: Frederdorff, Böhler, Strausberg. Abfahrt Bahnhof Neukölln 7 1/2 Uhr, Schlesischer Bahnhof 7 1/2 Uhr.

Ortsgruppe Spandau: Bergdorf, Unterhavel (Schlichtstraße). Abfahrt Sonnabend abends 7 1/2 Uhr Spandau-West. Gänge stets vollständig.

Arbeiter-Wanderverein „Berlin“. Am Sonntag, den 1. Febr., hält Herr Prof. Dr. Strömms im Museum für Naturkunde einen Vortrag mit Lichtbildern über „das Eiszeitalter“. Die Teilnehmer werden erfrucht, pünktlich zu erscheinen. Die Eintrittskarten sind vergriffen. Nach dem Vortrag Radmittagsstour nach Hermsdorf-Neubrück-Regel. Gänge vollständig.

Arbeiter-Touristenverein „Die Naturfreunde“. Ortsgruppe Berlin. Sonntag, den 1. Februar: Wanderung, Eberswalde, Großschiffahrtsweg, Rother Horten. Abfahrt nach Eberswalde Stettiner Bahn. 5 1/2 (Sonntagsfahrkarte).

Ruderer.

Ruderverein „Vorwärts“. Sitzung Donnerstags im neuen Bootshaus Eberswalde (Bez. Bublitz) Wilhelmstrand.

Sonntag, den 1. Februar, 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Angelusstr. 15: Lichtbildervortrag „Ruderverband und Ruderverfahren auf märkischen Gewässern“. Nach dem Schluß des Vortrags, nach Redenburg. Der Vortrag bietet Gelegenheit, die Schönheiten der Bäderstrassen sowie das freie, fröhliche Rudertreiben kennen zu lernen. Eintritt 40 Pf.

Arbeiter-Samariterbund, Kreis Brandenburg. Berlin: Freitag, den 30. Januar, 8 1/2 Uhr: Fortsetzung der ordentlichen Generalversammlung bei Haderland, Neue Friedrichstr. 35. Mitgliederbücher und Dezemberzeitungen sind mitzubringen.

Lehrabend haben in dieser Woche (Beginn 8 1/2 Uhr): Berlin, 5. Abt. Freitag, 6. Februar, Neukölln, Weichselstraße 8, Idealkasino. Berlin, 6. Abt. Montag, 2. Februar, bei Haderland, Neue Friedrichstr. 35.

Berlin, 7. Abt. Freitag, 6. Februar, Charlottenburg, Bismarck, Ede Seelenheimer Straße, bei Bernide. Friedrichshagen. Donnerstag, 5. Februar, Friedrichstraße 60, 2. Hof, barriere.

Romans. Dienstag, 3. Februar, Fortbildungsschule. Ober-Schönevide. Montag, 2. Februar, Sternensstraße 12, bei Schulz.

Spandau. Mittwoch, 4. Februar, Pichelsdorfer Str. 5, bei Dammberg. Wilhelmshagen. Montag, 2. Februar, Reinickendorf, Rastourstr. 6, bei Schulz.

Aus aller Welt.

Schreckstat eines Polizeibeamten.

Zu der Nacht zum Donnerstag erschof in Grünberg i. Schl. der frühere Polizeibeamte Simon, der von seiner Frau getrennt lebte, seinen vier Jahre alten Sohn, seine Ehefrau und dann sich selbst. Simon hatte sich in der letzten Zeit an verschiedenen Orten aufgehalten, war aber gestern Abend nach Grünberg zurückgekehrt. Er verschaffte sich eine Leiter, stieg damit in die in der Fleischerstraße gelegene Wohnung seiner Frau und verübte sodann die schreckliche Tat.

Ein ähnliches furchtbares Verbrechen beging in Myslowitz der 19 Jahre alte Bauernsohn Jastrzem. Nach einem Streite mit seinen Eltern schlich er sich während der Nacht, als alle in tiefem Schlafe lagen, in das Schlafzimmer seiner Eltern und seiner 12jährigen Schwester und schlug ihnen mit einer Art den Kopf buchstäblich vom Rumpfe ab.

Schwere Anklagen gegen eine Stadtverwaltung.

Nach einer Meldung aus Lunéville hat der Kommandeur des 30. französischen Armeekorps General Koch gegen die Verwaltung der städtischen Wasserversorgung Strafanzeige erstattet, weil die Wasserproben in beträchtlicher Höhe mittels Lauge keimfrei gemacht worden seien, während in dem zum Verbrauch benutzten Wasser die Keime nicht zerstört worden seien. In der Garnison von Lunéville seien in den letzten Tagen ungewöhnlich viel Typhusfälle vorgekommen.

Ein echter Hoffmann.

Von einem Mitglied des Bureau des preussischen Abgeordnetenhauses wurde Genosse Adolf Hoffmann erfrucht, sich mit seinem neugewählten Fraktionskollegen Paul Hoffmann doch darüber zu verständigen, wer Hoffmann I und wer Hoffmann II sein soll, da es nicht üblich sei, Mitglieder durch den Vornamen zu unterscheiden. Der schlagfertige Adolf Hoffmann antwortete: „Ne, mit de Jiffen wie de Justizhausfangenen, det is nicht vor uns; aba Sie ham doch Beziehungen bei S. M. — — velleicht könn' Se mir da 'n Frajentitel vorkaffn?!“

Die schwarze Hand.

Sensationelle Bekundungen über die Organisation der „Schwarzen Hand“ machte während der Gerichtsverhandlung in New York der wegen verschiedener Verbrechen angeklagte Deutsche Alfred Lehmann. Er gab zu, selbst der „Schwarzen Hand“ angehört zu haben und bei verschiedenen Werten, einer ganzen Reihe von Bombenattentaten, Einbrüchen, Entführungen und anderen Verbrechen beteiligt gewesen zu sein. Er erklärte, daß die „Schwarze Hand“ als Höchstsumme für die Ermordung eines Weihen 5 Dollar und für einen Farbigen 2 Dollar bezahlte.

Kleine Notizen.

Unsere Kultur. In Rastow wurden am Donnerstag gleich zwei Frauen hintereinander hingerichtet. Dem Kochmeister verfallen waren die unverschämte Hauslerstochter Franziska Zimmer aus Kasselwitz, die ihre Stiefmutter ermordet hatte, und die Bergmannsfrau Josepha Rubacka aus Ezerowitsa, die ihren Mann ermordet hatte.

Selbstmord eines Knaben. Der zwölfjährige Sohn des Lehrers Gross in Lehe, Schüler der Bremerhavener Oberrealschule, warf sich auf der Geestbrücke vor den nach Erzhaven fahrenden Zug und wurde getötet. An gleicher Stelle hatte sich ein Schüler derselben Anstalt durch Heberfahren vor etwa einem Jahre gleichfalls das Leben genommen.

Baugesamtenhof in Böhmen. Auf der Station Hohenbrunn in Böhmen fuhr ein Personenzug der Nordwestbahn einen ausfahrenden Güterzug an. 25 Reisende und Zugbeamte wurden leicht verletzt.

Ein neues Stücken Erde. Infolge vulkanischer Ausbrüche hat sich im Indischen Ozean in einer Entfernung von 8 Kilometer von den Bonin-Inseln eine neue Insel gebildet.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metzkarbeiter. (M. a. G.) zu Hamburg. Filiale Baumfalkenweg. Sonntag, den 31. Januar, abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung im Lokal von Bode, Baumfalkenstr. 67.

Landmannschaft Hedermünde-Hebdom-Wollin. Die Landmannschaft ersucht Parteigenossen und Genossinnen, welche aus genanntem Kreise gebürtig sind und hier wohnen, an dem am Sonntag, den 1. Februar, nachmittags 6 Uhr, im Lokal von Kobrige, Borsigstr. 24, stattfindenden Besammlung aus Parteinterese recht zahlreich teilzunehmen.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 12. Heft des 32. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Schulz mit Jadem. Von Dr. Paul Rensch. — Das Ausland als Reiter. Von Rudolf Weisfeld. — Die Anfänge des preussischen Staats. Von Dr. Wehring. III. (Schluß). — Hauptmanns neuestes Drama. Von Konrad Schmidt. — Groß- oder Kleimbetrieb in der Landwirtschaft? Von Friedrich Wagner. — Zur Kirchenaustrittsbewegung. Von Bernh. Reule (Dresden). — Die „Nichtschuldigen“. Von Franz Andrien (Hamburg). — Zur Rinstage. Von Fritz Eisner. — Die Organisationsform der Gewerkschaften. Von Dr. Wehring. — Notizen: Die Zahl der Dreadnoughts. — In eigener Sache.

Marktpreise von Berlin am 28. Januar 1914. Nach Ermittlungen des Hl. Volkgerechtheitsamts. Weis (müde), gute Sorte 16,80—17,20, Domes 16,00—16,30. Weis (runder), gute Sorte 14,90—15,30. Weis (stroh) 0,00—0,00. Neu 6,80—8,00.

Marktpreisliste. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—50,00. Speisebohnen, weiße 35,00—60,00. Linsen 36,00—40,00. Kartoffeln (Kleinbl.) 4,00—7,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Rinde 1,60—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30—1,80. Schweinefleisch 1,40—2,00. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 4,80—7,20. 1 Kilogramm Karper 1,20—2,60. Kalle 1,60—3,40. Rander 1,40—3,30. Hechte 1,60—2,80. Barsche 0,80—2,20. Schlei 1,60—3,20. Stie 0,80—1,60. 60 Stück Krebse 3,00—24,00.

Witterungsübersicht vom 20. Januar 1914.

Stationen	Wetter	Temperatur	Wind	Stationen	Wetter	Temperatur	Wind
Eisenberg	6	1	1	Dabrand	7	2	2
Homburg	6	1	1	Petersburg	7	2	2
Berlin	6	1	1	Schiff	7	2	2
Frankf. a. M.	6	1	1	Überberg	7	2	2
München	6	1	1	Paris	7	2	2
Wien	6	1	1				

Wetterprognose für Freitag, den 30. Januar 1914. Gleitsch kräfte mit geringen Niederschlägen, trübem (abwärtigen) Winden und wenig veränderter Temperatur. Berliner Wetterbureau.

R. M. Maassen G.m.b.H.

Extra-Angebote

unseres

Stammhauses am Oranienplatz.

Einsegnungs-Kleider

in schwarz und weißen Wollstoffen 14⁵⁰ 18⁵⁰ 25⁰⁰

Prüfungs-Kleider

in modernen Farben und Fassons 13⁷⁵ 17⁵⁰ 22⁵⁰

Einsegnungs-Anzüge

schwarz und marineblau 12⁵⁰ 14⁵⁰ 17⁵⁰

Kinder-Kleidung

3 Posten Wollene Mädchen-Kleider
einzelne Muster..... durchweg 3⁰⁰ 5⁰⁰ 8⁵⁰

3 Posten Knaben-Anzüge aus haltbaren
Stoffen..... durchweg 3⁵⁰ 5⁹⁰ 7⁹⁰

Neuheiten in Blusen

Reinwollene Musselin-Blusen 4⁷⁵ 6⁵⁰ 8⁵⁰

Reinwollene Popeline- u. Krepp-Blusen 5⁵⁰ 6²⁵ 7⁰⁰

Tüll- und Spachtel-Blusen 6⁷⁵ 9⁵⁰ 11⁵⁰

Neuheiten in Jupons

Trikot in neuen Farben 2⁷⁵ 5⁵⁰ | Seid. Trikot... 11²⁵ 16⁵⁰

Frühjahrs-Neuheiten

Kostümen, Mänteln, Kleidern

Sonntags von 12-2 Uhr geöffnet.

Hochbahnstation V. Oltbuser Tor.

Sonntags geöffnet bis 9 Uhr.



PUCK
die neue Qualitäts-
3 1/2
Cigarette

Hilfebein Bier



Das Lob ich mir
süßig, gesund, bekömmlich

Patentanwalt Prillwitz
Berlin N.W. 21, Thurmstraße 34.

Würzburger Hühneraugenmittel

von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anwendung frei
Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min.
ort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen
Farnseifenalkali.)

Dr. H. Unger in Würzburg.

Berlin (N.W.): Salomon-Apothek, Charlottenstraße 54. — Greif-
Apothek, Barnimstr. 33. — Wo nicht, zu haben: Rosen-Apothek, Würzburg.

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35

Sie sparen Geld! Möbel

Wenn Sie direkt in der Möbelfabrik
H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35
kein Laden
Tel.: Norden 5157

kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — eigene
Tischlerei und Polstererei. — Auf Wunsch Teilzahlung.

35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

Jedes Wort 10 Pfennig.

Das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 1 fettgedruckte
Worte). Stellensuche und Schlafstellen-Anzeigen
5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte
mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN

für die nächste Nummer werden in den Annahme-
stellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis
12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69,
bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche! (fehlerhafte) in allen
Größen, fast für die Hälfte des
Bettes. Teppichlager Brunn, Nade-
scher Markt 4, Bahnhofs Börse. (Leber
des Vormwärts* erhalten 5 Prozent
Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Bettenstand 9. Brunnen-
straße 70, im Keller. 12008*

Teppich-Thomas, Dramentstr. 44
farbfehlerhafte Teppiche spottbillig;
Gardinen, Steppdecken, Tischdecken
halben Preis. Vormwärts* 5 Prozent
Rabatt. Sonntags geöffnet!

Handelshaus Hermannplatz 6.
Spottbilliger Bettenverkauf, Bettbe-
deckungen, Gardinenverkauf, Teppich-
verkauf, Goldwarenlager. Neben-
verkauf Herrengarderobe. Sonntags-
verkauf ebenfalls. 7858*

Gardinen! Steppdecken! Vorhänge!
Tischdecken! anpreisend billig!
Vormwärts* 5 Prozent Rabatt
erna! Gardinenhaus Brunn, Nade-
scher Markt 4 (Bahnhofs Börse).
Sonntags geöffnet.

Nähmaschinen, gebrauchte, in
allen Größen billig, schon von
10 Mark an. Sellmann, Goltzow-
straße 26. 2988*

Teppichhaus Leuvre, Drament-
straße 154, jetzt Inventar-Räumungs-
preis. Erstklasse gratis. 3031*

Vorjährige elegant-Herrenanzüge
und Valetots aus feinsten Stoffen
25-60 Mark, Hosen 6-18 Mark.
Verkaufshaus Germania, Unter den
Eichen 21.

Ohne Anzahlung, 50 Pfennig
Rabatte an, kleinere Silber, Band-
waren, Teppiche, Gardinen, Portieren,
Tischdecken, Steppdecken. Strengste
Diskretion zugesichert. Auf Wunsch
Kostlosentwurf. Bestellungen erbitte
Vollagerstraße 9, Postamt 102.

Spargelwanderer! Sprich-
garantie. Darger Stenogramm-
Schule, Kommandantenstraße 52.

In freien Stunden, Wochen-
arbeit für das arbeitende Volk. Romane
und Erzählungen. Abonnements
möglichen 10 Pf. nehmen alle Aus-
gabenstellen des Vormwärts* entgegen.
Probekosten gratis.

Lieferwagen, Kellermögen und
Möbel Kalladenstraße 101. 687b

Leihhaus Moritzplatz 58a:

fasten Sie spottbillig von Kanariern
wenig getragen sowie im Verkauf ge-
wonne. Valetots, Rodanzüge, Uhren,
Baletots. Serie I: 10-18, Serie II:
20-30 Mark, größtenteils auf Seide.
Gelegenheitskäufe in neuer Her-
garderobe, enorm billig. Kleider-
Kleider, Kämme, Pflanzmäntel, auf
Seide, früher bis 150, jetzt 20-35 Mark
Große Posten Bekleidungs in Stunk,
Rader, Kera, Rücken, früher bis
200, jetzt 20-75 Mark. Große Aus-
wahl in Herren-Gebirgen, Gelegen-
heit in Damen-, Keffe, Wagenpfeiler.
Extra-Angebot in Lombard gewellter
Teppiche, Gardinen, Portieren,
Betten, Böden, Uhren, Brillanten,
Goldwaren enorm billig nur Vorm-
wärts! 1948*

Monatsanzüge und Winter-

paletots von 3 Mark, sowie Hosen
von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00,
Fracks von 2,50, sowie für lockere
Figuren. Neue Garderobe zu stän-
digen Preisen, aus Handarbeiten ver-
fallene Sachen laufen man am billigsten
bei Kap. Wulfschlag 14.

Teppiche (Farbenfehler) spott-

billig. Teppichlager Naderhof, Große
Frankfurterstraße 9, parterre. Vor-
wärts* Leber zehn Prozent Extra-
rabatt! 12363*

Taschenbuch für Gartenfreunde

Ein Ratgeber für die Pflege und
sachgemäße Bewirtschaftung des häus-
lichen Gartens, Gemüse- und Ob-
stgärten von Kap. Hessdörfer. Zweite
vermehrte Auflage. Mit 137 Text-
abbildungen. Preis 3,50 Mark. Ex-
pedition Vormwärts, Lindenstr. 69.

Gute Tischteppiche, prima

Emalliert, 130/200 14,25, 160/230
20,75, 200/300 33,50. Inventarpreis.
Teppichhaus Emil Leuvre, nur
Frankfurterstraße 158. 30088*

Klempner verbessert seine Stel-

lung, studiert das Modellbuch (197
geometrische Abwickelungen) 3,50.
Kühne, Neudän, Anefeldstraße 139.

Geschäftsverkäufe.

Verbandslokal nun allein-
stehende Frau verkaufen. Vorking-
straße 67. 1416

Restauration preiswert zu ver-

kaufen. Auskunft erteilt Neudän,
Kaiser-Niederstraße 65, Küch-
geschäft. 762

Restaurant, 24 bis 25 Hektar Dell,

zu verkaufen. Guttenstraße 7. 794

Möbel.

Möbel (diätet). Auf Teil-
zahlung liefert Wohnungseinrich-
tungen, auch Einzelmöbel, bei kleinster
Anzahlung und den allerbequemsten
Ratenzahlungen. Postlagerkarte 3.
Postamt 22. 2628*

Möbel ohne Geld! Bei kleiner
Anzahlung geben Wirksachen und
einzelne Stücke auf Kredit unter
äusserster Preisnotierung, auch Waren
aller Art. Der ganze Chen läuft bei
uns. Kreismann u. Co., Kopen-
straße 4. (Schleierstraße Bahndorf.)

Moderne, vollständige Wohnungs-
einrichtung, noch neu, sehr billig.
Königsplatzstraße 57, vorn III. (Ge-
werkhof). Händler vorbeiten. 1316*

Geldheirat nicht mehr nötig. Ich
liebere zu Kostenpreisen bei geringster
Anzahlung und kleinsten Raten nach
Vorführung der Käufer komplette Woh-
nungseinrichtungen sowie Einzelmöbel
unter langjähriger Garantie. Stube
und Küche 180,- an, zwei Stuben
und Küche 230,- an. Gebrauchte
und zurückgegebene Möbel, fast neu,
besonders billig. Bei Krankheit,
Arbeitslosigkeit, Ausperrung, Streit
selbstverständliche Rücksicht. Lieferung
und Aufstellung frei Wohnung. Nicht-
gekauftes umtauschbar. Julius
Gaber, Tischlermeister, Ader-
straße 54. Rein Warenkreditgeschäft.

Wohnzimmer für 235 Mark, be-
stehend aus: modernem Schrank,
modernem Bettsofa, modernem Bett-
stellen mit Matratzen, komplett,
modernem Stühlen, modernem Spiegel
und Sofa nach Wahl; ferner Küchen-
einrichtung (stiebentisch) 52 Mark.
Sehen Sie sich die Einrichtung vor
Ankauf genau an, ohne jede Kau-
ferpflichtung. Möbel-Ehrlich, Alte
Schönhauserstraße 32. 20278*

Möbelhandlung Mariannen-
straße 25, billige Preise. Teilzahlung
gestattet. Vormwärts* Leber 3 Prozent
Rabatt. 8908*

Bequem. Möbel für Stube und
Küche, geringste Anzahlung, keine
Raten. Ehrlich, Alte Schönhauser-
straße 32. 20288*

Musikinstrumente.

Ungarische, fast neu, nichtzahl-
bar zurückgenommen, 270,-.
Reutlinger Pianofabrik, Julius-
straße 59. 1477

Fahrräder.

Fahrradbetrieb, Groß-Berlin*
reelle und billige Bezugsquelle. Re-
paraturen gewissenhaft und schnell-
stens. Neue Schönhauserstraße 9, Brun-
nenstraße 145, Badstraße 9, Müller-
straße 13, Turmstraße 25, Charlotten-
burg, Spandauerberg 29.

Kaufgesuche.

Zahngedisse, Goldschalen, Silber-
schalen, Platinabfälle, sämtliche Metalle
höchstzahlend. Schweizer Christomat,
Königsplatzstraße 20 a (gegenüber
Ramenhofstraße). 1/1*

Goldschmelze läuft höchstzahlend
Zahngedisse, alle Metalle. Witte
Kleber, nur Köpenickerstraße 157.

Platinabfälle, Gramm 5,00, Sil-
ber, Gold, Silber, Zahngedisse, Stanniol,
Wälzkumpelische, Quecksilber, fast
höchstzahlend. Blümel, Schmelzerei,
Königsplatzstraße 19 III.

Fahrradkauf, Antientstraße 27.
Kupfer, Messing, Zinn, Zinn,
Blei, Metallschmelze* Sohn, Brunnen-
straße 25. 7205*

Volkshaus Leipzig

G. m. b. H.

Zum baldigen Antritt suchen wir infolge Ablebens des selbsterigen Ge-
schäftsführers einen weiteren

Geschäftsführer.

Die Bewerber, welche sich über längere Zugehörigkeit zur politischen
und gewerkschaftlichen Organisation ausweisen können, sollen die doppelte
Büchführung beiderseits und müssen befähigt sein, einem größeren Restau-
rationsbetrieb verbunden mit Einzelgeschäft mit vorzugehen. Anlangsgelalt
2000 Mark nebst teilweiser Beförderung. Bewerbungen unter Anabe der
Gehaltsansprüche und der selbsterigen Tätigkeit sind mit der Aufschrift
„Geschäftsführer“ bis 10. Februar cr. zu richten an

Die Verwaltung des Volkshauses in Leipzig

Seiner Straße 32.

Verschiedenes.

Patentanwalt Bessel, Göttinger-
straße 94a.

Patentanwalt Müller, Göttinger-
straße 16.

Geholz, Komiker, Gropius-
straße 6. 7436*

Rismann, Neudän, Turmstraße 10,
empfehlen sein Barbier- und Friseur-
geschäft. 762

Vermietungen.

Zimmer.
Möbliertes Balkonzimmer, 11 W.,
Isolier, Bleib, Kreuzgassestraße 21 I.*

Möbliertes Zimmer, Dupuis,
Petersburgerstraße 20, Aufgang Bom-
dorferstraße. 757

Schlafstellen.

Schlafstelle allein, Schlafstelle
zwei Herren, Bode 250, Dragoner-
straße 18. Hofmann. 737*

Freundliche Schlafstelle, Herren,
Dresdenerstraße 107/8, vorn II links.
744*

Möblierte Schlafstelle, 10,00,
vermietet Hartung, Kaufherstraße 3,
vorn I (Ede Blenerstraße). 79

Freundliche Schlafstelle, zwei
Herren oder Damen, vermietet
Schlesinger, Reichsbergerstraße 72a,
Luerngebäude I. 79

Möblierte Schlafstelle, separates
Klosetto, Herren, Grünbergweg 76,
I vorn rechts. 775

Beilere Schlafstelle, separiert,
Böhmisch, Alexandrinenstraße 116a,
vorn I. 744b

Freundliche Schlafstelle zu ver-
mieten Ernst, Wilhelmshafen-
straße 24. 794

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.
Klavierstimmer. Fast erblindeter
Betroffene empfiehlt sich als Klavier-
stimmer. Gassebach, Neudän, Neuen-
straße 10.

Reichstag.

201. Sitzung. Donnerstag, den 29. Januar 1914, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Dr. Delbrück.

Etat des Reichsamts des Innern.

Abg. Gorch (L.):

Unsere Landwirtschaft hat in den letzten 32 Jahren die Erträge...

Präf. Raempff

rügt nachträglich die Bemerkung des Vorredners, Abg. Böhm...

Abg. Hefermann (Hosp. d. Natl.):

Sehr notwendig wäre ein Hopfensteuergesetz. Die Kolonisation...

Abg. Bruhn (Ant.)

erörtert Mittelstandsfragen. Das Postische Telegraphenbureau...

Abg. Erdmann (Soz.):

Herr Dr. Vöttger hat gestern eine Rede für die gelben Schüßlinge...

sozialen Müdigkeit

bei den Unternehmern, die sich in einer sozialen Reaktion äußern...

Die Klagen über die unerwünschten Lasten der Sozialpolitik...

einig, so hätten sie nicht über soziale Müdigkeit und nicht über Angriffe...

Lieber den Teufel als Huel!

der darf sich nachher nicht beklagen, wenn der Teufel ihn am Kragen packt...

Rum zum Staatssekretär. Er hat uns erzählt, er habe 197 Einzelfragen...

vorgelegt hätte. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Dann hätten wir ihm auch das Recht zuerkennen...

Wir beurteilen auch wie der Staatssekretär jedes gedankenlose Vorwärtstreiben...

lesen, deren sich die Reichsregierung damit schuldig gemacht hat...

erzielten Mehreinnahmen sind aber zum großen Teil teilweise sogar gänzlich aufgewogen...

erzielten Mehreinnahmen sind aber zum großen Teil teilweise sogar gänzlich aufgewogen...

Der Abbruch der Sozialpolitik, von der der Staatssekretär sprach...

ein Verbrechen

wenn die Arbeitskraft der Jugendlichen übermäßig ausgenutzt wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wichtig ist der Einfluss...

Abg. Wiesberts (Z.):

Den Vorwurf, gegen die Einigkeit der Gewerkschaftsbewegung gehandelt zu haben...

Abg. Schwabach (natl.)

wünscht eine allgemeine Regelung der Rechts- und Arbeitsverhältnisse der in Reichs- und Staatsbetrieben...

Staatssekretär Dr. Delbrück:

Die Forderungen für die in Reichs- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter...

Abg. Vogt-Hall (L.)

polemisiert gegen den Abg. Gorch. Die Steigerung der Löhne der Landarbeiter...

Losenerklärung erklärte der Staatssekretär zurzeit für undurchführbar. Es könnte also auch eine Zeit kommen, wo sie durchführbar ist.

Dafür haben meine Freunde gar kein Verständnis (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), eine Arbeitslosenversicherung darf niemals die Krönung des sozialen Werkes sein. (Erneutes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) — Dankbar sind wir dem Staatssekretär für die Erklärung, daß an dem System der Einfuhrzölle keine Festgehalten werden soll. Wir süddeutschen Bauern, die wir Hafer verkaufen, sind daran ebenso interessiert, wie die norddeutschen Großgrundbesitzer, die Roggen verkaufen.

Es folgen persönliche Bemerkungen. Abg. Erdmann (Soz.) protestiert gegen die Behauptung des Abg. Wiesberts, er habe durch seine Rede die Einigkeit der Arbeiter im Kampfe um das Koalitionsrecht gestört. Er habe im Gegenteil das Koalitionsrecht gegen alle Angriffe geschützt, auch gegen die, die von den kirchlichen Autoritäten kommen.

Abg. Wiesberts (Z.): Durch seine Angriffe auf die ärztlichen Arbeiterführer hat Abg. Erdmann die Einigkeit der Arbeiter gestört im Gegensatz zu den Abgg. Schmidt und Heine, die im Erkenntnis der Dinge der gegenwärtigen Situation solche Angriffe unterlassen haben.

Nach weiteren persönlichen Bemerkungen der Abgg. Gotthein (Sp.), Koch (Sp.) und Bogt-Hall (L.) erklärt Abg. Bassermann zur Geschäftsordnung, daß der Abg. Hestermann seine heutigen Ausführungen weder im Namen noch im Auftrag der Nationalliberalen gemacht habe, und daß die Fraktion sofort einstimmig das Hospitantenverhältnis des Herrn Hestermann zu ihr gelöst habe. (Große Heiterkeit.)

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr pünktlich. (Kurze Anfragen; Fortsetzung der heutigen Debatten.) Schluß 6 1/4 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

14. Sitzung. Donnerstag, den 29. Januar 1914, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Schorlemer.

Der Gesützetat.

Abg. Hofer (Soz.):

Wenn die großen Anwendungen für die preussische Pferdezucht nicht unionsgeopfert werden sollen, dann muß in den Pflanzereien Zufriedenheit herrschen und es darf in ihnen nicht das Gefühl Platz greifen, daß sie ungerecht behandelt werden. Nur dann werden die Züchter ihren Beruf mit Lust erfüllen. In der eigentlichen Remonteproduktion, in Ostpreußen, haben einzelne Besitzer sehr viel Geld aufgewandt, um einen für die Truppen brauchbaren schwereren Schlag des Halbblutes zu züchten. Man hat aber eine Körordnung erlassen, die die Zucht dieser Richtung mit einem Schlag unmöglich machte. Dieser ungeheuerliche Eingriff in die wirtschaftliche Freiheit des Einzelnen hat in Ostpreußen eine ungeheure Erbitterung unter den kleinen Besitzern ausgelöst. Die Großgrundbesitzer sind so, als ob sie durch diese Körordnung sich die Hände gebunden, sich auf die Militärverwaltung als einzigen Käufer ihrer Pferde beschränkt hätten und darum verlangen sie höhere Remontepreise. Diesen Besitzern nützt die neue Körordnung, den kleinen aber schadet sie kolossal. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist die

Bauernfreundlichkeit der Gutsbesitzer

auf der Rechten! Aber auch der Remontekaufmann ruft große Erbitterung hervor. Die kleinen Züchter behaupten, daß die großen Gutsbesitzer bei dem Ablauf bevorzugt werden, ja es soll hierbei sogar die politische Gefährdung berücksichtigt werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten, Widerspruch rechts.) Heute finden neben den öffentlichen Remontemärkten auch Privatmärkte statt und hier sollen die Bevorzugungen stattfinden. Die Militärverwaltung könnte diesen Behauptungen die Spitze dadurch abbrechen, daß sie die Privatmärkte aufhebt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es muß auch einen schlechten Eindruck machen, wenn die Kommission bei den großen Züchtern zu Gast geht. Wenn man sagt, daß die großen Besitzer doch nicht mit 20—30 Werden ein paar Kilometer weit zu einem öffentlichen Markt wandern können, so können doch die Privatmärkte öffentlich gemacht werden! Ich mache den Vorbehalt, daß bei den Ankäufen der Pferde des Pferdes erst dann vorzutreten soll, wenn der Ankauf beschlossen ist, um den Preis auszuhandeln. Es liegt im Interesse des Ansehens der Militärverwaltung, allem Gerücht die Spitze abzubrechen. Auf dem Gut, das ich seinerzeit übernommen habe, hat Jahrzehntlang ein Privatremontemarkt stattgefunden. Als es bekannt wurde, daß ich Sozialdemokrat bin, wurde mir dieser Markt gekündigt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Pferde werden auch vielfach nicht von den Besitzern direkt gekauft. Major v. Kundstedt hat die Pferdebesitzer an eine Privatfirma Kaschmann u. Sandelowski gewiesen und erst von dieser Firma hat der Major die Pferde gekauft. (Abg. Ad. Hoffmann: Wer ist da stiller Teilnehmer?) Die Geschäftsverwaltung hat auch die auf meinem Gut lange bestehende Viechälternation gekündigt, als ihr bekannt wurde, daß ich Sozialdemokrat bin.

Das war auf politische Rücksichten zurückzuführen. Es ist niemals vornehm, seine politischen Gegner zu bekämpfen, indem man sie materiell schädigt. Oder glaubt die Geschäftsverwaltung, wenn sie Kappfengeln zu mir schickt, daß sie als rote Fuchsbengeln zurückkommen werden? (Heiterkeit und Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Pappenheim (L.):

Die Beschränkungen, die der Staat durch die Körordnung den Pferdezüchtern auferlegen muß, werden von den lokalen Gutsbesitzern gern getragen. (Lebhafte Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Der Abg. Hofer hat gegen die Remontekommission die denkbar schwerste Beschuldigung ausgesprochen, indem er behauptete, daß von dieser Kommission bei dem Ankauf der Pferde der Großgrundbesitzer dem kleinen Besitz bevorzugt werde. Wir weisen diese Unterstellung, die bezeichnend ist für die Art, wie die Sozialdemokratie diese wirtschaftlichen Verhältnisse hier in die Diskussion zieht, entschieden zurück. Freilich ist zuzugeben, daß in vielen Fällen die Remontekommission geeignete Pferde zurückschickte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In Herrn Wachhorst de Wente hat die Sozialdemokratie einen Adjutanten in ihrem Angriff gegen die angelegliche Begünstigung des Großgrundbesitzes durch die Remontekommission gefunden. (Lebhafte Ironie bei den Nationalliberalen.) Das sollte Herrn Wachhorst ruhig machen, der es sich zum Ziele gesetzt hat, Unfrieden zwischen Groß- und Kleingrundbesitz zu stiften. (Widerspruch und Lachen bei den Nationalliberalen. Beifall rechts.)

Im weiteren Verlauf der Beratung des Gesützetats sagt

Minister Frhr. v. Schorlemer:

seine Verwendung im Interesse der Züchter bei der Militärverwaltung zu. Der Pferdehändler ist ebenso wenig wie auch sonst der Zwischenhändler in anderen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens zu entbehren; und auch die Remontekaufskommission ist auf die Pferdehändler angewiesen. Ich bedauere es, daß der Abg. Hofer

den selben Angriff auf die Tätigkeit der Remontekommission in Ostpreußen ausgesprochen hat, wie der Abg. Wachhorst de Wente für den Westen des Reiches. Diese Angriffe sind unzutreffend. Der Abg. Hofer möge uns nicht mit unbewiesenen Beschuldigungen, sondern mit Tatsachen kommen. Darauf allein werde ich antworten. (Lebhafte Bravo! rechts.)

Abg. Hofer (Soz.):

Gegenüber dem Abg. v. Pappenheim bleibe ich dabei, daß die Körordnung die großen Grundbesitzer nicht trifft, denn diese kaufen die Füllen, aber die Züchter nicht. (Sehr richtig! links.) Die kleinen Züchter aber, die auf den Verkauf ihrer Füllen angewiesen sind, sind durch die Körordnung den großen Gutsbesitzern und Remontevorstellern auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. (Hört! hört! links.) Herr v. Pappenheim und der Minister wollten den Abg. Wachhorst diskreditieren, indem sie ihn mit mir zusammenspannten. (Heiterkeit.) Aber da Wachhorst die gleiche Behauptung, die ich für den Osten aufstellte, für den Westen erhob, muß doch etwas Wahres daran sein! (Abgeordneter Ad. Hoffmann: Es ist etwas faul im Staate Dänemark!) Wenn der Pferdeanlauf so gehandhabt wird, wie im Fall Sandelowski, dann ist es natürlich, daß die Händler reich werden und nicht die Besitzer. Und wenn die politischen Motive bestritten werden, so führe ich an, daß damals, als mir der Privatmarkt genommen wurde und ich die Pferdezuucht nicht gleich abgeben konnte, meine Pferde von der Kommission sehr abfällig beurteilt wurden, während sie, als ich sie durch andere vorstellen ließ, weggingen wie warme Semmeln. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Herren von der Militärverwaltung, deren Ehrgefühl es nicht verträgt, daß sie angefaßt werden, fallen es für eine Anstandsspflicht halten, beim Pferdeanlauf nicht die politischen Gegner wirtschaftlich schädigen zu wollen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Wachhorst de Wente (natl.)

wendet sich gegen die Behauptung des Abg. v. Pappenheim, daß er den kleinen Grundbesitz gegen den Großgrundbesitz aufhebe; wir haben durchaus keine Fühlung mit der Sozialdemokratie, aber seit wann ist es verboten, sich des mittleren und kleineren bäuerlichen Besitzes anzunehmen? Sie ertragen es nicht, wenn man andere als die Interessen des Großgrundbesitzes vertritt! (Beifall links.)

Abg. Dr. Lohmann (natl.):

Der Ausspruch des Abg. v. Pappenheim, als wäre die Sozialdemokratie unter Adjutant bei dem Angriff auf den Großgrundbesitz, ist in keiner Weise gerechtfertigt. Sie unterschätzen unser Selbstgefühl, wenn Sie meinen, daß wir uns so etwas ruhig gefallen lassen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Adolf Hoffmann (Soz.):

Ich verstehe nicht viel von den Dingen, über die hier gesprochen wird, aber ich muß mich gegen eine Vermengung der Nationalliberalen mit den Sozialdemokraten mindestens ebenso energisch wenden wie Herr Lohmann (Heiterkeit), namentlich noch der letzten Rede des Abg. Köchling, hoffentlich bald von Köchling. (Heiterkeit.) Es ist nicht das erste Mal, daß die Nationalliberalen mit uns übereinstimmen. Als das hier früher einmal geschah, sagte Herr von Pappenheim, daß sich die Nationalliberalen unruhiglicherweise unter die geistige Führung Hoffmanns gestellt haben. Jetzt bin ich der Adjutant der Nationalliberalen. Wenn jemand die kleinen Besitzer in Schutz nehmen will, dann fällt Herr v. Pappenheim stets in seinen sattem bekannten Kammerherrn und diskreditiert diejenigen, die sich für die kleinen Bauern einsetzen. Wir sehen, daß auch in der Gestaltfrage politische Gründe eine große Rolle spielen. Gerade deshalb sollten Sie (nach rechts) sich vorlässiger benehmen. In welcher Form sich die Tierzucht mit der Politik verbinden kann, zeigt folgende Geschichte: eine arme Bäuerin kommt mit ihrer Kuh zu dem Gutsbesitzer, um ihr Tier von dem Bezirksbullen decken zu lassen. Der Gutsbesitzer lehnt ab, da ihr Name dem Sanitärarbeiterverbande angehört. Es kommt zu einer Auseinandersetzung zwischen der Frau und dem Gutsbesitzer. Indessen war der Bezirksbulle einseitig genug, die Angelegenheit selbst zu besorgen. (Stürmische Heiterkeit.)

Abg. Dr. Diederich Hahn (L.):

Weder der Abg. Wachhorst de Wente noch der Abg. Hofer haben die Spur eines Beweises für ihre gleichlautenden Angriffe gegen die Remontekommission vorgebracht. Die Anläufe dieser Kommission werden nicht von politischen Motiven geleitet. Trotz der Erklärung des Abg. Lohmann bin ich der Meinung, daß nicht alle Mitglieder der nationalliberalen Fraktion in dem schäneren Vorwurf gegen die ehrenwerten Offiziere der Remontekommission mit dem Abg. Wachhorst de Wente einig sein werden.

Abg. Nehren (ff.):

wendet sich gleichfalls gegen die Ausführungen des Abg. Wachhorst de Wente.

Abg. Wachhorst de Wente (natl.)

verwahrt sich gegen den Vorwurf, er habe dem Offizierkorps der Remontekommission einen Vorwurf machen wollen. Seit Jahren ist es ja üblich geworden, jede Kritik einzelner höherer Persönlichkeiten als einen Angriff auf die Armee darzustellen. Wir lieben unsere Armee ebenso wie die Herren auf der Rechten. Ueber die Persönlichkeit des Abg. Dr. Hahn habe ich mit mein Urteil gebildet und ebenso auch andere Mitglieder der rechten Fraktionen. Herr Frhr. v. Jedlig hat ihn einmal einen Virtuosen der politischen Klopffederer genannt. (Heiterkeit und Beifall links.)

Abg. Dr. Diederich Hahn (L.):

Das ist ein Wort, wie es in der Hitze des politischen Kampfes zu fallen pflegt. Er wird diesen Ausdruck jetzt kaum noch aufrecht erhalten, der sich mit dem gleichfalls von ihm auf die Nationalliberalen gemünzten Wort „Fraktion Drehscheibe“ kompensieren läßt. (Heiterkeit rechts.) Nach der Hitze des politischen Kampfes verständig man sich wieder; und wir werden den Nationalliberalen gern die Hand reichen, wenn sie sich bei Beratung des Politarisses an unsere Seite stellen. (Beifall rechts.)

Damit ist der Gesützetat erledigt. Es folgt die Beratung des Etats der Domänenverwaltung.

Nach längerer Debatte, die sich in allerlei unwesentliche Einzelheiten verliert, wird die Weiterberatung auf Freitag 12 Uhr vertagt. Schluß 4 1/2 Uhr.

Schlussabrechnung der Weihnachtsammlung.

Für die Weihnachtsammlung der Partei und Gewerkschaften Groß-Berlins gingen ferner ein:

Verband der Maler auf Witten 27,40. Verband der Handlungsgehilfen, Restsumme auf Witten 16,—. Von den Angehörten der D.-R.-G. der Sander 3 Ante 62,—. Verband der Metzgerkeller 2.108 3,50. 2.1410 Sparverein Hilfe 7,50. 2.2451 Rabbinat Oberpreß 2,25. 2.2453 Rabbinat Oberpreß 18,20. Auf Witten 1286 Nachzahlung 11,60. 2.9038 8,35. Firma Schmarz 4,25. Verband der Bauarbeiter auf Witten 14,—. 2.9681 Altkriegsgraben 4,50. Verband der Transportarbeiter auf Witten 5,75. Holzarbeiterverband 2.5998 2,50. 2.5839 11,—. 2.6000 22,70. 2.6124 1,—. 2.5843 4,90. 2.5908 0,65. 2.6069 3,25. 2.6088 3,—. 2.5735 9,50. 2.5995 3,—. 2.5842 1,—. 1. Kreis auf Witten 21,50 (darunter

2.18002 durch S. Wagner 11,—). 2. Kreis auf Witten 85,15, darunter 2.18114 2,45. 2.18117 2,—. 2.18124 31,40. 2.18275 2,50. 2.18279 0,50. 18374 6,25. 2.18378 2,70. 2.18380 5,—. 2.18394 4,25. 2.18401 6,50. 2.18406 16,50. 2.18411 2,—. 2.18425 2,—. 2.18426 0,80. 4. Kreis auf Witten 721,00. Teltom-Beckstom 1105,11. Darunter vom Wahlverein Alpendorf 2. Rate 396,91, darunter von den Kol. der Firma Hoffmann, Friedrichshagen 2,35. Zeller-Lammung vom 9. 12. 18. 42,46. Kol. der Firma Stod. Nieder-Schöneweide 2.15313 26,70. 2.15314 25,30. Freie Ost- und Schanhoitze, Alpendorf 100,—. Wahl. Grünau 6,30. Wahl. Reutlin, 2. Rate 397,75, darunter vom Freiwahlverein Sonnenberg, Panitzsch, 58 8,75. Sparverein an der Wasserfontäne 5,95. Tischlerei Th. Böh 11,05. Monteur der Firma Schüler u. Claus 13,05. Zeitungsfrauen, Ebedition Reutlin I 12,60. Erlöse aus der Kinovorstellung 84,40. Wahl. Tempelhof 143,45, darunter von den Arbeitern der Firma A. Walter 16,50. Arbeiter der Firma S. Reichel 4,50. Arbeiter der Firma Gehrbach u. Harhorn, Schönberg 12,90. Ringbahnstraße 42 14,55. Kol. der Firma Reinhard 90,93. Wahl. Treptow, 2. Rate 29,15, darunter Lopezierer Lampe 5,—. Wahl. Wilmersdorf, 2. Rate 2,—. Wahl. Josten 129,55. Wahl. 0,80. Aus der Großsammlung Allgemeine Wahlvereinbar Schmarz 8,50. In Summa 2145,55 R. Bisher sind veröffentlicht 260 941,43 R. Dazu kommen 2145,55 R. In Summa 263 086,98 R.

Gerichtszeitung.

Nachrichtspolitik.

Bekanntlich ist der Deutsche Radfahrerbund für politisch erklärbar worden. Auf Grund dieser Erklärung verlangen nun die Behörden einiger Orte der Umgebung von Halle a. S. von den Bundesfilialen nach dem Reichsvereinsgesetz die Einreichung der Vereinsstatuten sowie des Mitgliederverzeichnis des Vorstandes. Die Mitglieder fühlen sich nicht verpflichtet der Anforderung nachzukommen, da, nachdem die Politische Erklärung ausgesprochen worden sei, Vereine oder Bundesfilialen nicht mehr beständen. In allen Orten seien die Mitglieder bei dem Bunde als Einzelmittglieder eingetragen; als Kassierer wirke ein Vertrauensmann, der von den Einzelmittgliedern die Beiträge in Empfang nehme, diese dem Bundesvorstand übermittele und so die Abrechnung besorge. Alle weiteren Anordnungen würden von dem Bundesvorstand aus besorgt. Da Statuten und Vorstand in den Filialen nicht vorhanden wären, könnten den Polizeibehörden auch darüber Mitteilungen nicht gemacht werden. Der Antvorspacher von Rietleben meinte aber doch, daß ein „richtiger Verein“ in seinem Ort bestehe; er verlange Statuten und Verzeichnis und da seiner Aufforderung nicht nachgekommen wurde, sandte er dem Vertrauensmann von Rietleben, Gerolfen Müller, ein Strafmandat über 40 M.

Das Halle'sche Schöffengericht sprach Müller frei. Der Staatsanwalt glaube bei der Sache nicht beruhigen zu können und lege gegen die Freisprechung bei der Strafkammer Berufung ein. Die Strafkammer bestätigte nun wohl die Freisprechung und erkannte an, daß es sich hier um Mitglieder handle, die nicht als selbständige Vereine angesehen werden können. Dann hieß es in der Urteilsbegründung aber weiter: Es sei aber sehr wahrscheinlich, daß sich auch solche Mitgliedschaften zu selbständigen Vereinen auswachsen könnten.

Ja, ja, mit der ganzen Reichsvereinsgesetzgebung ist es „zum Auswachsen“.

Postkarten vor Gericht.

Wieder war es ein umfangreicher Bilderprozeß, der gestern in der Form eines sogenannten objektiven Verfahrens die 12. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Rieße beschäftigte. Es handelte sich um eine große Anzahl von Postkarten mit photographischen Abbildungen der Skulpturen erster Künstler, wie Prof. Schaper, Prof. Oberlin, Prof. Brück, Prof. Leple, Prof. Heinemann, Prof. Sonnenfeld; die Bildhauer Belsin, Müller-Kreutzfeld, u. a. Diese von der Neuen Photographischen Gesellschaft in Berlin gedruckten Reproduktionen, die in künstlerischer Beziehung wohl gelungen sind, werden von der Staatsanwaltschaft als unzüchtig angesehen und die beschlagnahmten Karten mit etwa 200 Sujets sollen deshalb eingezogen und unbrauchbar gemacht werden. — Gegen den Protest der Verteidigung beschloß das Gericht auf Antrag der Staatsanwaltschaft den Ausschluss der Öffentlichkeit. Die Verhandlung wurde wegen vorgerückter Zeit vertagt.

Die „Sezession“, die sich unter den Künstlervereinigungen befindet, welche sich der vom „Hansabund“ in die Hand genommenen Bewegung zum Schutze der Künstler und Kunstverleger gegen die Bilderhändler angeschlossen haben, wird demnächst einen von Louis Corinth unterzeichneten Protest gegen die strafgerichtliche Verfolgung von Kunstwerken, die auf Postkarten vervielfältigt sind, veröffentlicht. Es heißt in diesem Protest u. a.: „Es ist unwürdig, daß dasjenige, was in öffentlichen, selbst staatlichen Galerien als ein Kunstwerk gezeigt wird und gezeigt werden muß, an dem Verkaufsstande derselben Galerien nicht in einer Reproduktion verkauft werden darf und womöglich zu einer strafgerichtlichen Verfolgung des Galeriedirektors und zu einer Beschlagnahme in einem öffentlichen Museum führt. Es ist empörend, wenn derjenige, der ein gefeiertes, mit staatlichen Preisen bedachtes, von der Allgemeinheit mit Anerkennung aufgenommenes Kunstwerk auf einer Postkarte wiedergibt, als Verbreiter unzüchtiger Abbildungen bestraft wird. Bei den Bestrebungen, diese für Deutschland schmachvollen Zustände abzuschaffen, müssen wir deutschen Künstler in erster Reihe streiten. Denn für uns gilt es, dafür zu sorgen, daß unsere Namen und unsere Werke durch solche Anklagen und Beschlagnahme nicht in den Schmutz gezogen werden. Eines der höchsten Güter ist in Gefahr, die Reinheit und Unabhängigkeit der Kunst. In deren Verteidigung müssen wir uns eins mit allen Kunstgenossen und wahren Kunstverliebten.“

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wasserbüreau

Wasserstand	28. 1.	27. 1.	Wasserstand	28. 1.	27. 1.
Wemmel, Mühl	354 ¹	+8	Saale, Großh.	188 ⁰	-6
Wegeln, Ankersburg	129 ⁰	-1	Saale, Spandau ¹	99 ⁰	+3
Wegeln, Thorn	135 ¹	+21	Saale, Rathenow ¹	120 ⁰	-2
Dobber, Rathenow	174 ¹	+6	Spree, Spremberg ¹	92 ⁰	0
„ „ „ „	162 ⁰	-4	„ „ „ „	149 ⁰	-1
„ „ „ „	281 ¹	+9	Weser, Minden	165 ⁰	0
Wartbe, Schrimm	218 ¹	+20	„ „ „ „	254 ¹	+5
„ „ „ „	227 ¹	+1	Rhein, Magdalenbr.	360 ⁰	0
Rege, Barbaun	109 ¹	+3	„ „ „ „	186 ⁰	-2
Eibe, Zeimern	117 ¹	+13	„ „ „ „	301 ¹	-10
„ „ „ „	-168	-9	„ „ „ „	94 ⁰	-4
„ „ „ „	111 ¹	+1	„ „ „ „	328 ¹	+12
„ „ „ „	88 ⁰	0	„ „ „ „	106 ⁰	+6

¹) + bedeutet Hoch, — Fall. — ²) Unterpegel. — ³) Gehst. ⁴) Schmaltes Gefälle. — ⁵) Treibeis.

Neuherst anregend wirkt bei Erkältung erwärmt Santa Lucia Stärkungs-Rotwein Flasche 1.50 und 2.00. Nachahmungen bitte zurückzuweisen. Käuflich in Apotheken, Drogen- u. Delikatgeschäften.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Dielepp, Neustadt. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Kommanditgesellschaft Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.